

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw — II

Kampfaufgabe Emanzipation



Es geht um unser Leben auf der Welt, daß uns die Ordnung, die wir stören,
am Ende nicht als Chaos überfällt. Laß uns der Welt gehören.



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Harsewinkel), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Ilse Bettstein, Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal, Michael Zenz.

Sekretariat: Ilse Bettstein, Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktion und Vertrieb: Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: (030) 8342422

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699.

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin (West).

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktober Druck, Berlin-Kreuzberg. Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter; Idee: Heike Wilke. — Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1981

Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 7,70 DM, in der Republik Österreich 60,— ÖS, in der Schweiz 8,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 5,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 6,— DM (45,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 5028300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Zahlkarte und einen Prospekt des spw-Verlages.

Inhalt

Verlagsmitteilungen.....	3
Editorial.....	5
<i>Burkhard Zimmermann</i> : Zum 75. Geburtstag von Wolfgang Abendroth.....	7
Aktueller Kommentar	
<i>Karl-Ulrich Tempel</i> : »Für uns gibt es wichtigere Dinge als den Frieden«.....	8
Diskussionsschwerpunkt: Kampfaufgabe Emanzipation	
<i>Katrin Fuchs/Ursula Pausch-Gruber</i> Zur Frauenarbeit in der Sozialdemokratie.....	13
<i>Martina Tiltmann</i> Teilzeitarbeit — eine Alternative für Frauen?.....	25
<i>Christa Randzio-Plath/Angela Kroll</i> Frieden — Brot — Rosen.....	33
<i>Katharina Gröning</i> Gedanken zur Funktion der Familie.....	40
<i>Klaus-Peter Wolf</i> Ich hoffe, ich erregte Eure Gemüter!.....	47
Diskussion : Frigga Haugs Thesen »Frauen — Opfer oder Täter?«.....	52
Außerhalb des Schwerpunktes	
<i>Detlev Albers</i> Polnische Lektion und westliche Linke.....	65
<i>Norman Paech/Harri Rusch/Hajo Sassenscheidt</i> Einige Anmerkungen zu den Ereignissen in Polen.....	70
<i>Uwe Kremer</i> Das Konzept des »Dritten Weges zum Sozialismus« am Beispiel der Göttinger Thesen.....	79
<i>Olaf Scholz</i> Zur Kritik der Göttinger Thesen.....	88
Interview	
mit Klaus-Peter Wolf stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.....	95
Dokumentation	
<i>Frigga Haug</i> : »Frauen — Opfer oder Täter?«.....	99
Beschluß des SPD-Landesparteitages Baden-Württemberg in Aalen vom 2./3. Mai 1981 — »Kompromißantrag«.....	104
Bericht	
<i>Helmut Arnold</i> : Bauerndemonstrationen — Hintergründe und Schlußfolgerungen	106
Besprechung	
<i>Heike Wilke</i> : Frigga Haug (Hrsg.): Frauenformen — Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation.....	110

soeben erschienen

Bestellungen über:

spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: 030/834 24 22

spw



Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke

Diskussion am Beispiel
der Herforder Thesen

Wolfgang Abendroth

Detlev Albers

Rudolf Bahro

Joachim Bischoff

Josef Cap

Lottemi Doormann

Alex Drexler

Wieland Elfferding

Detlef Hensche

Mechtild Jansen

Erich Meinike (MdB)

Peter v. Oertzen

Lothar Peter

Klaus-Peter Wolf u.a.

Sonderheft 3

Verlagsmitteilungen

1. Soeben erschienen: Sonderheft (SH 3)

In Buchform und unter dem Titel »Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke« dokumentieren wir die Diskussion der *Herforder Thesen* (1980) auf dem Bielefelder Seminar vom November letzten Jahres. Gemeinsamkeiten und Differenzen wichtiger Positionen der innerparteilichen wie der nicht-sozialdemokratischen Linken sowie die politischen Perspektiven der verschiedenen strategischen Ansätze werden überprüfbar.

Zum zweiten Mal legen wir damit eine »Co-Produktion« vor: nach der Volksuni-Dokumentation (mit dem *Argument*-Verlag) erscheint dieser Band in Zusammenarbeit mit dem DVK Verlag. Das Sonderheft ist umfangreicher, als wir ursprünglich geplant hatten: statt 192 Seiten jetzt 216 Seiten — also ein Bogen mehr. Beim Preis ist es dennoch geblieben!

Buchhandel:

10,80 DM

**Sonderpreis (incl. Versand) für Abonnenten der spw
und des Hannoveraner Kreisblattes**

9,— DM

Lediglich den Organisationspreis (Verkauf über Vertriebsagenten und an Büchertischen) mußten wir von 9,— DM auf 10,— DM anheben.

Und so einfach ist die Bestellung:

Auf der anliegenden vorgedruckten Zahlkarte vollständigen Absender eintragen und den Betrag von 9,— DM beim Postamt einzahlen (oder über das Postscheckamt anweisen)! 10 Tage später finden Sie den Band in Ihrer Post. — Mehrfachbestellungen bitte auf einer Postkarte oder telefonisch an uns richten. Sie erhalten umgehend die gewünschte Anzahl zusammen mit einer Rechnung.

2. Herforder Thesen (1980) — Die 2. Auflage liegt vor!

Anfang des Jahres entstanden angesichts rapide schrumpfender Lagerbestände an *Herforder Thesen* Lieferschwierigkeiten. Wir gaben die Herstellung einer zweiten (unverändernten) Auflage in Auftrag. 9.000 Exemplare sind damit bisher gedruckt worden. Wir warten gespannt auf neue Bestellungen!

3. spw-Buch zu Betriebskonflikt bei M.A.N. Hamburg

Das Editorial des letzten Heftes informierte in knapper Form über die Verlagsvorhaben 1981. Was vor drei Monaten noch offen war, ist nunmehr entschieden: Im Spätsommer erscheint in Buchform ein umfangreiches Manuskript, das den Konflikt bei M.A.N. in Hamburg um die Erhaltung von durch Teilstillegung bedrohten Arbeitsplätzen zum Gegenstand hat. Autorin ist Gudrun Schmidt, längere Zeit tätig bei der IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg, heute Sekretärin bei der Gewerkschaft HBV in Frankfurt. Auf 216 Seiten im Format DIN A 5 werden der Kampf einer Belegschaft um ihre Arbeitsplätze gegen Kapitalinteresse und Unternehmermacht, die Arbeit der Hamburger IG Metall sowie Verlauf und Ausgang des Konflikts dokumentiert. Der Band ist mit zahlreichen Reproduktionen von Flugblättern, Fernschreiben und Briefen sowie mit Fotos illustriert. Auslieferung: Anfang September (zusammen mit *spw 12*)

Bestellungen an den *spw*-Vertrieb (Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel. 030/8342422) oder durch Überweisung von 7,80 DM (Versand ist eingeschlossen) auf eines unserer Konten!

4. Mahnwesen

In *spw 10* kritisierten wir die vielen säumigen Zahler unter unseren ständigen Lesern. Die Zahlungsrückstände der Abonnenten sind seitdem kaum vermindert. »Haltungsschäden« auch sozialdemokratischer Linker in ökonomischen Fragen sind für uns unübersehbar geworden. Nur wenige zeigten sich von den angeführten Zahlen und unserem Appell zur Solidarität beeindruckt und bezahlten inzwischen bis zum Jahresende.

Bei den Vertriebsagenten und im (linken) Buchhandel ist es nicht besser. Unsere Forderungen stiegen seit Herbst letzten Jahres bedenklich. Im April haben wir Rechnungen über knapp 20.000,— DM angemahnt! (Zum Zahlenvergleich: Die Bilanz weist für 1980 einen Umsatz von knapp 80.000,— DM aus.)

Neue Kosten und zusätzlichen Arbeitsaufwand verursacht die Reorganisation unseres Mahnwesens. Wir haben keine andere Wahl: Wo die Zuflucht zur Finanzierung aus Vorstands- oder anderen interessierten Quellen keine Handlungsalternative ist, verbietet sich die kostenlose »Verteilung« der Verlagsserzeugnisse. Ökonomische Selbständigkeit wird hochpolitisch.

Unser Mahnverfahren: Der 1. Mahnung (gebührenfrei!) folgt nach spätestens 20 Tagen die zweite (Mahnkosten: 4,— DM), nach weiteren zwei Wochen übergeben wir die unerledigten Fälle unserem Rechtsanwalt, von dem die säumigen Kunden die letzte außergerichtliche Mahnung erhalten, bevor — wenn auch das nicht hilft — ohne Ansehen der Person kostspielige Mahnbescheide beantragt werden.

5. Aktion »Abonnenten-Werbung« — Die Abo-Zahl verdoppeln!

Die Gesellschafterversammlung hat am 7.2.1981 festgestellt, daß die Zeitschrift auf Verlust kalkuliert ist. Der Buchhandelspreis von 7,70 DM wird bei gegebenem Absatz Anfang 1982 um knapp 2,— DM unter einer kostendeckenden Kalkulation liegen. Durch unbezahlte Arbeitskraft ist das nicht mehr aufzufangen, Preiserhöhungen sind 1982 unumgänglich. Wie hoch werden sie ausfallen?

Wir wissen, wie teuer die Zeitschrift würde, wenn sich die Zahl der Käufer nicht verändert. Die Preiserhöhung wird also abhängen von der Entwicklung der verkauften Auflage. *Durch Werbung neuer Abonnenten* könnten Sie als Leser/in auf den Umfang der Preiserhöhung Einfluß nehmen — *Mitbestimmung bei den Preisen* durch Ausnutzung materieller Hebel! Auflage und Absatz zu steigern, bedeutet nicht nur Vergrößerung des ökonomischen Handlungsspielraums, sondern auch erhöhte politische Wirksamkeit der *spw*.

Deshalb richten Herausgeber und Redaktion den Aufruf an die Leser und Freunde der *spw*:

**Werden Sie Abonnent der *spw*!
Jeder Abonnent wirbt einen neuen!**

Sind Sie selbst bereits Abonnent, können Sie das beiliegende Verlagsprogramm 1980/81 zur gezielten Information benutzen. Und die »Werbepremie«? — *Jeder Abonnent, der einen neuen ständigen *spw*-Leser gewinnt, erhält vom Verlag den Band zum Betriebskonflikt bei M.A.N. Hamburg (s.o., Punkt 3).*

Die Aktion läuft vom 1.6. bis zum 15.10.1981. Dann werden wir das Ergebnis und den auf der Grundlage der für 1982 zu erwartenden Verkaufszahlen erforderlichen Umfang der Preiserhöhungen ermitteln, in *spw 13* veröffentlichen und ausführlich begründen.

Editorial

Seit der ersten Ausgabe im Oktober 1978 veröffentlichte »spw« genau einen Beitrag zu dem Bereich, der mit dem Begriff »Frauenfrage« eher irreführend gekennzeichnet ist. Monika Buttgerit schrieb in *spw* 3 (April 1979, S.79ff.) aus Anlaß des 100jährigen Publikationsjubiläums über die aktuell gebliebenen Aspekte des Buchs von August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*. Die Entwicklung der neuen Frauenbewegung und ihre Probleme sowie die Politik sozialdemokratischer Frauen waren bislang kein Gegenstand der Arbeit von *spw*. Das vorliegende Heft geht in seinem Schwerpunkt auf Frauenpolitik ein: Was sind die Anforderungen an sozialdemokratische Politik vom Standpunkt der Frau? Zu welchen Fragen arbeiten Sozialdemokratinnen in der *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen* (ASF) und außerparteilich?

»spw« will den Abstand gegenüber der frauenpolitischen Diskussion verringern in der Perspektive, daß in der Sozialdemokratie sowohl die Politik der Partei für Frauen als auch frauenfeindliche Formen des Parteilebens mehr Beachtung finden.

Zum ersten Mal wurde der Schwerpunkt nicht allein von der Redaktion erarbeitet, sondern eine Kommission unterstützte sie dabei. Frauen aus Hamburg, Ostwestfalen-Lippe und Berlin waren daran beteiligt. Die Arbeit an diesem Heft hat uns aufgrund der Fülle der Themen gezeigt, daß Frauenpolitik weiterhin integraler Bestandteil von »spw« sein muß. Viele Themen und Fragen sind noch nicht ausdiskutiert, strategische Ansätze müssen vielfach erst erarbeitet werden. Die Kommission hat sich daher vorgenommen, kontinuierlich weiterzuarbeiten. Wir wollen uns künftig u.a. damit beschäftigen, wie autonome Frauen und SPD-Frauen ins Gespräch kommen können, welchen Stellenwert die Frauenbewegung in der Arbeiterbewegung hat und strategische Ansätze zur weiteren Arbeit innerhalb der Sozialdemokratie entwickeln. Ganz wesentlich wird in diesem Zusammenhang die Fortschreibung der *Herforder Thesen* zur Emanzipation der Frau (55.-58. These) sein.

Der Schwerpunkt bietet keine fertigen Lösungen an. Die Beiträge sollen zur Diskussion anregen: Einleitend stellen *Katrin Fuchs* und *Ursula Pausch-Gruber* die Entwicklung der Frauenarbeit in der Sozialdemokratie und den heutigen Diskussionsstand innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) vor. *Martina Tiltmann* stellt in ihrem Beitrag »Teilzeitarbeit — eine Alternative für Frauen?« die Interessengegensätze in der Arbeitsform Teilzeitarbeit dar und setzt sich mit den familien- und arbeitsmarktpolitischen Begründungen der Teilzeitarbeit auseinander. Es wird herausgearbeitet, daß Teilzeitarbeit die diskriminierte Stellung der Frauen in Arbeit und Familie fortschreibt. Alternativen liegen in der täglichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle, der gesellschaftlichen Erziehung der Kinder und in der Revolution des häuslichen Lebens. *Christa Randzio-Plath* und *Angela Kroll* gehen unter dem Titel »Frieden — Brot — Rosen« auf die Geschichte des Interna-

tionalen Frauentages bzw. die Frauenfriedensbewegung, ihre Motive und Ziele ein. *Katharina Gröning* zeigt in ihrem Beitrag die Funktion der Familie in der bürgerlichen Gesellschaft, die Zuweisungen der verschiedenen Rollen in der Familie sowie die besondere Bedeutung von Weiblichkeit und Mütterlichkeit für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse auf. *Klaus-Peter Wolf* begründet, warum Emanzipation nicht nur Frauen-, sondern auch Männersache ist. Neu in »*spw*« ist die Behandlung eines Themas in Form eines Round-Table-Gesprächs. Anlaß zur Diskussion war die kontrovers geführte Auseinandersetzung auf der Volksuni 1980 zu Frigga Haugs Vortrag »Opfer oder Täter? — Verhalten von Frauen«. Zum besseren Verständnis des Gesprächs dokumentieren wir ihre Thesen in gekürzter Fassung. Den Schwerpunkt rundet *Heike Wilkes* Rezension des Argument-Sonderbands (AS 45) »Frauenformen« ab.

Mit zwei Aufsätzen außerhalb des Schwerpunkts setzen wir die von *Joachim Günter* in *spw* 10 begonnene Diskussion der durch die polnische Entwicklung aufgeworfenen Probleme fort. *Detlev Albers* interessiert sich vorrangig für die Chancen der Ausbildung realer sozialistischer Demokratie in Polen. Die bisherigen Verhandlungskompromisse stellen die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht in Frage. *Paech/Rusch/Sassenscheidt* untersuchen die Geschichte der aktuellen sozialen Konfrontationen. Im jahrzehntelangen Verzicht auf den ideologischen Kampf gegen reaktionäres Kleinbauerntum und katholische Kirche sowie in der Beschränkung der Staatstätigkeit auf Industrialisierung und ökonomische Zugeständnisse sehen die Autoren den historischen Fehler der polnischen Kommunisten und ihre Mitverantwortung für die Probleme des Landes. Die Autoren verweisen gegen dezidiert positive Einschätzungen von »Solidarität« auf den starken Einfluß des antisozialistischen »Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung«.

Uwe Kremer und *Olaf Scholz* eröffnen in diesem Heft die angekündigte Diskussion der »Göttinger Thesen«. Scholz führt die theoretischen Mängel und praktischen Fehlorientierungen auf die ahistorische Methode zurück, die auch die »Göttinger Thesen II« kennzeichne. *Kremer* erläutert die zentralen Abschnitte der neuen »Göttinger Thesen«. Eine falsche Frontstellung sieht er in der lauten Kritik der »Göttinger« an der Theorie des antimonopolistischen Bündnisses und fordert dazu auf, Göttinger und Herforder Thesen künftig nur noch im Zusammenhang zu diskutieren. *Helmut Arnold* informiert über Hintergründe und Perspektiven der großen Bauerndemonstration in Bonn vor einigen Wochen aus Anlaß der Neufestsetzung der EG-Erzeugerpreise für Agrarprodukte.

Die Redaktion

Burkhard Zimmermann

Zum 75. Geburtstag von Wolfgang Abendroth

Wolfgang Abendroth wurde am 2. Mai 1911 75 Jahre alt. Er ist für uns linke Sozialdemokraten nach wie vor Lehrer und Berater in der praktischen Politik. Er ist der hervorragende Analytiker der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unserer Partei — der SPD. Viele seiner Werke sind die politische Richtschnur für Gewerkschafter, Jungsozialisten und marxistische Sozialdemokraten. Sein 1959 erarbeiteter Alternativentwurf zum Godesberger Programm zeugt auch heute noch von einer marxistischen Tradition in der Sozialdemokratie, an die nachfolgende Generationen marxistischer Sozialdemokraten heute mit ihrem Strategievorschlag zur sozialistischen Gesellschaftsveränderung, den *Herforder Thesen*, anknüpfen. Das Bielefelder Seminar der Marxisten in der SPD über die *Herforder Thesen* prägte er mit seinem Referat und seinen Diskussionsbeiträgen nachhaltig. Seine solidarische Kritik wird die weitere Strategiedebatte wesentlich beeinflussen. — Obwohl *Wolfgang Abendroth* 1961 aus der SPD ausgeschlossen wurde, spürt man an seinem Engagement, daß er nach wie vor für einen starken, inhaltlich klaren marxistischen Flügel in der Sozialdemokratie kämpft. Er verhindert immer wieder erfolgreich, daß junge Genossinnen und Genossen in der politischen Tagespraxis stehenbleiben, scheitern und aufgeben, weil sie vielleicht mit Illusionen gearbeitet haben. *Wolfgang Abendroth* versteht es, in allen Diskussionen die Hintergründe, die Zusammenhänge aufzuzeigen. Er kämpft für die gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung, gegen Antikommunismus, für die Einheitsgewerkschaft, für eine SPD- und Gewerkschaftspolitik »über den Tag hinaus«.

In seiner politischen Auffassung und Haltung läßt er sich nicht zensieren, nicht beschneiden. Im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse vor 1933 hat er die notwendige und oft harte Kritik an den Fehlern der organisierten Arbeiterbewegung schonungslos formuliert — ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile. Auch der Einsatz seines Lebens stellte für ihn die Solidarität mit der »gemeinsamen Sache« der Arbeiterbewegung nicht in Frage. Für seinen konsequenten Widerstandskampf gegen den Faschismus ist er vier Jahre in die Nazi-Zuchthäuser und in das Strafbataillon 999 gegangen. — In der Nachkriegsentwicklung Deutschlands geht *Wolfgang Abendroth* seinen aufrechten Gang weiter. In der damaligen SBZ setzt er sich für die Publizierung von Eugen Paschukanis »Allgemeiner Rechtslehre und Marxismus« ein, als der Autor in der SBZ diffamiert wird. Um seiner Familie die folgende Konfrontation zu ersparen, die *Wolfgang Abendroth* nicht wollte, verläßt er die damalige SBZ. In der Bundesrepublik ist er dann später einer der wenigen gewerkschaftlich organisierten Professoren, stützt er die Kämpfe gegen Wiederaufrüstung, Atombewaffnung und Notstandsgesetzgebung. Er kämpft in diesen Auseinandersetzungen auch gegen Opportunismus und Rechtsentwicklung in der SPD. In der »Neuen Gesellschaft« schreibt er, bis er als Herausgeber zensiert wird. Für Viktor Agartz setzte er sich ein, als die Gewerkschaften der sozialpartnerschaftlichen Politik der Sozialdemokratie mehr und mehr folgen und ihren führenden Theoretiker aus politischen Gründen fallen lassen. — In den 50er Jahren hat *Wolfgang Abendroth* verschiedentlich vor den Hauptvorständen der ÖTV, der IGM und dem DGB-Bundesvorstand referiert. Diese Gremien sind ihm heute verschlossen — aber die Ohren und Köpfe der jungen Gewerkschafter stehen ihm wieder offen. Ihnen widmet er heute seine Arbeit, ihr Kampf- und Klassenbewußtsein gilt es zu schulen und zu stärken. — *Wolfgang Abendroth*, der selbst immer Solidarität geübt hat, hat sich über das hohe Maß an Solidarität gefreut, welches ihm nach den vordergründigen Angriffen Peter v. Oertzens, insbesondere auch aus den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zuteil wurde. Diese Angriffe sollen ihn erneut in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie isolieren. Es ist heute unsere Aufgabe, mit *Wolfgang Abendroth* solidarisch zu sein, nicht nur wegen seiner Person, sondern um seine Lehren und Werke für die Heranbildung und Erziehung neuer Generationen junger Sozialisten konstruktiv nutzen zu können. An seinem 75. Geburtstag gilt ihm unser herzlichster Dank für sein aufopferungsvolles Leben im Interesse unserer gemeinsamen Sache.

Aktueller Kommentar

Karl-Ulrich Templ

»Für uns gibt es wichtigere Dinge als den Frieden« (US-Außenminister Alexander Haig)

Nicht erst seit dieser eiskalten Erklärung des US-Außenministers ist eine breite friedenspolitische Diskussion in der Bundesrepublik in Gang gekommen. Seit einigen Jahren entwickelt sich wieder eine Friedensbewegung, die von den Linken bis weit in die Kirchen hineinreicht und die selbst einzelne CDU/CSU-Mitglieder einschließt. Diese Bewegung hat mittlerweile auch große Teile der SPD erfaßt. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht der SPD-Parteivorstand, die Bundesregierung oder einzelne SPD-Spitzenfunktionäre zu Themen wie dem Rüstungsexport oder der Nato-Aufrüstung Stellung nehmen müssen.

Noch Ende 1979 war es der SPD-Führung auf dem Berliner Parteitag möglich gewesen, einen Antrag, der den Nato-Doppelbeschluß zur Aufrüstung mit eurostrategischen Waffen begrüßte, mit einer überwältigenden Mehrheit durchzusetzen. Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet. Die meisten SPD-Ortsvereine und -Unterbezirke haben die Diskussion um die Friedens- und Abrüstungspolitik aufgenommen, und sehr viele Untergliederungen haben nach dieser ausführlichen Diskussion klargemacht, daß sie eine weitere Aufrüstung des westlichen Bündnisses im eurostrategischen Bereich ablehnen.

Der von vielen Medien zur »nationalen Gefahr« erklärte Beschluß des baden-württembergischen SPD-Parteitages Anfang Mai zur Mittelstreckenrüstung ist ein erstes richtungweisendes Zeichen, dem noch weitere SPD-Landesverbände und Bezirke folgen werden. Erhard Eppler hatte versucht, auch die Zustimmung der baden-württembergischen Bundesminister zum Antragsentwurf des Parteivorstandes zu erhalten; so lag dem Parteitag ein in vielen Punkten fragwürdiger und interpretierbarer Antrag vor (vgl. Dokumentation, S.104). Die Jungsozialisten und Teile der Parteilinken hatten daher versucht, einen Antrag durchzusetzen, der eine sofortige und eindeutige Ablehnung der Nato-Aufrüstung enthielt (vgl. S.105). Dieser Antrag wurde dann auf dem Parteitag von ca. 40% der Delegierten unterstützt. Ein Alternativantrag, der den Berliner Parteitagsbeschluß zur »Nachrüstung« begrüßte, wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 300:20 Stimmen abgelehnt. Nach einer eindeutigen Interpretation des Kompromißantrages durch Erhard Eppler und trotz des in letzter Minute erfolgten Abrückens der baden-württembergischen Bundesminister auf Bonner Druck, wurde der Kompromißantrag vom Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet. Auch die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag erbrachte ein großes Übergewicht an Aufrüstungsgegnern.

Daß die Friedensbewegung so sprunghaft angestiegen ist, und daß die bundesdeutsche Bevölkerung so viel sensibler auf Themen der Friedenspolitik rea-

giert, kommt nicht von ungefähr. Als Ursachen müssen hier einmal die Versuche zu einer verstärkten Militarisierung der Gesellschaft (Bundeswehrdienst auch für Frauen, öffentliche Gelöbnisse o.a.) und zum anderen die veränderte außenpolitische Situation genannt werden. Das Scheitern von Salt II, die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Reaktion des westlichen Bündnisses darauf sowie die Ankündigung einer Aufrüstungspolitik durch Reagan haben wesentlich zu einer Destabilisierung des Ost-West-Verhältnisses beigetragen. Reagan hatte angekündigt, er wolle die USA wieder zur Nummer Eins machen, d.h. ihr eine Überlegenheit im nuklearen Bereich gegenüber der UdSSR zu verschaffen. Dazu hatte er eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben von jährlich 5,5 Prozent bis 1985 angekündigt, die jedoch sein umfassendes Aufrüstungsprogramm wahrscheinlich noch nicht einmal decken können. Dieses Programm beinhaltet im einzelnen:

- die Entwicklung neuer strategischer Bomber (B I),
- die baldmöglichste Stationierung der MX-Raketen,
- die Stationierung der Neutronenbombe,
- die Stationierung von strategischen Marschflugkörpern auf Flugzeugen, auf dem Land und zur See,
- die Entwicklung eines antiballistischen Raketensystem,
- die Verstärkung konventioneller Streitkräfte, insbesondere der Flotte,
- die Ausweitung von Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich.

Obwohl sich die Aufrüstung im eurostrategischen Bereich gegenüber dem gesamten amerikanischen Aufrüstungsprogramm geradezu bescheiden ausnimmt, konzentriert sich die Diskussion in der Bundesrepublik immer mehr auf dieses Thema. Aus gutem Grund: erstmals in der Geschichte droht durch diese eurostrategische Rüstung ein auf Europa begrenzter atomarer Schlagabtausch, dessen sichere Folge die völlige Verwüstung des Gebietes der Bundesrepublik und der DDR wären.

Wenn man den Aussagen amerikanischer Abrüstungsfachleute Glauben schenken darf, dann ging die Aufrüstung Westeuropas mit atomaren Mittelstreckenraketen zunächst keineswegs von amerikanischer Seite aus. Zunächst soll die Carter-Regierung befürchtet haben, daß eine solche Politik die Salt-II-Verhandlungen unnötig stören würde, daß diese Waffen militärisch überflüssig seien, weil eine ausreichende strategische Kapazität vorhanden sei, und daß die Gefahr einer Abkoppelung Europas von den USA bestünde. *Von Seiten des FDP-Vorsitzenden Genscher ist in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen worden, daß es ja das Verdienst Helmut Schmidts gewesen sei, als erster auf das »Problem des Ungleichgewichts« in Europa hingewiesen zu haben und damit die Diskussion um ein westliches »Gleichziehen« zu erreichen (Londoner Rede Helmut Schmidts 1977). Auch wenn sich die amerikanischen Interessen mittlerweile wesentlich geändert haben, so bleibt doch zu fragen, welchem Ziel die damalige Initiative der Bundesregierung dienen sollte?*

Die Stationierung eurostrategischer Waffen trägt in Westeuropa keineswegs

zur Sicherheit der Bundesrepublik bei, im Gegenteil, sie gefährdet diese Sicherheit durch die destabilisierenden Wirkungen aufs Äußerste. Sowohl die damit verbundene Schaffung eines zweifachen strategischen Atompotentials der USA, als auch die Tatsache, daß sowohl die cruise missiles als auch die Pershing II bereits die nächsthöhere technologische Qualitätsstufe gegenüber der sowjetischen SS-20 darstellen (die Pershing-II-Raketen verkürzen die Vorwarnzeit auf etwa 5 bis 7 Minuten), können nur bewirken, daß die Rüstungsschraube erneut angezogen wird.

Von Seiten mancher SPD-Politiker werden dann auch diese Gefährdungen eingeräumt, aber es wird erklärt, daß ja erst durch die Koppelung von Rüstungsverhandlungen und eurostrategischer Rüstung Druck auf die USA ausgeübt werden könne, um zu weiteren Abrüstungsverhandlungen zu kommen. Wie illusionär diese Vorstellung ist, zeigt allein die Tatsache, daß die Reagan-Administration noch nie erklärt hat, daß sie — wie immer auch Abrüstungsverhandlungen ausgehen mögen — bereit wäre, ganz auf die Stationierung eurostrategischer Waffen zu verzichten. Denn es bietet sich hier der neuen amerikanischen Regierung die Möglichkeit, ihre Aufrüstungspläne auf einem potentiellen Schlachtfeld, das weitab von den USA liegt, durchzuführen; wobei noch dazu die alleinige Verfügungsgewalt über diese Atomraketen bei den Amerikanern liegen würde. Seit kurzem wird von manchen Aufrüstungsgegnern in der SPD, wie z.B. Erhard Eppler, die Position eingenommen, man müsse mit Entscheidungen für oder gegen den Nato-Doppelbeschluß zumindest bis zum Münchner Parteitag der SPD 1982 warten, um der US-Regierung Gelegenheit zu Verhandlungen zu geben.

Verhandlungen sind trotz des Nato-Doppelbeschluß nicht aufgenommen worden. Daneben wird auch außer Acht gelassen, daß diese Verhandlungen auf bilateraler Ebene stattfinden, also nur zwischen den USA und der Sowjetunion und daß von bundesdeutscher Seite aus keinerlei Kontrollmöglichkeiten über die Ernsthaftigkeit von Verhandlungsangeboten bestehen. Auf der Nato-Frühjahrstagung in Rom haben die USA klargemacht, daß selbst bei Verhandlungen vor 1983 Mittelstreckenraketen in West-Europa stationiert werden sollen. Selbst bei erfolgreichen Verhandlungen sollen nach Ansicht der USA-Regierung eine gewisse Anzahl eurostrategischer Raketen stationiert werden. Wenn nicht schon heute große Teile der SPD klarmachen, daß sie nicht bereit sind, eine Stationierung eurostrategischer Atomraketen hinzunehmen, dann wird sich der Handlungsspielraum für die Aufrüstungsgegner bis zum Jahre 1982/83 weiter verschlechtern. Bis dahin wird die Stationierung der SS-20-Raketen abgeschlossen sein und die Propaganda der CDU/CSU wird ein übriges zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung in der Bundesrepublik beigetragen haben. Schon heute werden die Gegner einer weiteren Aufrüstung von Politikern der CDU/CSU als »nützliche Idioten Moskaus« hingestellt und bedenklich in die Nähe der »Verfassungsfeindlichkeit« geschoben.

Die SPD muß daher heute diese Debatte führen und kann sie nicht bis 1982

oder 1983 vertagen. Viele Gewerkschaftsgliederungen haben sich ebenfalls in diese Diskussion eingeschaltet. Die IG-Metall hat ihre Position auf ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag deutlich gemacht: »Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des Nato-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen.« Gleichzeitig hat er die Sowjetunion aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die Nato ihren Nachrüstungsbeschluß annulliert. Die IG-Metall hat damit, wie viele andere Gewerkschaftsgliederungen, deutlich gemacht, daß sich die organisierte Arbeiterbewegung und die Friedensbewegung in diesem Lande nicht auseinanderdividieren lassen. In der Nachfolge der Ostermarsch-Bewegung waren die Gewerkschaften lange Zeit einer der wesentlichsten Träger der Friedensbewegung in der Bundesrepublik.

Seit einiger Zeit sind in der Bundesrepublik wichtige Aktionen und Unterschriftensammlungen, wie z.B. die Bielefelder Erklärung innerhalb der SPD, der Aufruf des DGB-Bundesjugendausschusses für Entspannung, Abrüstung und Frieden sowie der Krefelder Appell in Gang gekommen. Der neue Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, hat geglaubt, diesen Krefelder Appell als Instrument der DKP und ihr nahestehender Organisationen diffamieren zu müssen. Einer der Initiatoren dieses Appells, Gerd Bastian, hat inzwischen Glotz geantwortet und festgestellt, daß der Appell keineswegs durch Parteien und Organisationen ins Leben gerufen worden wäre, daß die Initiatoren selbstverständlich auch die sowjetische SS-20-Aufstellung verurteilten und daß sie im übrigen das meinen, was sie sagen. Damit wird der Konflikt innerhalb der SPD jedoch noch lange nicht beendet sein, denn die Aktion des SPD-Bundesgeschäftsführers ist wohl im wesentlichen als eine exemplarische Maßnahme zu verstehen, um die Beteiligung von SPD-Mitgliedern an den zahllosen Friedensinitiativen in der Bundesrepublik zurückzudrängen. Die Erklärung von Glotz, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik an die SPD ähnliche Anforderungen der Integrationsbemühungen wie Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung stellt, ist sicher zuzustimmen. Töricht ist jedoch angesichts der derzeitigen Regierungspolitik die Auffassung, daß nur die Diskussion mit und in der SPD der Sicherung des Friedens dienen könne.

Die SPD muß tatsächlich wieder dialogfähig werden, aber nicht zur vordergründigen Durchsetzung der eigenen Positionen, sondern vor allem, um zu lernen und um wieder klare Positionen entwickeln zu können. Die IG-Metall hat gezeigt, wie klar Positionen zur Friedenspolitik gefaßt werden können.

Was ist der DVK-Verlag?

Die Demokratische Verlagskooperative (DVK) ist ein nicht gewinnorientierter, privater Zusammenschluß von über 50 Mitgliedern der SPD. Der DVK-Verlag, der organisatorisch nicht mit der SPD verflochten ist, verfolgt u.a. die politische Zielsetzung, Material

- für die theoretische Diskussion bei den Jungsozialisten und insgesamt in der SPD zur Verfügung zu stellen
- aus der Geschichte der SPD-, der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung aufzuarbeiten
- die praktische Arbeit der SPD und besonders der Jungsozialisten darzustellen.

u.a. bisher erschienen:

Reihe Positionen der Jungsozialisten 4:

Alfred Georg Frei: »Antonio Gramsci —

Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus«

Mit dieser Broschüre sollen die theoretischen Ansätze Gramscis für die auch innerhalb der Sozialdemokratie zu führende Diskussion über Möglichkeiten eines Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft aufgearbeitet werden. Gramsci, der Turiner Arbeiterführer, der zum — undogmatischen — theoretischen Kopf der KPI wurde, unter Mussolini eingekerkert wurde und an den Folgen dieser Haft verstarb, ist zu Unrecht in der Diskussion der bundesrepublikanischen Linken bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben

ISBN 3-88107-021-4, 3,— DM

Rainer Jetter: Getarnter Rechtsradikalismus oder Was will die C.A.R.P.?

Mit dieser Broschüre soll ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit einer neuen gefährlichen Form politischer Agitation im Gewande von »Religion« geleistet werden. Es wird versucht, gesellschaftliche und politische Hintergründe aufzuzeigen und auch darauf einzugehen, weshalb derartige »Religionen« gerade einen Teil der Jugendlichen ansprechen, deren vorher kritisches Bewußtsein in Gläubigkeit und Kritiklosigkeit umfunktioniert wird.

ISBN 3-88107-019-2, 124 S., 6,— DM

soeben erschienen:

Reihe Praxis Heft 4:

Frank Maciejewski: Berliner Mieterbroschüre 1981

4. völlig neu bearb. Auflage

»Der Alltag des Mieterdaseins wird von Problemen wie: 'Was kann ich gegen die nächste Mieterhöhung tun?' oder: 'Was tun, wenn der Wasserhahn tropft ...?' bestimmt. Die Mieterbroschüre 81, herausgegeben von den Berliner Jungsozialisten und dem Berliner Mieterverein e.V., gibt ... auf diese Fragen verlässliche Antworten...« (aus: berliner lehrerzeitung 4/5 '81)

ISBN 3-88107-023-0, 216 S., 8,— DM

demnächst erscheint

»Die Welt ist unser — trotz alledem!« — Ein sozialistisches Liederbuch

Das mit Kommentaren und Noten versehene Liederbuch faßt wichtige und weniger bekannte Lieder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bis hin in die jüngste Zeit zusammen und soll dazu beitragen, sozialistisches Liedergut vor dem Vergessenwerden zu bewahren.

ISBN 3-88107-022-2, 12,50 DM

DVK-Verlag GmbH

Gielower Str. 32 · Postfach 1231 · 1000 Berlin 47

Diskussionsschwerpunkt

Katrin Fuchs/Ursula Pausch-Gruber

Zur Frauenarbeit in der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzung mit Programmatik, Praxis und Perspektiven sozialdemokratischer Frauen erfordert eine »Wiederentdeckung« der Beiträge unserer sozialistischen Vorfahrinnen. Denn in den Texten und Analysen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu Beginn des Faschismus im Zuge der sozialdemokratischen Frauenbewegung entstanden, wurde teilweise ein Diskussionsstand erreicht, über den die heutige Diskussion nicht nur nicht hinausgekommen, hinter den sie im Gegenteil sogar vielfach zurückgefallen ist.

Die Rückgewinnung der Geschichte sozialdemokratischer Frauen und ihrer Kämpfe um die Gleichstellung der Frau und die Emanzipation ihrer Klasse bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung gleicher Rechte und Chancen der Frauen heute und in der Zukunft und zur Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsform in eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus.

Die Anfänge der sozialistischen Frauenbewegung, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, hatten ihren Ursprung in der massenhaften Einbeziehung der Frauen in die Industrieproduktion und den damit verbundenen Ausbeutungsformen. Die sozialistische Frauenbewegung begriff sich von Anfang an als Teil der sich formierenden Arbeiterbewegung, die ihrerseits ihren Ursprung in den sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen im kapitalistischen Industrialisierungsprozeß fand. In der Frühphase der Frauenbewegungen gab es aufgrund der verdienstvollen Aufklärungs- und Agitationsarbeit von Louise Otto-Peters noch Berührungspunkte zwischen proletarischen und bürgerlichen Frauen, obwohl diese ihr Eintreten für die Emanzipation der Frau weitgehend auf die Erreichung formaler Gleichberechtigung im Rahmen des bürgerlichen Staates beschränkte.

Eine Trennung beider Bewegungen deutete sich bereits nach der Rede Clara Zetkins »Für die Befreiung der Frau« auf dem Internationalen Arbeiterkongreß 1889 in Paris an, formal wurde sie 1894 bei der Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine vollzogen, der sozialdemokratische Frauenvereine von der Mitgliedschaft ausschloß.

Ein zentraler und grundlegender Beitrag zur Bestimmung der Frauenfrage innerhalb der Arbeiterbewegung war August Bebels 1879 veröffentlichtes Jahrhundertwerk »Die Frau und der Sozialismus«. Es wurde sehr schnell eine Standardlektüre der sozialistischen Frauen- und Arbeiterbewegung, die — auf einer marxistischen Analyse basierend — den untrennbaren Zusammenhang zwischen Frauenemanzipation und der Emanzipation der Arbeiterklasse nachwies. Bebel war es, der die »doppelte Unterdrückung« der Frau erkannt und beschrieben hatte — als »Lohnarbeiterin« und als »Geschlechtswesen«.

In der Auseinandersetzung um die Erwerbstätigkeit von Frauen bildeten sich schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts zwei Lager innerhalb der Arbeiterbewegung. Beeinflußt von Lassalle lehnten die einen Frauenarbeit ab, weil sie aus der Tatsache, daß Frauen als Lohndrücker benutzt wurden und deshalb als Konkurrentinnen der arbeitenden und arbeitssuchenden Männer wirkten, die falschen Schlußfolgerungen zogen. Sie wollten die Verbesserung der Lage der Frau durch die Verbesserung der Lage des Mannes erreichen. Dieser »proletarische Antifeminismus«, der zum einen in der Furcht vor der lohndrückenden weiblichen Konkurrenz wurzelte, zum anderen auf der Übernahme bürgerlicher Frauen- und Familienideale beruhte, fand deutlichen Ausdruck in einer von den Lassalleanern 1867 verabschiedeten Resolution, die die »Abschaffung der Frauenarbeit« forderte. Ein Antrag gleichen Inhalts wurde 1869 auf dem Eisenacher Arbeiterkongreß zurückgewiesen.

Die Position gegen Frauenarbeit verkannte, »daß es nicht die Frauenarbeit an sich ist, welche durch Konkurrenz mit den männlichen Arbeitskräften die Löhne herabdrückt, sondern die Ausbeutung der Frauenarbeit durch den Kapitalisten, der sich dieselbe aneignet« (Clara Zetkin in ihrer Rede 1889 in Paris).

Die von Zetkin in Anlehnung an Marx, Engels und Bebel zusammengefaßte und formulierte Frauenemanzipationstheorie erklärte die Erwerbstätigkeit der Frau als Voraussetzung für ihre Emanzipation. Clara Zetkin machte deutlich, daß die volle Emanzipation der Frau erst nach der grundlegenden Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft realisiert werden könnte. Für sie fiel der Kampf der proletarischen Frau mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital zusammen.

Obwohl dieser theoretische Ansatz von führenden Frauen und Männern der Sozialdemokratie auf Parteitag, in der Presse und in der Öffentlichkeit begründet, erläutert und so verbreitet wurde und auch heute von Teilen der sozialdemokratischen Frauenbewegung als gültig anerkannt wird, haben Tendenzen des »proletarischen Antifeminismus« ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung nie völlig verloren, wie die Revisionismus-Debatte, die Demobilmachungsverordnung nach dem 1. Weltkrieg und sämtliche wirtschaftlichen Krisenzeiten bis heute zeigen. Erst 1925 wurde die Forderung »Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit« auch in das SPD-Parteiprogramm aufgenommen.

Die sozialdemokratische Frauen- und Arbeiterbewegung erkannte schon früh, daß das Frauenwahlrecht eine wesentliche Voraussetzung für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse war. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 fand diese Erkenntnis erstmals programmatischen Ausdruck. Im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung wurde das Frauenwahlrecht nicht als Endziel des Frauenkampfes betrachtet, sondern als Mittel, um die Kampfkraft der arbeitenden Klasse zu stärken.

Das Frauenwahlrecht, das Recht auf Ausbildung und Erwerbsarbeit als Voraussetzung für die soziale und private Unabhängigkeit der Frauen, Arbeiterinnenschutz (Mutterschutz), Arbeitszeitverkürzung, Schul- und Erziehungsfragen

und die Agitation für Frieden und Abrüstung bestimmten den Kampf der sozialdemokratischen Frauen in den Jahren bis zum 1. Weltkrieg.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes blieb Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen weiter untersagt. Die Frauenvereine und die 1893 von Zetkin und Wengels gegründeten Frauenagitationskommissionen mußten wegen ständiger Verfolgung und Unterdrückung aufgelöst werden.

Das System der »Vertrauenspersonen«, vom Berliner Parteitag 1892 für die Frauenarbeit beschlossen und in der Folgezeit ständig ausgebaut, war so die einzige Möglichkeit, die politische Organisation und die Wahl ständiger Vertreterinnen der Frauen zu sichern. Als Zentralvertrauensperson wurde Ottilie Baader von der 1. Frauenkonferenz 1900 gewählt.

Nachdem die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit für Frauen 1908 durchgesetzt werden konnte, kam es in den nächsten Jahren schrittweise zur politischen Integration der klassenbewußten Frauenbewegung in die Partei, die sich mehr und mehr zur Reformpartei entwickelte. Unter dem Einfluß Bernsteins und den wieder zunehmenden Tendenzen des »proletarischen Antifeminismus«, die in den Beiträgen Edmund Fischers unverhüllten Ausdruck fanden, wurde die Frauenfrage an den Rand gedrängt.

Gegen »proletarischen Antifeminismus« und Revisionismus kämpften die Frauen, größtenteils Anhänger der marxistischen Strömung, für ihre inhaltlichen Forderungen und ihren Anspruch auf gleichberechtigte Mitarbeit. Die angegriffenen Politiker reagierten mit hämischer Diskriminierung, die die Frauenbewegung der Lächerlichkeit preisgeben sollte. Zwischen offizieller Parteitheorie und der realen Einstellung der Parteibürokratie zur Frauenfrage tat sich eine Kluft auf.

Diesen negativen Entwicklungen in der Partei stand ein beachtlicher Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung vor dem 1. Weltkrieg gegenüber. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder erhöhte sich zwischen 1907 und 1914 von 30000 auf 174754 (16,1%).

Wichtigstes Forum und Organ der Frauen- und Arbeiterbewegung wurde die von Emma Ihrer herausgegebene und von Clara Zetkin redigierte »Gleichheit«. Mit der »Gleichheit« haben Clara Zetkin und andere bedeutende Frauen und Männer der Sozialdemokratie über den Zeitraum fast einer Generation Millionen von Menschen Orientierung und Richtung gegeben. »Die Gleichheit« verstand sich als »Organ des proletarischen Klassenkampfes« (Zetkin), das sich neben grundsätzlichen theoretischen Artikeln und Stellungnahmen zu politischen Tagesereignissen mit aktuellen Forderungen der Frauenbewegung befaßte und die Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung konkretisierte. Als Clara Zetkin die »Gleichheit« 1892 übernahm, war sie nur ein ziemlich unbekanntes Blättchen, 1914 hatte sie 124000 Bezieher.

Die »Gleichheit« wurde vor 1914 zum bedeutendsten Kampfblatt gegen den Krieg, das in unzähligen Artikeln aufklärte, agitierte, zum Frieden aufrief.

Die führenden Frauen der Sozialdemokratie: Arendsee, Duncker, Luxem-

burg, Zetkin, Zietz, um nur einige zu nennen, führten einen unerbittlichen Kampf gegen den Militarismus, sie fanden sich sämtlich auf der Seite der Kriegskreditegegner. Ihre oppositionelle Haltung war in der konsequenten Beibehaltung der Emanzipationstheorie für die Frauen und die Arbeiterklasse begründet.

Die SPD, durch die konsequente Haltung dieser Frauen irritiert, reagierte 1916 mit dem Ausschluß von Luise Zietz aus dem Parteivorstand, Clara Zetkin wurde 1917 als Redakteurin der »Gleichheit« abgesetzt.

Die Parteispaltung während und nach dem 1. Weltkrieg entzog der sozialdemokratischen Frauenbewegung viele ihrer marxistischen Kämpferinnen und trug wesentlich zum Niedergang der sozialistischen Frauenbewegung bei.

Die SPD beschränkte sich in der Frauenarbeit immer stärker auf Forderungen nach formaler Gleichberechtigung — der Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Frauenemanzipation wurde aus der Diskussion verdrängt. Entsprechend ließ die reformistische Ausrichtung die Frau als Klassenangehörige und Genossin im Klassenkampf in den Hintergrund treten; als ihr eigentlicher Arbeitsbereich wurde die Familie wieder stärker betont.

Die Revolution 1918 brachte den Frauen zwar das lang umkämpfte Wahlrecht und die juristische Gleichstellung (allerdings nicht im Privatrecht), nicht aber die zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit notwendige Umgestaltung in Wirtschaft und Gesellschaft. Zwar war die Vertretung der Frauen im Parlament 1919 besser als 1981, die Repräsentanz verschlechterte sich aber im Verlauf der 20er Jahre.

Von der Arbeitslosigkeit nach Kriegsende und während der Krise bis 1923 waren besonders die Frauen betroffen. Die Verdrängung der Frauen aus dem Produktionsprozeß wurde vor allem während der Demobilmachung auch von der organisierten Arbeiterbewegung selbst betrieben. Damit einher ging eine Wiederbelebung der seinerzeit von E. Fischer repräsentierten theoretischen Diskussion, die die Frauenerwerbstätigkeit angriff und ablehnte. Parallel zum Rückgang der weiblichen Erwerbstätigen verringerte sich auch der Anteil der Frauen an der SPD-Mitgliedschaft drastisch; er erreichte 1923 einen Tiefstand bei etwa 10 Prozent. Das in der Partei häufig beklagte 'falsche' Wahlverhalten der Frauen, d.h. die Tatsache, daß Frauen sich nur unterdurchschnittlich der SPD zuwandten, steht neben anderen Ursachen auch im Zusammenhang mit ihrer Verdrängung aus dem Arbeitsleben.

Diese Gesichtspunkte sowie die Entwicklung der kämpferischen »Gleichheit« zur »Frauenwelt«, einer Zeitschrift mit starkem Unterhaltungscharakter, aber auch die Forderung nach eigenen Frauensekretärinnen bildeten die Hauptkritikpunkte der Frauen an der Partei.

Waren Anfang der 20er Jahre Form und Inhalt weiterer Frauenarbeit nicht endgültig entschieden, so lag nach 1923 für viele Mitglieder mit Unterstützung der Partei der Schwerpunkt auf der Gemeindefarbeit und der Wohlfahrtspflege. Sozialdemokratische Parlamentarierinnen waren entscheidend beteiligt an der Verabschiedung des Reichswohlfahrtsgesetzes und des Mutterschutzgesetzes.

Ein wesentlicher Bereich sozialdemokratischer Frauenarbeit war die Tätigkeit in der Arbeiterwohlfahrt, die 1919 von Marie Juchacz, der einflußreichsten und populärsten sozialdemokratischen Frau in der Weimarer Zeit, gegründet wurde. Daneben existierten im Reich Sozialdemokratische Frauengruppen, Reichsfrauentage wurden abgehalten, die Forderung nach einem besonderen Frauenrat oder einem Reichsfrauenausschuß konnte sich auf den Parteitag jedoch nicht durchsetzen.

Die historische Kritik der Entwicklung sozialdemokratischer Frauenarbeit in der Weimarer Zeit muß differenziert angelegt sein, sie hat nicht nur zu unterscheiden zwischen dem Ausbau der Sozialpolitik, sozialer Organisationen und Institutionen im Umfeld der Sozialdemokratie einerseits und der »geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung« innerhalb der Arbeiterbewegung, der versuchten Fixierung der Frauen auf Sozialarbeit andererseits; für eine fundierte Beurteilung wären auch die Differenzierungsprozesse innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung mehr als bisher zu untersuchen und aufzuarbeiten.

Die kontroverse Diskussion um Beteiligung an Ämtern und Mandaten, die Sekretärinnenfrage, vor allem aber die Diskussionen um Publikationen und Presseorgane, zeigen deutlich, daß der Prozeß des Abdrängens auf sogenannte »frauenspezifische« Arbeit nicht widerspruchsfrei erfolgte und hingenommen wurde.

So erreichten 1927 die Frauen, daß mit Toni Sender eine dem linken Parteiflügel angehörende (ehemals USPD) Genossin als Redakteurin der Frauenzeitung eingesetzt wurde.

In der Spätphase der Weimarer Republik wurde die Bildungsarbeit auf unterer Ebene intensiviert. Frauen kämpften für die Abschaffung des §218, gegen den aufkommenden Faschismus und für Frieden und setzten auch die Wiedereinführung des Internationalen Frauentages, der ab 1926 wieder alljährlich gefeiert wurde, durch.

Im ganzen Reich wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten. In dieser Zeit wurde ein Arbeitskreis aus Vertreterinnen des ADGB, des Angestelltenbundes, der SAJ, der Partei und der Arbeitersportorganisationen gegründet, um den wachsenden Zustrom von Frauen zur NSDAP aufzuhalten.

Sozialdemokratinnen und viele andere Frauen kämpften zum Teil unter Lebensgefahr im Widerstand gegen den Faschismus, der jeden Ansatz emanzipatorischer Frauenpolitik erstickte und den Frauen ihre erkämpften Rechte nahm. Die historische Entwicklung während des Faschismus bedeutete einen bis heute nachwirkenden Rückschlag für die Arbeiter- und Frauenbewegung.

Nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur 1945 fanden sich an vielen Orten wieder Frauen in sogenannten Frauengruppen zusammen, die bis zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Jahre 1972 die Organisationsform der Sozialdemokratinnen blieben. Diese Gruppen bestimmten oder wählten wohl vor Ort aus ihrer Mitte Vorsitzende, auf den höheren Organisationsebenen jedoch beriefen die Vorstände der SPD die Frauen-

vertreterinnen oder -referentinnen. Seit 1946 gab es ein zentrales Frauenbüro beim Parteivorstand. Es stand unter der Leitung von Herta Gotthelf, einer in den Parteivorstand gewählten Genossin. Gotthelf war noch Mitarbeiterin von Marie Juchacz gewesen. Sie redigierte seit 1948 die Frauenzeitschrift »Genossin«, die später wieder den traditionsreichen Titel »Gleichheit« annahm und 1963 nach dem Tode von Herta Gotthelf eingestellt wurde. Herta Gotthelf, dem linken Parteiflügel zugerechnet, wurde bereits 1958 — nach Kontroversen mit der Parteiführung — aus dem Vorstand abgewählt und von der Frauenarbeit entbunden. Ihre Nachfolgerin, ebenfalls ernannt vom Parteivorstand, wurde Martha Schanzenbach, die 1966 von Annemarie Renger abgelöst wurde.

Neben den schon vor 1933 aufgestellten Forderungen nach Reform des §218 und der rechtlichen Gleichstellung der Frauen, konzentrierten sich die »Reichsfrauentagungen«, später »Frauenkonferenzen« der späten 40er und frühen 50er Jahre auf die soziale Lage der Frauen, insbesondere die Rentenversorgung der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen. Nach der beispiellosen Rechtlosigkeit und Ausbeutung der arbeitenden Frauen während des 2. Weltkrieges erlangten Fragen des Schutzes der Frauen vor übermäßiger gesundheitsschädlicher Arbeit in dieser Zeit zentrale Bedeutung. Traditionsgemäß blieben aber auch die Fragen der allgemeinen Bildung, der verbesserten Berufsausbildung auf der Tagesordnung. Vor allem die Sozialdemokratinnen — zu nennen hier Elisabeth Selbert — in den Parlamenten setzten den Artikel 3 des Grundgesetzes durch und traten auch während der Oppositionszeit in der Adenauer-Ära für die schließlich vom Bundesverfassungsgericht erzwungene erste Ehrechtsreform ein. Nur vor dem Hintergrund dieser Periode der Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der gesellschaftlichen Verhältnisse ist wohl zu erklären, daß sich seit Mitte der 50er Jahre in den programmatischen Äußerungen der Partei mehr und mehr ein bürgerlich-konservatives Familien- und Frauenbild durchsetzen konnte. So taucht erstmals im Dortmunder Aktionsprogramm von 1954 die Forderung auf, im »Ehe- und im Familienrecht die Hausfrauentätigkeit als Berufsarbeit zu bewerten«. Im Godesberger Programm heißt es kurz und bündig: »Hausarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden.«

Daneben blieb ein grundsätzliches Ja zur Frauenerwerbstätigkeit zwar enthalten, aber gerade während der Zeit der Hochkonjunktur und des Mangels an Arbeitskräften gab es keine Konzeption für eine Frauenpolitik, die an die Erkenntnisse der proletarischen Frauenbewegung und die Forderungen von Clara Zetkin angeknüpft hätte. Erst der Konjunktüreinbruch der späten 60er Jahre brachte diese Diskussion in die Partei und in die Frauenarbeit zurück. Mit der Forderung nach Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit mußte nach außen hin der — möglicherweise erwünschte — Eindruck entstehen, daß die von der Klassenpartei zur Volkspartei gewordene SPD die bürgerliche Rollenaufteilung von Mann und Frau bejahe und unterstütze. Bis zur Gründung der AsF und der dann einsetzenden, auch von Jungsozialistinnen beeinflussten Selbstverständnisdiskussion brach die Auseinandersetzung über die Frauenfrage in der

SPD nahezu vollständig ab. Erhalten blieben die Klagen über eine zu geringe Vertretung der Frauen in den Parlamenten der verschiedensten Ebenen und die Sorge über das Verhalten der Frauen bei Wahlen, waren doch ihre Stimmen zur Erringung der Regierungsmehrheit unbedingt erforderlich.

Diese Entwicklung in der Programmatik der SPD und der zwischen der Partei und den Frauen verlorene Konsens über einen ökonomischen Ansatz zur Lösung der Frauenfrage stellen eine erhebliche Gefahr für die SPD dar. Denn dies bedeutet gleichzeitig eine Gefährdung der seit Bebel behaupteten Grundlage der Solidarität zwischen den Arbeitern und den Frauen als den am stärksten Benachteiligten in der Gesellschaft.

Die erste demokratisch gewählte Delegiertenkonferenz der AsF in Ludwigshafen (Motto: Benachteiligungen überwinden) versuchte, diese Defizite aufzuarbeiten. Sie erteilte den Auftrag, auf Grund einer eindeutigen Analyse der Familie in der Gesellschaft ein familienpolitisches Programm und ein Grundsatzprogramm für die politische Frauenarbeit der Partei zu erstellen.

Die familienpolitische Arbeitskonferenz der AsF fand bereits ein Jahr später in Bremen statt. Wichtigste Ergebnisse: Forderung nach einer neuen Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen — beide sollten gleichberechtigt am Erwerbsleben und an den Familienpflichten beteiligt sein; Neudefinition eines sozialdemokratischen Familienbegriffes, der die bürgerliche Ehe und die bestehende Kleinfamilie mit einschließt, außerdem aber andere Formen des Zusammenlebens vor Diskriminierung bewahrt. Dieser neue Familienbegriff ist seit 1977 (Hamburger Parteitag) Programmsatz für alle Sozialdemokraten. Deshalb sei er hier ausdrücklich zitiert: »Familien sind auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kindern.«

Die AsF-Bundeskonferenz 1977 in Siegen differenzierte den Bereich der Familienpflichten und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Frage der gesellschaftlichen Anerkennung dieses Bereiches. Es wurden dort Pflege und Erziehung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen als gesellschaftlich notwendige Leistungen eingeordnet, für die eine gesellschaftliche Entschädigung geleistet werden müsse. Dies kann vor allem durch Zurechnung von höchstens drei Beitragsjahren je Kind bei der Rentenberechnung geschehen, aber auch durch die Gewährung eines 18-monatigen Elternurlaubs mit Arbeitsplatzgarantie und Lohnfortzahlung, der zwischen den Eltern aufgeteilt werden soll. Beide Vorstellungen sind im Grundsatz in die Programmatik der Partei eingegangen.

Für den übrigen Bereich der häuslichen Aufgaben, wie Haushaltspflege und -verwaltung wurde die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Anerkennung nicht zugestanden. Diese Aufgaben müssen zwischen den Familienmitgliedern nach Absprache übernommen und erfüllt werden. Mit dieser Aussage ist eine klare Trennung zu den Gruppen in der Gesellschaft gezogen — seien es konservative oder Teile der autonomen Frauenbewegung —, die Hausfrauentätigkeit entlohnt sehen wollen. Klare Position ist auch bezogen gegenüber denjenigen, die das Mutterschaftsgeld nicht als Lohnausfall- oder Lohnfortzahlung sehen,

sondern es allein an die Geburt des Kindes koppeln wollen.

Die Konzeption umfaßt auch ein Paket von Maßnahmen, die beiden Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern und die sorgfältige Erziehung und Betreuung der Kinder im außerfamiliären Bereich sicherstellen soll. 1979 in Erlangen faßte die Bundeskonferenz im Hinblick auf politische Maßnahmen der Bundesregierung noch einmal einen Tendenzbeschluß dahingehend, daß Familienpolitik im weitesten Sinne sozialbetonte Politik für das gesamte Umfeld der Familie sei und nicht zu einem Rückschritt im Sinne der tradierten Frauenrolle mißbraucht werden dürfe sowie für verschiedene Formen familiären Zusammenlebens offen sein müsse. Prämiensysteme (z.B. Familiengründungsdarlehen) werden abgelehnt, Finanzhilfen sollten am Prinzip sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet sein.

Das neue Ehe- und Familienrecht, insbesondere das Scheidungsrecht mit der Einführung des Versorgungsausgleiches, fand grundsätzlich die Unterstützung der AsF. Der Grundsatz, daß derjenige zu einer Entschädigung gegenüber seinem Partner verpflichtet ist, der die Vorteile in Anspruch genommen hat, die ein nicht erwerbstätiger Partner mit sich bringt, wird voll gebilligt. Im übrigen fordert die AsF seit 1974 die Abschaffung des Steuersplittings, das vor allem einkommensstarke Einverdienerfamilien begünstigt.

Eine besondere Rolle in der öffentlichen Diskussion über die Situation der Frauen in der Gesellschaft spielte in der Bundesrepublik — wie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern — die Reform des Abtreibungsparagraphen bzw. die Forderung nach der Freigabe der Abtreibung. Noch stärker als mit der Reform des Scheidungsrechtes wurden Millionen Frauen mit diesem Thema mobilisiert und es drang nach der Bundestagswahl 1969 die Frauenfrage erstmals seit der Weimarer Zeit wieder in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit. Schon Ende der 40er Jahre hatte eine Sachverständigenkonferenz sozialdemokratischer Frauen die Aufhebung aller von den Nationalsozialisten eingeführten Verschärfungen und die Anerkennung einer medizinischen und sozialen Indikation gefordert. Doch muß zugegeben werden, daß wegen der noch vorhandenen organisatorischen Schwäche in den Jahren des Aufbaus der AsF die Meinungsführerschaft in dieser Frage der autonomen Frauenbewegung zugefallen ist, wenn auch die Reform auf parlamentarischer Ebene vor allem von den SPD-Bundesparlamentarierinnen vorangetrieben wurde. Heute kämpft vor allem in den CDU/CSU-regierten Ländern die AsF, trotz Verleumdung und Diffamierung, für die Durchsetzung der dort besonders eingeschränkten Möglichkeiten. Der reformierte §218 ist noch immer ein Klassenparagraph, in dessen Maschen vor allem sozial-schwache Frauen hängen bleiben.

Bereits auf der ersten Delegiertenkonferenz in Ludwigshafen war die Frage nach dem Stellenwert der Frauenerwerbstätigkeit aufgegriffen worden. Folgerichtig nahm sie auch in dem Programmentwurf, der der Bundeskonferenz 1975 in Braunschweig vorgelegt wurde, einen bedeutenden Rang ein. Zu den »Zielen sozialdemokratischer Frauenpolitik« hieß es dort: »Die volle, gleichberechtigte

Teilnahme der Frauen am Arbeitsleben« sei ein »unverzichtbares Ziel für ein Langzeitprogramm zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus.« Im Godesberger Programm hatte es dazu geheißen: »Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden. Der Frau müssen die gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, für Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung geboten werden. Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben.« Die Gegnerinnen (und Gegner?) des Programmentwurfs der AsF konnten sich also darauf berufen, daß der Braunschweiger Entwurf einen verkürzten »rein ökonomischen Ansatz« enthalte. Dabei wurde niemals geklärt, wie diese Gegnerinnen der festgeschriebenen Rollenaufteilung und damit festgeschriebenen lebenslangen Benachteiligung von Müttern im Erwerbsleben und im Rentenalter wirksam begegnen wollten.

Die erste Grundforderung des dann mit großen Mehrheiten verabschiedeten Antrages heißt: »Es müssen die Voraussetzungen für die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit der Frauen geschaffen werden.« Die Bundeskonferenz 1977 in Siegen ging noch weiter: »Das Recht auf Arbeit ist unteilbar, es muß für alle Menschen, Frauen und Männer ... in den Verfassungen des Bundes und der Länder verankert werden ... Das Recht auf Arbeit gibt den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erst ihren konkreten Sinn.« Dies ist bis heute Beschlußlage der AsF.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich unter dem Einfluß konservativer Kampagnen mit einer neuen Küche-Kinder-Konsum-Ideologie, mit Hausfrauen- und Mütterlohn, der Situation am Arbeitsmarkt, in der gegenwärtig vor allem Frauenarbeitsplätze vernichtet werden, einiges bewegt — gefördert auch durch den Mangel an außerfamiliären Erziehungseinrichtungen, der den Ansprüchen eines aufgeklärten Mittelstandes entspricht.

So beginnt deshalb in AsF-Gruppen mit einer stark mittelständischen Struktur, eine Diskussion sich auszuweiten, die insbesondere die Erziehungstätigkeit als gesellschaftliche Arbeit definiert, die auch gesellschaftlich entlohnt werden solle. Gleichzeitig wird der familiäre »Arbeitsplatz« als Freiraum gesehen, an dem Leistungsstreß etc. vorübergehe und der deshalb mehr Chancen der Selbstverwirklichung biete als der Arbeitsplatz in Dienstleistung, Gewerbe oder Produktion. Unterschlagen wird hier die Tatsache, daß noch immer die Mehrzahl der Frauen mit Kindern eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, weil das Familieneinkommen zur Erreichung eines angemessenen Lebensstandards nicht ausreicht.

Der Stellenwert, den die AsF der Frauenerwerbstätigkeit beimißt, wurde in Siegen auch dadurch unterstrichen, daß Elfriede Hoffmann, damals Frauenreferentin des DGB-Bundesvorstandes, inzwischen Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Gewerkschaft HBV, zur Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften war jedoch in den Jahren seither, insbesondere seit 1979, nicht so eng, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Insbesondere tauchten im Zusammenhang mit der Errichtung von Gleichstellungsstellen bei der Bundesregierung und verschiedenen Landesregierungen Mißverständnisse auf, z.B. es handle sich um gegen die Gewerkschaft gerichtete Aktivitäten. Auch die von Annemarie Renger und später von Egon Bahr geleistete Unterstützung der Kampagne »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« und die versprochene prozessuale Unterstützung durch die SPD förderten bei den Gewerkschaften die Sorge, dadurch werde der Wille der Frauen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weiter geschwächt. Auch die von der AsF nachdrücklich geforderte Öffnung der gewerblich-technischen Berufe für Mädchen und die dabei auftauchenden Probleme des Arbeitsschutzes führten zu Spannungen. Unberechtigterweise entstand bei den Gewerkschaften der Eindruck, die AsF wolle die ersatzlose Beseitigung von schwer erkämpften Schutzvorschriften, wo es um eine Überprüfung der bestehenden Vorschriften ging, die entweder auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt werden sollten oder durch Verbesserungen am Arbeitsplatz oder der Produktionsbedingungen für alle entfallen könnten. In jüngster Zeit konnten in Gesprächen die Positionen auf beiden Seiten verdeutlicht werden. Übereinstimmend sind AsF und Gewerkschafterinnen der Überzeugung, daß Teilzeitarbeit langfristig kein Mittel zur Erreichung der Gleichberechtigung ist.

Die AsF fordert darüber hinaus eine demokratisch kontrollierte staatliche Wirtschaftslenkung und -planung, Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten auf allen Ebenen, Verbot von Überstunden und Akkordarbeit, Versicherungspflicht jeder abhängigen Beschäftigung von der ersten Stunde an, Einführung einer Quotierung am Arbeitsmarkt mit dem Ziel, daß Frauen bei der Stellenvergabe gemäß ihrem Anteil an den Beschäftigten berücksichtigt werden müssen; insbesondere sollen Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und mit öffentlichen Mitteln geförderte Ausbildungsplätze für Jungen und Mädchen im gleichen Umfange zur Verfügung stehen.

So unumstritten die Forderung nach Quotierungen am Arbeitsmarkt in der AsF gewesen ist, so heftig wurde um die Frage der Quotierung innerhalb der Partei gerungen. Ausgelöst wurde die Diskussion dadurch, daß nach dem Fall der sogenannten Schutzklausel 1971 (jedem Vorstand sollte mindestens eine Frau angehören) der Anteil der Frauen in Parteifunktionen, in Ämtern und Mandaten ständig zurückging, daß zwischen den Gleichberechtigungsbekanntnissen von Parteiverantwortlichen und der tatsächlichen Beteiligung der Frauen sich eine nicht zu überwindende Schere auftat. Fast nirgendwo seit 1945 entsprach der Anteil der Frauen in den Vorständen der Partei ihrem Mitgliederanteil, niemals gab es eine stellvertretende Parteivorsitzende auf Bundesebene, unter den 22 Bezirksvorsitzenden ist keine Frau. Als Faustregel gilt: je höher die Organisationsebene, desto geringer der Frauenanteil. Insgesamt hatten 1977 von einer Million Sozialdemokraten 8,5 Prozent irgendeine Funktion innerhalb der Partei, von den 21,6 Prozent Frauen nur 1,2 Prozent. Trotz des Wissens um diesen Zustand, trotz der bitteren Erfahrungen und Niederlagen vieler Genossinnen

beim Kampf um ein Mandat oder eine Funktion entschied die AsF auf zwei Bundeskonferenzen (1977 und 1979) mit knappen Mehrheiten gegen die Quotierung innerhalb der Partei. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß eine auf dem Berliner Parteitag der SPD in die Diskussion gebrachte Satzungsänderung nicht zum Zuge kam. Gegen die Quote wurde u.a. ins Feld geführt, daß sie eine gegen die AsF gerichtete Manipulation bei der Auswahl der Kandidatinnen hervorrufen könne. Daß derartige Spielchen auch ohne Quotierung betrieben werden können, zeigte ebenfalls der Parteitag in Berlin, wo gegen die von der AsF vorgeschlagenen und vom Parteivorstand unterstützten Kandidatinnen von der Parteilisten drei weitere Frauen vorgeschlagen wurden. Zwei von ihnen wurden in den Vorstand gewählt, auf Kosten einer linken Frau und eines linken Mannes. Nicht so niederschmetternd endete der Versuch Willy Brandts, für das Europa-Parlament im ersten, entscheidenden Anlauf die Zahl der weiblichen Abgeordneten in einer bestimmten Höhe festzuschreiben, wohl in der zutreffenden Erkenntnis, daß es bei jeder nächsten Wahl, wie die Bundestags- und die meisten Landtagswahlen zeigen, für Frauen nur um freier werdende Mandate gehen kann und daß dann die Absicherung auf der Liste noch lange nicht gesichert ist. Seine Forderung — verbunden mit der Ankündigung, er werde die bundesdeutsche Liste nur dann anführen, wenn sie erfüllt sei — brachte unter den dreißig vorderen Plätzen jeden fünften Platz einer Frau.

Was so mit »Druck« erreicht wurde, mußte für die Partei Bebels eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, zumal sie im Orientierungsrahmen '85 selbst noch einmal bekräftigt hatte: »Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen Ernst macht.« Dort heißt es auch: »Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur von Männern und Frauen gemeinsam bewältigt werden kann.«

Neben dem Auftrag, der in den Richtlinien für die AsF-Arbeit festgelegt ist und Aufgaben umfaßt wie »Frauen mit der Politik vertraut zu machen«, »zur Bewußtseinsänderung im Sinne sozialdemokratischer Grundsätze beizutragen«, gehört auch, die »Interessen und Forderungen der Frauen in die Willensbildung der Partei einzubringen«.

Diese Auffassung der politischen Frauenarbeit in der SPD läßt sich bis Bebel und Clara Zetkin zurückverfolgen. Sie wird von der AsF bejaht. Dies bedeutet aber nicht, daß eine unkritische Integrationsarbeit für die SPD zu leisten sei, um allein Wählerstimmen für die Partei zu erhalten. Vielmehr leitet die AsF daraus den Anspruch ab, alle Aussagen, Aktionen und Forderungen der SPD daraufhin zu überprüfen, ob sie der Sache der tatsächlichen Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft dienen. Da, wo Zweifel an diesem Ziel angemeldet werden müssen, ist die AsF zu kritischer Distanz verpflichtet. Das gilt z.B. für den erweiterten Mutterschaftsurlaub und die Besitzstandswahrung bei der Rentenreform 1984, die vor allem Männer begünstigen würde. Die AsF leitete daraus, anknüpfend an die Traditionen der proletarischen Frauenbewegung vor 1914,

1979 in Erlangen das Recht und die Pflicht ab, in Fragen der Abrüstung und Friedenssicherung eindeutig Stellung zu nehmen. Schon vor dem Berliner Parteitag brachte sie eine Unterschriftenaktion gegen die geplante sogenannte »Nachrüstung« in Gang. Nach Berlin führte sie diese Sammlung fort, mit dem Ziel, dem Doppelbeschluß Geltung zu verschaffen und unverzüglich Verhandlungen in Gang zu bringen und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern. Ebenfalls in Erlangen sagten die AsF-Frauen eindeutig »nein« zu allen Bestrebungen, die Bundeswehr für Frauen über das bestehende Maß hinaus zu öffnen (vgl. den Aufsatz von Kroll/Rantio-Plath »Frieden — Brot — Rosen« in diesem Heft).

Heute kann festgehalten werden, daß die AsF über eine umfassende und differenzierte Beschlußlage zu den wesentlichen Bereichen der Frauenpolitik verfügt. Jetzt kommt es darauf an, programmatische Forderungen in Forderungen eines praktischen Aktionsprogramms umzusetzen und in mühseliger Kleinarbeit und Kontrolle politischer Entscheidungen zu verwirklichen. Mittelpunkt unserer Arbeit muß — angesichts der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und der Bedrohung des Weltfriedens — der Kampf um das Recht auf Arbeit und für Frieden und Abrüstung bleiben. Die Bundeskonferenz im Juni, die unter dem Motto »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« steht, wird detaillierte Anträge zu diesem Schwerpunkt beraten und praktische Wege zeigen, wie das Recht auf Arbeit auch für Frauen verwirklicht werden kann.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen brauchen wir die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Unsere natürlichen Bündnispartnerinnen sind die Frauen in den Gewerkschaften. Mit ihnen muß ein Zusammenwirken über das bisherige Maß hinaus die Regel werden. In vielen Schwerpunktaktionen haben wir mit Gruppen der autonomen Frauenbewegung erfolgreich zusammengearbeitet. Auch für die Zukunft wird es notwendig sein, gemeinsame Ziele auch gemeinsam zu verfolgen. Wichtig erscheint uns die Vertiefung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der autonomen Frauenbewegung, Analysen und Folgerungen beider Teile der Frauenbewegung gegenüberzustellen und da, wo nötig, eine genaue Abgrenzung vorzunehmen, um so eigene Positionen deutlich zu machen.

1980 haben bei der Bundestagswahl mehr Frauen als Männer SPD gewählt. Der Frauenanteil bei neu eintretenden Mitgliedern ist seit einigen Jahren ansteigend und mittlerweile so hoch, daß er allein ein Zurückgehen der SPD-Mitgliederzahlen verhindert. Immer mehr Frauen, besonders der jüngeren Generation, zeigen die Bereitschaft zu politischem Engagement.

Diese Entwicklung wird stagnieren und zurückgehen, wenn die Partei auch weiterhin in vielen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen die AsF wie eine Minderheit behandelt und ihrer im Orientierungsrahmen '85 niedergeschriebenen Selbstverpflichtung nicht nachkommt. Sie ist gefordert, den Vertrauensvorschuß neuer Mitglieder als Verpflichtung zu begreifen, sich mit Positionen und Forderungen der Frauen auseinanderzusetzen und Frauen für Positionen in der

Partei und für parlamentarische Mandate ausreichend zu berücksichtigen. Der AsF fällt jetzt die Aufgabe zu, sich auf die strategischen Punkte zur Vertretung von Fraueninteressen und zur Gesellschaftsveränderung zu konzentrieren, die Bewegungen in der Partei und in der Gesellschaft ingangzubringen.

Martina Tiltmann

Teilzeitarbeit — Eine Alternative für Frauen?

Teilzeitarbeit ist Frauenarbeit: mehr als 95% aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblichen Geschlechts. Die Anzahl teilzeitarbeitender Frauen ist in den letzten Jahren erheblich angestiegen: Waren 1960 nur 6,4% aller erwerbstätigen Frauen in dieser Arbeitsform beschäftigt, sind es 1981 bereits ein Fünftel. Über zwei Millionen Frauen sind in Arbeitsverhältnissen mit weit unter 40 Wochenstunden beschäftigt. Teilzeitarbeit wird bisher hauptsächlich in einigen wenigen Wirtschaftsbereichen ausgeübt, die durch einen traditionell hohen Frauenanteil gekennzeichnet sind. Die Mehrzahl teilzeitarbeitender Frauen ist im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich tätig.

Waren vor der ökonomischen Krise der Jahre 1966/67 hauptsächlich Beschäftigte in Unternehmen des gewerblichen Bereichs betroffen, so erfaßt die seit Mitte der 70er Jahre anhaltende Krise auch in großem Umfang die Beschäftigten des Dienstleistungsbereichs. Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit trifft besonders die Frauen: Ihre Arbeitsplätze — häufig Teilzeitarbeitsplätze — sind von Rationalisierungsmaßnahmen stark betroffen: Ein Drittel aller arbeitslosen und arbeitsuchenden Frauen war vor Beginn ihrer Arbeitslosigkeit auf Teilzeitarbeitsplätzen beschäftigt. Diese Frauen sind häufiger und länger arbeitslos. Betriebsinterne Unternehmensstrategien führen einerseits zur Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze, andererseits werden vorhandene Teilzeitarbeitsplätze ganz abgebaut. Unternehmer haben ein starkes Interesse an Teilzeitarbeit für bestimmte monotone Anlern Tätigkeiten, Teilzeitarbeit stellt die einzig akzeptable Form der Arbeitszeitverkürzung für das Kapital dar. Der Bundesverband deutscher Arbeitgeber forderte bereits 1977 in seinem Programm »Strategie zur Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes« die finanzielle Unterstützung dieser Arbeitsform durch den Staat. Als vorteilhaft wird von den Unternehmern die hohe Leistungsfähigkeit der Teilzeitbeschäftigten angesehen: »Leistungsmäßig stehen Teilzeitarbeitskräfte erfahrungsgemäß Vollzeitarbeitskräften gleich. Verschiedentlich liegen ihre Leistungen sogar noch höher.«¹ Besonders geschätzt wird der flexible Einsatz stundenweiser Beschäftigung im Handel, wo die Arbeitskräfte in zunehmendem Maß kapazitätsorientiert — z.B. in den

verkaufsintensiven Phasen — eingesetzt werden. »Vorteile der Teilzeitarbeit: Vermeidung von konjunkturbedingten Entlassungen durch Übergang zur Teilzeitarbeit.«² Um die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einzusparen, setzen Unternehmer Teilzeitarbeitnehmer häufig unterhalb der stundenmäßigen Versicherungsgrenze ein. Eventuelle Nachteile — wie erhöhte Verwaltungskosten — können durch diese Vorteile aufgewogen werden.

Trotz der sich immer mehr verschlechternden Arbeitsmarktlage für Frauen wird weiterhin die Ausweitung der Teilzeitarbeit für Frauen als eine Lösung des Problems der Frauenarbeitslosigkeit angesehen. Staatliche Institutionen wie die Bundesanstalt für Arbeit propagieren die Förderung der Teilzeitarbeit, um die Zahl der Arbeitslosen bzw. Arbeitsuchenden zu senken und dem »Wunsch« vieler Frauen nach einer Erwerbstätigkeit, die aufgrund der Doppelbelastung durch Familie und Beruf keine Vollbeschäftigung sein kann, Rechnung zu tragen. Die Bundesanstalt für Arbeit schlägt vor, den Betrieben finanzielle Mittel zur Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen zu gewähren sowie die Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen zu unterstützen. Diskutiert wird ebenso die paarweise oder paarergänzende Vermittlung von Teilzeitarbeitsuchenden (Job-Sharing).

Der Bund und die Länderregierungen erwarten positive Auswirkungen eines vermehrten Teilzeitarbeitsplatzangebotes. Die Konferenz der Minister und Senatoren der Länder für Arbeit und Soziales beschloß Anfang 1978 eine generelle Förderung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeitsplätze: Das Ziel des Modellprojekts des Landes Bremen ist es beispielsweise, die Teilzeitarbeit beider Geschlechter auch in höheren Qualifikationsstufen zu entwickeln. Auflagen sollen mißbräuchliche Ausnutzungen der Förderungen durch Unternehmer verhindern.

In Nordrhein-Westfalen sollen Modellversuche zur Erprobung von Teilzeitarbeit in ausgewählten Berufen eingerichtet werden. Durch eine weitere Öffnung dieser Arbeitsform für Beamte soll der anwachsenden Lehrerarbeitslosigkeit entgegengewirkt werden.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wollen die Landesregierungen die Teilzeitmöglichkeiten für Frauen verbessern. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung unterstützt mit Untersuchungen, Briefen und einem Leitfaden über rechtliche Fragen die verkürzten Arbeitszeiten.

In den DGB-Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist die Diskussion über eine verkürzte Arbeitszeit allein für Frauen durch Teilzeitarbeit in den letzten Jahren intensiviert worden. Der DGB verfolgte in den Jahren des relativ stabilen Wachstums eine ambivalente Politik bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit, die im sogenannten »Wahlfreiheitskonzept« ihren Niederschlag fand. In Kenntnis der mit Teilzeitarbeit verbundenen Nachteile wurde diese Arbeitsform nicht nur als kleineres Übel hingenommen, sondern als Alternative für Frauen mit Familienpflichten gefordert. Verbesserungen sollten jedoch in versicherungsrechtlichen Fragen erfolgen. 1969 wurde die Forderung nach Teilzeitarbeit in das DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen aufgenommen.

Die zunehmend stärker werdende Krisenhaftigkeit des bundesdeutschen Wirtschaftssystems in den 70er Jahren bewirkte innerhalb des DGB eine Reaktivierung der Forderungen nach grundlegenden Veränderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie eine Konkretisierung aktueller Forderungen, beispielsweise nach Verkürzung der Arbeitszeit zur Humanisierung der Arbeit und als Instrument der Arbeitsmarktpolitik. In der gewerkschaftlichen Frauenpolitik steht heute die Forderung nach Recht auf Arbeit für Frauen im Mittelpunkt. Der DGB-Bundeskongreß 1978 vollzog auch in Fragen der Teilzeitarbeit die Fortentwicklung nach, da diese keine echte Alternative für Frauen mit Familie biete, und »damit Arbeitgeber Teilzeitbeschäftigte und Vollzeitbeschäftigte nicht gegeneinander ausspielen können, sollen sich die Bemühungen mit Nachdruck auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit konzentrieren.«

Den DGB-Frauen kommt in diesem Prozeß eine Vorreiterfunktion zu. 1977 lehnten die Gewerkschaftsfrauen auf ihrem 9. Bundeskongreß die Teilzeitarbeit in aller Deutlichkeit ab. »Die Teilzeitarbeit ist ... kein Mittel, um eine ausreichende Beschäftigungssituation zu garantieren.« Statt dessen soll die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich vorangetrieben werden. Mit diesen Forderungen konnten sich die DGB-Frauen auf dem 11. DGB-Tag durchsetzen.

In der SPD ist die Debatte um Teilzeitarbeit noch nicht entschieden. In den familienpolitischen Beschlüssen des Hamburger Parteitags 1977 werden Übergangsweise »Halbtagsarbeitsplätze und Arbeitsplätze mit geringerer Stundenzahl« unter Ausschluß der versicherungsrechtlichen Nachteile gefordert, um langfristig eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für beide Elternteile zu erreichen. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch zunehmender Widerstand innerhalb der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und Frauen (ASF) gegen die Ausweitung der Teilzeitarbeit. So hat die ASF auf ihrem Bundeskongreß 1977 in Siegen in einem Leitantrag zum Thema »Recht auf Arbeit für Frauen« festgestellt: »Die Vermehrung von Teilzeitarbeit bietet keine perspektivische Möglichkeit, weil sie alle traditionellen Schwächen des Arbeitsmarkts zementiert.« Ebenso wie die Jungsozialisten fordert die ASF eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf sechs Stunden.

Ebenso diskutiert die außerparlamentarische Frauenbewegung die Frage Teilzeitarbeit kontrovers. Während Teile der Frauenbewegung mehr Teilzeitarbeit fordern, lehnen eher gewerkschaftlich orientierte Frauengruppen diese Arbeitsform ab.

Angesichts deutlicher Interessengegensätze sollen im folgenden vier Argumentationsmuster von Arbeitgebern und staatlichen Institutionen nachverfolgt werden, die die Teilzeitarbeit familien- und arbeitsmarktpolitisch begründen. Im Anschluß daran sollen Strategien und Forderungen zur Überwindung der Teilzeitarbeit erwerbstätiger Frauen skizziert werden.

Die Argumente für und wider die Teilzeitarbeit

Zwei Argumentationsstränge der Befürworter sind zu unterscheiden: Einerseits wird versucht, Begründungszusammenhänge aus den subjektiven, materiellen und sozialen Problemen der Frauen zu liefern. Andererseits wird diese Arbeitszeitform ideologisch und praktisch als Instrument der Krisenregulierung verarbeitet.

1. Argumentationsmuster: Teilzeitarbeit ist eine Arbeitsform im Interesse der Frauen. Sie ermöglicht es angeblich, die Aufgaben in Beruf und Familie in idealer Weise zu bewältigen.

In dieser Argumentation werden die Interessen vieler Frauen scheinbar aufgenommen. Sie setzt allerdings unausgesprochen gesellschaftliche Verhältnisse voraus, die es zu hinterfragen gilt: Solange Haushalt, Kindererziehung und die Betreuung alter und pflegebedürftiger Familienangehöriger den Familien und damit den Frauen überlassen bleiben, ist die Teilzeitarbeit in der Tat häufig die einzige Möglichkeit, der Doppelbelastung standzuhalten. Gesellschaftliche außerfamiliäre Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und öffentliche Dienstleistungszentren, die einen Großteil der Hausarbeiten und Erziehungsaufgaben übernehmen müßten, könnten die materiellen Voraussetzungen aufheben, die heute noch breite Teile der lohnabhängigen Frauen dazu zwingen, auf individuelle Bewältigungsstrategien auszuweichen.

Teilzeitarbeit stabilisiert nicht nur die Unterversorgung der Familien mit gesellschaftlichen Einrichtungen, sondern zementiert auch die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Haushalt und Familie. Der Mann bleibt in erster Linie Verdienener, die Frau Hausfrau und Mutter. Die Aufgaben bewältigt sie in der Regel allein, die Belastungen steigen sogar noch, da die Arbeitsteilung trotz beiderseitiger Erwerbstätigkeit nicht in Frage gestellt wird. Einkommen aus einer Teilzeitbeschäftigung ist Zuverdienst und zum alleinigen Lebensunterhalt unzureichend. Diese Frauen sind auf zusätzliche Unterhaltsquellen angewiesen. Die Möglichkeit finanzieller und damit sozialer Unabhängigkeit wird den Frauen und Müttern verstellt, der innerfamiliäre Feudalismus und die persönliche Abhängigkeit vom Hauptverdiener wird aufrechterhalten.

2. Argumentationsmuster: Durch Teilzeitarbeit können Mütter während der Phase der Kindererziehung den Kontakt zum Beruf aufrechterhalten.

Dagegen steht die soziale Realität dieser Arbeitsform. Teilzeitarbeit ist eine Beschäftigungsform, die von verheirateten Müttern nach einer Phase der ausschließlichen Hausarbeit aufgenommen wird, wenn die Erziehungsaufgaben von öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schule) zumindest halbtags übernommen wird. Die Hälfte aller »Rückkehrerinnen« suchen eine Halbtagsarbeit. Der höchste Anteil teilzeitarbeitender Frauen lag 1970 bei Frauen, die 12 bis 17 Jahre nicht mehr erwerbstätig waren. In der Altersstufe der 30- bis 50jährigen Frauen mit Familienbelastungen ist diese Arbeitszeitform am stärksten verbreitet.

Zwar ermöglicht Teilzeitarbeit nach einer Phase der Unterbrechung der Er-

werbstätigkeit soziale Kontakte zu Arbeitskollegen und vermeidet eine völlige Begrenzung auf die private Sphäre des Haushalts. Auch gibt es Berufe, die dem Idealmodell entsprechen. Aber der Preis, der von den Frauen in diesen Fällen für die verkürzte Arbeitszeit gezahlt werden muß, ist sehr hoch:

Teilzeitarbeit bedeutet für die Mehrheit der Frauen einen unattraktiven Arbeitsplatz, einfache Zuarbeiten, monotone Tätigkeiten, keine oder nur geringe Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Ein Qualifikationsverfall ist fast unvermeidlich, da viele nicht ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt werden. Die Arbeitssituation stabilisiert damit zugleich die Orientierung weiblicher Erwerbstätiger auf Haushalt und Familie und erschwert gewerkschaftliches Engagement der Frauen für ihre Interessen im Betrieb.

Teilzeitarbeit bedeutet Arbeitsintensivierung ohne Lohnausgleich; Leistungsanforderungen steigen bei verkürzter Arbeitszeit, ohne daß sich dies im Einkommen niederschlägt. Teilzeitarbeit ist relativ unterbezahlt; Untersuchungen bei teilzeitbeschäftigten Akkordarbeiterinnen zeigen, daß die Akkordsätze bis zu 25% über denen vollzeitarbeitender Frauen liegen. Der hieraus entstehende Leistungsdruck auf Kolleginnen verschlechtert das innerbetriebliche Arbeitsklima und erschwert eine solidarische Zusammenarbeit. Teilzeitarbeit verringert sozialpolitische Ansprüche. Der kurzfristige Vorteil eingesparter Arbeitnehmerbeiträge aus versicherungsfreier Erwerbstätigkeit wird zum Bumerang. Eine Beschäftigung unter 20 Wochenstunden bedeutet den Verzicht auf Arbeitslosengeld. Bei einer Arbeit unter 15 Wochenstunden entfällt zudem die Rentenversicherung, wie es bei Reinigungs- und Putzdiensten oft der Fall ist. Den Frauen fehlt dann trotz jahrelanger Erwerbstätigkeit eine sozial ausreichende Alterssicherung. Mehrarbeit in dieser Arbeitsform wird oft nicht entsprechend den Überstundenregelungen bezahlt. Aufgrund individueller, außertariflicher Arbeitsverträge ist der Kündigungsschutz mangelhaft.

3. Argumentationsmuster: Durch Ausweitung der Teilzeitarbeit läßt sich die hohe Frauenarbeitslosigkeit und der Facharbeitermangel bekämpfen.

Diese Position wird hauptsächlich von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit und von Vertretern der Regierungen entwickelt. Die Ausweitung der Teilzeitarbeit läßt aber außer acht, daß hierdurch Arbeitslosigkeit umverteilt und somit nur das eigentliche Ausmaß der gegenwärtigen Krisenlasten verdeckt wird. Aus Arbeitlosen werden Teilzeitarbeitslose. »In der Rezession dient das arbeitsmarktpolitische Mittel Teilzeitarbeit zur Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze auf möglichst viele Arbeitnehmer. Der flexible Einsatz des Instruments Teilzeitbeschäftigung soll die vollständige Nichtbeschäftigung weniger durch Minderbeschäftigung vieler verhindern oder wenigstens das Ausmaß der totalen Arbeitslosigkeit verringern.«³

Teilzeitarbeitsplätze sind als Ergebnis von Rationalisierungsmaßnahmen oft nur die Vorstufe weiterer Arbeitsplatz einsparungen. Es ist ein aussichtsloser Versuch, mit einer dann eventuell noch staatlich subventionierten unbezahlten »Kurzarbeit« zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen zu wollen. Die Be-

schäftigungssituation im Handel dokumentiert eindrucksvoll den zunehmenden Ersatz von Vollzeit- durch Teilzeitbeschäftigte. Das System der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit (KAPOVAZ) beinhaltet die Überführung von festen zu flexiblen Arbeitszeiten. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen beschreibt die neue Arbeitsform folgendermaßen: »Eine geregelte Arbeitszeit gibt es nicht mehr. Der Arbeitgeber diktiert Ihre Arbeitszeit. Sie verpflichten sich, jederzeit abrufbereit dem Unternehmen zur Verfügung zu stehen ... Durch übertriebene Versprechungen von mehr Freizeit und hohem Einkommen sollen Ihnen neue Arbeitsverträge schmackhaft gemacht werden. Vereinbart wird nur ein Jahresgehalt und eine feste Arbeitszeit.« Die Mitarbeiter werden nur in »Stoßzeiten« des Verkaufs beschäftigt, Zeiterfassungsgeräte und Leistungslohn kontrollieren und prämiieren den diskontinuierlichen, nach Tageszeiten kalkulierten Einsatz der Arbeitnehmer. Die Stammebelegschaft schrumpft auf ein Minimum.

Das Ifo-Institut stellt 1978 in einer für den industriellen Bereich repräsentativen Studie fest, daß ca. 10% aller Arbeitsplätze ohne größere betriebswirtschaftliche Nachteile in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden können. Aber selbst Befürworter von mehr Teilzeitarbeit können nicht ausschließen, daß von einer ganzen Stelle am Ende nicht doch nur die Hälfte übrig bleibt. Zu berücksichtigen ist ferner, daß solche Teilzeitarbeitsplätze Vollzeitarbeitsplätze vernichten und damit das Stellenangebot verringern. Von solchen Umwandlungen sind zwei Drittel aller arbeitslosen Frauen eher nachteilig betroffen. Ebenso ist mehr als fraglich, ob eine Ausweitung der Teilzeitarbeit effektiv dazu beitragen kann, den in Bereichen der industriellen Fertigung und des Handwerks herrschenden Facharbeitermangel zu beheben, da teilzeitarbeitende Frauen — insofern sie eine Ausbildung durchlaufen haben — hauptsächlich auf Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich und im gewerblichen Bereich konzentriert sind.

4. Argumentationsmuster: Der Ausbau der Teilzeitarbeit erhöht die Wahlfreiheit zwischen Erwerbstätigkeit und Freizeit.

Folgt man dem Argument, dann sollen die Beschäftigten über die Länge ihres Arbeitstages individuell »frei« entscheiden. Läßt man die damit verbundene Abgabe an eine Strategie der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich außen vor, wird hier auf den »freiwilligen« Verzicht der Arbeitnehmer auf volle Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Einkommen spekuliert. Die ökonomische Situation der Mehrheit der Erwerbstätigen läßt eine solche »Wahlfreiheit« nicht zu. Das Denkmodell einer Ehe oder Partnerschaft, in der beide halbtags arbeiten, ist für die überwältigende Mehrzahl der Familien vielleicht wünschenswert, aber nicht praktikabel. Auch für viele Alleinstehende, ausgenommen eine materiell privilegierte Minderheit, ist das halbe Einkommen zum Lebensunterhalt zu niedrig. Eine individuelle Lösungsstrategie kollektiver Bedürfnisse verfestigt und vergrößert soziale Unterschiede und schließt die große Mehrheit der Familien und Alleinstehenden von der Verwirklichung ihrer sozialen und kulturellen Vorstellungen aus. Dagegen beinhaltet die

Ausweitung der Teilzeitarbeit die Erhöhung der Wahlfreiheit der Unternehmer beim flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte in Produktion und Dienstleistung und die Realisierung der damit verbundenen Vorteile.

Alternativen zur Teilzeitarbeit

Das Konzept der Ausweitung der Teilzeitarbeit ist eine Strategie zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung *ohne* Lohnausgleich »durch die Hintertür«, die mit einer Verschlechterung der materiellen und sozialen Bedingungen der abhängig Beschäftigten einhergeht. Der Übergang zur unbezahlten Kurzarbeit ist in einigen Bereichen fließend. Humanisierungs- und Beschäftigungseffekte, die mit einer gewerkschaftlich orientierten Arbeitszeitverkürzung verbunden sind, treten nicht ein, das Arbeitnehmereinkommen wird weitgehend umverteilt bzw. gekürzt.

Teilzeitarbeit stellt als individuelle Lösungsstrategie für die Doppelbelastung der Frauen keine dauerhafte und gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an gesellschaftlicher Arbeit sicher; sie verfestigt im Gegenteil die diskriminierte Stellung der Frauen, indem sie die Belastungen aus Erwerbstätigkeit und Familienarbeit in den hergebrachten Strukturen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau allein bei den Frauen beläßt.

Deutlich wurde, daß Teilzeitarbeit zwar den individuellen Bedürfnissen vieler Frauen mit Kindern entspricht, für die sich hier und heute keine praktische Alternative bietet. Die Lage teilzeitarbeitender Frauen kann aktuell nur durch die Einbeziehung dieser Arbeitsform in tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen verbessert werden, die auch Umfang, Form und Art dieser Beschäftigungsform umfassen müssen. Gleichzeitig ist die Versicherungspflicht aller Beschäftigten von der ersten Stunde an sicherzustellen.

Perspektivisch kann es aber nicht darum gehen, durch individuelle Lösungsversuche die Zwangslage der Frauen zu verfestigen, sondern die Verhältnisse, die sie hervorbringt, gemeinsam zu verändern. Nicht zuletzt die Organisation der gesellschaftlichen und privaten Arbeit der Männer und Frauen muß so geändert werden, daß die Forderung nach Recht auf Arbeit für beide Geschlechter eine Stück näher rückt. »Das Recht auf Arbeit beinhaltet die Garantie einer generellen und dauerhaften Erwerbstätigkeit für Frauen. Die Lohnarbeit selbst unter kapitalistischen Bedingungen, die zwar gerade Frauen in weiten Bereichen minderqualifizierte Arbeit und Doppelbelastung aufbürdet, ist ein erster Schritt, ermöglicht sie es ihnen doch, ihre im Erwerbsleben erreichte Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu behaupten und am Kampf um die grundlegende Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen teilzunehmen.«⁴ Um das Recht auf Arbeit Realität werden zu lassen, bedarf es einer grundlegenden Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt die Mitbestimmung, die demokratische Wirtschaftsplanung und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien steht. Dies haben die DGB-Frauen ebenso wie die ASF auf ihren Bundeskonferenzen 1977 betont. Es kommt schon heute darauf an, alle

Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Frauen die Perspektive einer gleichberechtigten Teilnahme am Erwerbsleben zu eröffnen. Ein Konzept zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der besonderen gesellschaftlichen Stellung der Frauen muß folgende Forderungskomplexe berücksichtigen.

Sechs Stunden sind genug!

Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich schafft Voraussetzungen, die bisher einseitig die erwerbstätigen Frauen belastenden Familienaufgaben und Hausarbeiten auf beide Geschlechter umzuverteilen. Materiell bedeutet sie die Verbesserung der Lage der Frauen und ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Mann. Andere Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung leisten wichtige Beiträge zur Arbeitsgestaltung⁵, bieten aber keine Perspektive zur Überwindung der Doppelbelastung der Frauen. Dies hat auch die holländischen Sozialdemokraten bewogen, auf Druck der sozialdemokratischen Frauen, den Fünf-Stunden-Tag die 25-Stunden-Woche in ihr Parteiprogramm aufzunehmen.

Mehr gesellschaftliche Erziehungseinrichtungen — den Zwang zur Teilzeitarbeit aufheben!

Die angestrebte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau wird unterstützt durch die Übernahme von Erziehungsaufgaben durch gesellschaftliche Einrichtungen, in denen Eltern mitbestimmend an der Gestaltung und Problembewältigung beteiligt sind. Von zentraler Bedeutung ist die flächendeckende quantitative und qualitative Ausweitung und Verbesserung preisgünstiger Kinderkrippen, -krabbelstuben, -tagesstätten und -gärten, Schülerhorten, Vor- und Ganztagschulen sowie der Gesamtschule. Auch sind die Öffnungszeiten der Kindereinrichtungen mit den Arbeitszeiten der Eltern abzustimmen. Wichtig ist weiterhin die Einführung eines obligatorisch zu teilenden Elternurlaubs nach der Geburt des Kindes von 18 Monaten bei Arbeitsplatzgarantie und Lohnfortzahlung bei Wiederaufnahme der Arbeit nach Ablauf der Zeit.

»Revolution des häuslichen Lebens«

Diese beiden Forderungskomplexe werden durch einen dritten ergänzt: es ist die Forderung nach der weiteren »Revolution des häuslichen Lebens« (August Bebel). Dies kann u.a. geschehen durch: Ausweitung der kostengünstigen und ernährungswissenschaftlich sinnvollen Außer-Haus-Speisung, Zentralküchen etc.; zentrale Waschsalons; flächendeckende Errichtung von Service-Häusern und Sozialstationen; Ausbau öffentlicher Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen, Bereitstellung von Wohnungen für große Familien, Wohngemeinschaften usw., in denen neue Formen des Zusammenlebens möglich sind, neue Dienste und gemeinschaftliche Einrichtungen, in denen Aufgaben der Haushaltsführung kosten- und energiesparender erledigt werden können durch Bewilligungseinrichtungen und -auflagen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.

Normen und Traditionen, die sich über Gesellschaftsformationen herausgebildet haben und gewachsen sind, sind nur schwerfällig und mühsam auch im privaten Bereich durch Veränderungen der äußeren Verhältnisse zu überwinden. Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen und die Übernahme von Familienaufgaben durch gesellschaftliche Einrichtungen sind notwendige Elemente einer Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die die historische Chance beinhalten, auch Männern ein Recht auf Kindererziehung zukommen zu lassen und den Kindern das Recht auf Vater *und* Mutter zu geben.

Anmerkungen

- 1 Der Arbeitgeber Nr. 7/31, S.79.
- 2 Ebd., S.340.
- 3 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Literaturdokumentation, Sonderheft 2: Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Leiharbeit, Nürnberg 1977, S.2.
- 4 *Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD*, hrsg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe. spw-Sonderheft 2, Berlin/West 1980, S.129.
- 5 Vgl. Ottwald Demele, Arbeitszeitverkürzung zur Humanisierung der Arbeit und als Instrument der Arbeitsmarktpolitik, in: *spw 10*, 4.Jg., Berlin/West 1981, S.43ff.

Christa Randzio-Plath/Angela Kroll

Frieden — Brot — Rosen

Zur Friedenspolitik sozialdemokratischer Frauen

Frauen wollen Frieden — dieses wurde anlässlich des 8. März 1981 vielerorts auf Demonstrationen, Kundgebungen und Feiern, in Liedern, auf Transparenten, in Parolen, auf Flugblättern und in Diskussionen deutlich. So brachten tausende von Frauen (und Männern) ihre Sorge um den Frieden zum Ausdruck, den Bertha v. Suttner 1896 so beschrieb: »Nicht den Frieden zu erhalten, sondern ihn erst zu schaffen gilt's, denn wir haben keinen. Wir leben im Rüstungskrieg, in einem auf Dauer unhaltbaren Waffenstillstand.«

Wir wollen Brot ... und Rosen!

In den Demonstrationen der New Yorker Arbeiterinnen 1858, in den großen Streiks 1908 und 1909 der Tabak- und Textilarbeiterinnen sowie der Hemdennäherinnen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und für gleiche Löhne liegen die Wurzeln des Internationalen Frauentages. Er dürfte wohl von dem Beschluß der amerikanischen Sozialistinnen 1909 ausgegangen sein, »... am letzten Februarsonntag große Propaganda für das Frauenwahlrecht und die Idee des Sozialismus zu veranstalten...«

Die Entstehung des Internationalen Frauentages ist eng verknüpft mit dem unermüdlichen Wirken von Clara Zetkin und anderer Genossinnen (Käte Duncker, Luise Zietz, A. Schmidt, Emma Ihrer u.a.) für die proletarische Frauenbewegung. So beschloß die 2. Sozialistische Internationale Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen die von Clara Zetkin formulierte Resolution: »Im Einvernehmen mit den klassenbewußten und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß im Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter haben und ist sorgfältig vorzubereiten.« Diese Resolution wurde einstimmig von den Vertreterinnen der 17 Länder angenommen, obwohl es um den Beschluß zuvor in der deutschen Delegation für die 2. Sozialistische Internationale heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte. Die Revisionisten erkannten sehr wohl, daß die Resolution ihrer Abkehr von marxistischer Theorie und Praxis entgegen stand. So war der Beschluß nicht nur ein weiterer Schritt, um Frauen für die Idee des Sozialismus zu gewinnen, sondern zugleich ein Sieg der marxistischen Kräfte.

Die ersten Internationalen Frauentage

Am 19. März 1911 wurde der Frauentag erstmals in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz gefeiert. Allein in Berlin nahmen an 42 Veranstaltungen 45000 Frauen teil. Auch aus anderen Teilen wurden ähnliche Massenveranstaltungen gemeldet. Diese Demonstrationen hatten den Frauen viel Energie, Kreativität und Initiative gegeben, so daß der Vorstand bzw. der Parteausschuß der deutschen Sozialdemokratie den Internationalen Frauentag auch in den folgenden Jahren nicht verhindern konnte.

Die Welle der Begeisterung hatte fortschrittliche bürgerliche Frauenrechtlerinnen (Minna Cauer, Else Lüders u.a.) erfaßt, die Grüße ihrer Vereine überbrachten. Später beteiligten sie sich selbst, sofern die Forderungen den ihren entsprachen, wie es in den USA von Beginn an üblich war. Schon 1912 wurde der Internationale Frauentag auch in Frankreich, Holland und Schweden, 1913 dann auch in Rußland und in der Tschechoslowakei gefeiert. »Gegen Militarismus« lautete 1914 die Parole des massenhaften Aufbegehrens von Frauen gegen den nahenden Krieg. Es sollte für lange Zeit das letzte Jahr sein, in dem mit Massenveranstaltungen der Internationale Frauentag in Deutschland, Frankreich und Österreich gefeiert wurde.

»Es gibt Augenblicke im Leben ... des einzelnen und der Völker, wo man nur alles gewinnt, wenn alles einsetzt. Ein solcher Augenblick ist da. Proletarische Frauen seid bereit!« (C. Zetkin).

Diese Sätze erschienen in der »Gleichheit« einen Tag, nachdem die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zugestimmt hatte. Sie hatte hiermit nicht nur das Versprechen der internationa-

len Solidarität der Sozialisten gebrochen, diese Entscheidung erschütterte zudem die antimilitaristische Grundhaltung der Frauenbewegung. Es gab harte Auseinandersetzungen über den freiwilligen Nationalen Frauendienst, der in erster Linie von den Mitgliedsverbänden des Bundes deutscher Frauenvereine, später auch des katholischen Frauenbundes, bejaht wurde. Die proletarische Frauenbewegung geriet in Konflikt. Käte Dunker schrieb dazu: »... die persönliche Mitarbeit zahlreicher Genossinnen ... ist wohl zu verstehen aus dem rein menschlichen Wunsch zu helfen .. Hätte die Fraktion durch Ablehnung der Kriegskredite ihre prinzipielle Opposition gegen den Völkermord zum Ausdruck gebracht, dann würde unsere Hilfsarbeit der Welt gezeigt haben, daß wir zwar nimmermehr Wunden zu schlagen, wohl aber Wunden zu heilen bereit sind. (...) Es ist anders gekommen! Dadurch entstand für die klassenbewußten Genossinnen aber die Pflicht, ... sich mit aller Energie in den Dienst unserer Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen.« So wandte sich die proletarische Frauenbewegung gegen die organisierte »Freiwilligkeit« des Nationalen Frauendienstes. Nicht zuletzt auf diese Tradition berufen sich heute sozialdemokratische Frauen, die sich gegen Militarismus und Krieg, gegen die schrittweise Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr engagieren. Während des 1. wie dann auch des 2. Weltkrieges fand der Internationale Frauentag in Ländern statt, die nicht in die Kriege verwickelt waren. Er wurde zum Tribunal gegen den Militarismus und Imperialismus, zur Feier für sozialistische Friedensideale.

Der internationale Frauentag steht von Beginn an als Zeichen für die Befreiung der Frau von Ausbeutung und Unterdrückung, als Kampftag für gleiche politische Rechte und für den Frieden. Er ist ein Stück der Arbeiter- und proletarischen Frauenbewegung, ihres Kampfes für Frieden und Sozialismus. So mußte er immer gegen die Reaktion, oft genug aber auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen erkämpft werden — auch nach dem 2. Weltkrieg. Die Folgen der Naziherrschaft und der mit dem kalten Krieg verbundene Antikommunismus bedeutete nicht nur eine Schwächung der Arbeiterbewegung; er schwächte auch die Frauenbewegung. So verwundert es wenig, daß nach dem 2. Weltkrieg der internationale Frauentag oftmals in Vergessenheit geriet. Doch waren es auch Frauen, die sich gegen die Remilitarisierung und die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, sowie gegen die Notstandsgesetze engagierten. Erst in den 70er Jahren wurde die Tradition des internationalen Frauentages von den verschiedenen Strömungen der bundesdeutschen Frauenbewegung wieder neu belebt, wie es sich z.B. in dem Aufruf des DGB-Kreises Hamburg zur Demonstration anläßlich des 8. März 1981 niederschlägt.

Für den Aufbau einer breiten Frauenfriedensbewegung — Beiträge sozialdemokratischer Frauen.

»Gegen den Krieg und Naziterror, für Sozialismus und Frieden« lautete die Parole auf 1 500 Veranstaltungen von SPD-Frauen vor fünfzig Jahren zum Internationalen Frauentag. Mehr Veranstaltungen als je zuvor wurden damals gezählt,

bevor die Naziherrschaft ein Engagement der Frauen für Frieden und Sozialismus unmöglich machte. Frauen von heute überlegen erneut, wie sie Kriege verhindern, den Frieden möglich machen können. Sie knüpfen an sozialdemokratische Tradition an, wenn sie gegen eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, gegen das Wettrüsten und die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr eintreten.

Der Frieden in der Welt geht Frauen *und* Männer an. Frauen engagieren sich für eine friedliche Welt, nicht, weil sie friedliebender sind als Männer, sondern weil auch Frauen die Folgen von Kriegen, politischen und sozialen Konflikten tragen müssen. Zudem erkennen Frauen aufgrund ihrer eigenen Benachteiligung in der Gesellschaft besonders deutlich die Notwendigkeit, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch für die Beziehungen zwischen den Staaten im Interesse des Aufbaus einer friedlichen Welt umgesetzt werden müssen. Das bedeutet keine Absage an die Emanzipation oder den Tausch von politischen Zielen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat die Notwendigkeit einer umfassenden Entspannungs- und Abrüstungspolitik im Interesse des Friedens in der Welt und im Interesse derer unterstrichen, die sich für eine Verwirklichung des Gleichheits- und Gleichberechtigungsgedankens und der Befreiung von jeglicher Unterdrückung einsetzen. So nutzten die AsF-Frauen ihre Bundesfrauenkonferenz 1979, die kurz vor den Wahlen zum Europa-Parlament stattfand, zu einer politischen Friedensoffensive. In grundlegenden Beschlüssen zur Abrüstungs- und Entspannungspolitik, zur Entwicklungspolitik, Friedensforschung und Friedenserziehung fordern die Frauen ein umfassendes und integriertes Programm zur Abrüstung und Waffenkontrolle. Den Rüstungswahnsinn, das Denken in militärischen Kategorien von Stärke und Schwäche lehnten die Frauen entschieden ab und sprachen sich für eine Kürzung der Verteidigungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Zwecke aus. Sozialdemokraten, so heißt es in diesem Beschluß, sollen Vorreiter für eine zukunftsorientierte Sicherheits-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik sein und die Öffentlichkeit stärker als bisher für eine solche Politik mobilisieren. »Sie müssen stärker als bisher mit allen Menschen über die Verpflichtung zur Friedenspolitik diskutieren. Eine aktive Friedenspolitik kann nur durch das Verständnis, die Mitarbeit und den Druck einer breiten Basis verwirklicht werden. Dabei sollen im Mittelpunkt einer solchen Friedensoffensive Bemühungen um eine Erziehung zum Frieden stehen.«

Was wir unter Friedenspolitik verstehen

Friedenspolitik bedeutet für uns eine Politik der äußeren Sicherheit, die dazu beiträgt, Kriege zu verhindern. Sie bedeutet aber vor allem Entspannungspolitik, eine Politik der Konflikteindämmung und -überwindung auf friedlichem Wege, des Abbaus des Rüstungswettlaufes und der gegenseitigen Angst. Eine aktive Friedenspolitik schließt für die AsF die sozial gerechte Ordnung ebenso ein wie die politische Stabilität des internationalen Systems. Eine gegenseitige

Verständigung der Völker zählt dazu genauso wie die Planbarkeit, Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit der jeweiligen Entscheidungen. Deshalb hat sich die AsF sowohl in innerparteilichen wie auch in öffentlichen Diskussionen für weniger Rüstung und mehr Entwicklungshilfe eingesetzt. Auf dem Berliner Bundesparteitag traten AsF-Vertreterinnen gegen die sogenannte »Nachrüstung« ein und forderten u.a. einseitige vertrauensbildende Maßnahmen. Sie konnten sich dabei nicht nur auf ihre Beschlußlage, sondern auf die vielen Aktionen von Frauen gegen die menschenverachtende Neutronenwaffe, gegen atomare Mittelstreckenraketen und die vielen Unterschriften von Frauen für Verhandlungen zwischen Ost und West verweisen.

Zu Beginn der 80er Jahre ist die Politik der Entspannung mehr gefährdet denn je, obwohl es zu ihr keine verantwortliche Alternative gibt. Entspannung heißt die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Systeme. Das Gleichgewicht des Schreckens, die traditionelle Formel zur Rechtfertigung des Wettrüstens, garantiert diese friedliche Koexistenz nicht, sondern gefährdet sie. Die veränderte weltpolitische Lage und die Vielzahl, Qualität und strategische Einsetzbarkeit von Atomwaffen haben die Lage für die Entspannung zunehmend verschlechtert. Vor zehn Jahren undenkbar, haben wir uns heute an die Möglichkeit eines Atomkrieges gewöhnt, obwohl ein Atomkrieg keine Sieger kennt. Die Frauen in der SPD forderten die Bundesregierung auf, durch mehr Verhandlungen und Initiativen dazu beizutragen, daß gerade in schwierigen Zeiten mehr gesprochen und verhandelt wird.

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz verlangt, daß bei fortdauernden Interessensunterschieden auch in Zukunft Konfrontation durch Vereinbarungen auf immer mehr Gebieten abgebaut, Konflikte durch kooperatives Verhalten entschärft, vertrauensbildende Maßnahmen gefördert und die weltweite Zusammenarbeit ausgebaut werden. Alle neuen Vorschläge, die zu mehr Entspannung führen, hält die AsF für notwendig. So stellte auch die Sozialistische Fraueninternationale fest: »Je vielfältiger die Schritte sind, desto mehr Chancen für Entspannung gibt es.«

Nein zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr

Ab 1985 werden wegen des »Pillenklicks« männliche Rekruten fehlen. Diese Nachwuchssorgen veranlassen nun den Verteidigungsminister und Militärs, die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr vorzuschlagen. Neu ist dieses Thema nicht. Schon 1964 kam die Diskussion um die »allgemeine Dienstpflicht« von Frauen — von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeobachtet — auf, um Zivilangestellte im Verteidigungsfall auch »dienstverpflichten« zu können. Damals verlief die Diskussion erfolglos, doch bereitete sie den Boden, auf dem seit 1975 durch eine Veränderung der Laufbahnverordnung auch Frauen als Sanitätsoffiziere zu »militärischen Ehren« gelangen können. Damit war der Bann gebrochen und die Diskussion begann nun erst recht.

Unter den Etiketten »Humanisierung« der Bundeswehr und »Emanzipation«

sollen Frauen zunächst der freiwillige Dienst verkauft werden. Doch für die AsF ist dies kein Beitrag zur Emanzipation. Emanzipation ist keine formale, sondern immer eine konkret inhaltliche Forderung! Hier geht es nicht — beleuchtet man dieses Thema unter friedenspolitischen Gesichtspunkten — um die Emanzipation, sondern um Militarisierung, Aufrüstung und somit um eine Gefährdung des Friedens. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß die Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungsbegrenzungen und Minderung der Truppenstärke in Ost und West erfolgreich weitergeführt werden. Mit Beschlüssen und Aktionen versucht die AsF seit Juni 1979 ihr Nein zu der Forderung nach Einbeziehung von Frauen durchzusetzen.

Der Internationale Frauentag 1980 hatte neben einer Unterschriftenaktion für die Fortsetzung der Entspannungs- und Friedenspolitik dieses Ziel. Der Internationale Frauentag 1981, an dem vielfach die AsF-Gliederungen gemeinsam mit den DGB-Forderungen für das Nein zur Frage der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr demonstrierten, wiederholte dieses Anliegen — auch im Hinblick auf den Bundesparteitag der SPD 1982, auf dem über die »freiwilligen« (?) Dienste von Frauen in der Bundeswehr entschieden werden wird. Die Wehrpflicht für Frauen hatten auf Initiative der AsF bereits die Bundesparteitage der SPD in Berlin (1979) und Essen (1980) abgelehnt.

Was Frauen für den Frieden tun können

Krieg ist ohne Frauen unmöglich. Sie stellen die Mehrheit der Menschheit. Daher bietet das Engagement von Frauen eine echte Chance, Krieg zu verhindern. Der Weg der Frauen heißt: Vorbereitung auf den Frieden; es gibt andere Mittel als Waffen, sich gegen die Möglichkeit von Krieg zu wehren. So begrüßen wir es, wenn sich Frauen zusammenfinden, um gemeinsam an einem konkreten Punkt, so z.B. gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, aktiv zu werden. Zudem sind Friedensforschung und Friedenserziehung für die AsF von besonderer Bedeutung. Seit langem schon fordert die AsF das Verbot von Kriegsspielzeug, tauscht Kriegsspielzeug gegen pädagogisch wertvolles Spielzeug ein. Vor allem aber versuchen ihre Flugblätter und Dokumente, Zeitungen und Veranstaltungen dazu beizutragen, daß friedliches Miteinander und ausgleichende Gerechtigkeit erlernt werden. Es geht der AsF darum, daß dieses Denken in militärischen Kategorien von Schwäche und Stärke einem politischen Denken weicht und Versuche, mehr Entspannung und Abrüstung zu erreichen, nicht mehr als Schwäche ausgelegt werden. Dazu gehören Kampagnen, die der Bevölkerung verdeutlichen, daß jede Stunde weltweit 1 Milliarde DM für Rüstung ausgegeben wird. Dazu zählen Aufklärungsversuche über Rüstungsausgaben und die Bedeutung von Waffen für die Menschheit. Der Wunsch der Bevölkerung nach Entspannung und Frieden steht im Gegensatz zum Ansteigen des Rüstungshaushaltes. Die Angst der Menschen um den Frieden wird zur Aufrüstung benutzt, obwohl sie angesichts der Qualität der neuen Waffen das Gegenteil von Frieden und Entspannung bedeutet. Deshalb muß die Rolle der Rüstungsindu-

strie genauso hinterfragt werden, wie die Scheinargumentation, daß mit Abrüstung Arbeitsplätze verloren gehen. Der Dialog mit den Gewerkschaften muß verstärkt werden, damit nicht die Eigendynamik des Rüstungswettlaufes und die Interessenspolitik der Rüstungsindustrie die Politik der Entspannung unterlaufen und die globale Katastrophe herbeiführen. Gemeinsam mit den Frauen der Sozialistischen Fraueninternationale wird sich die AsF für Gespräche und Aktionen mit Frauen in aller Welt einsetzen, um für das gemeinsame Friedensinteresse einzutreten. Der Ernst der internationalen Situation verlangt ein gemeinsames und starkes Friedensengagement! Das Wissen der Frauen um die Notwendigkeit von mehr Erziehung zum Frieden — schon in der Familie, Schule, in den Medien und in der Erwachsenenbildung — machte den Internationalen Frauentag auch in seinem 71. Jahr zu einem Frauen-Friedenstag. Frauen werden den Frieden vorbereiten. Sie werden den Krieg nicht mehr nur nach dem Motto von E. Kästner verhindern:

*Und als der nächste Krieg begann,
da sagten alle Frauen NEIN.
Und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in die Wohnung ein!*

Der erste Schritt wird darin bestehen, daß sich die Frauen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen, atomaren Marschflugkörpern und Neutronenbombe wehren und sich für ein Einfrieren und Verringern der Rüstungshaushalte einsetzen.



PELAGEA



3,00 DM

Materialien zur Frauenemanzipation Sozialistischer Frauenbund Westberlin

- Nr. 15: Liebe = Utopie?
- Nr. 14: Sexualität; vom Theater machen
- Nr. 13: Frauen in die Bundeswehr?
- Nr. 12: Sozialismus — Feminismus
- Nr. 11: Frauen-Arbeitslosigkeit
- Nr. 10: Literatur
- Nr. 9: Mütter

Bestellungen über:

Carmen Walcker-Mayer, Fidicinstr. 34, 1000 Berlin 61

Gedanken zur Funktion der Familie

Nach einigen Diskussionen um die Frage, wie Marxisten in der SPD zur Familienpolitik stehen und welche Forderungen und Wege zur Veränderung sich aus diesem Standpunkt ergeben, ist folgendes Dilemma deutlich geworden: Wir wollen auf der einen Seite grundsätzliche Positionen über die Entwicklung und Situation der Kleinfamilie festschreiben, ohne zu beschönigen und Probleme zu verleugnen, woraus sich automatisch die Forderung nach einer deutlichen Veränderung der Familienstruktur ergibt. Zum anderen gibt es keine erprobte Alternative zur Kleinfamilie, von der wir mit Sicherheit sagen können, daß sie die gegenwärtigen Probleme wie Frauenunterdrückung, kindliche Verhaltensstörungen, Gewalt, Kommunikationslosigkeit u.a.m. besser lösen wird. Und letztlich besteht die Befürchtung, daß eine grundsätzliche Kritik beim Leser sofortige Ablehnung bewirkt, da an die Familie auch wider besseren Wissens Wünsche nach emotionaler Sicherheit und Annahme geknüpft sind. Eine wirkliche Veränderung der Familienstruktur ist sowohl abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen und einer qualitativ anderen Familienpolitik, wie auch vom wirklichen Veränderungswillen ihrer Mitglieder. Dies ist schwierig, weil die Familie in nicht zu unterschätzender Weise die Identität jedes Menschen bestimmt, d.h. auch seinen Veränderungswillen und seine Emotionalität. Die gesellschaftliche Situation der Familie sowie ihre zentralen Konflikte sollen im folgenden erläutert werden.

Der Übergang vom feudalistischen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem und die damit verbundene industrielle Produktion der im Haushalt benötigten Güter zogen einen tiefgreifenden Wandel der Familienstruktur nach sich. War sie vorher Produktions- und Konsumeinheit, und wurden die meisten zu ihrem Erhalt notwendigen Güter in der Familie hergestellt, so erzwang die zunehmende Industrialisierung und die damit verbundene kapitalistische Produktionsweise die Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit, was sich sichtbar in der Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte zeigte. Ein Teil der zur Versorgung der Familie notwendigen Arbeit wurde als Lohnarbeit in den Fabriken geleistet, wodurch sich die Bedeutung der Hausarbeit und Kindererziehung als traditionelle Frauenarbeit tiefgreifend änderte. Hatte z.B. in der feudalen Großfamilie Hausarbeit und Kindererziehung einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Arbeit des Mannes, so sank dieser mit zunehmender Industrialisierung. Da alle im Kapitalinteresse verwertbaren Güter und Dienstleistungen schrittweise aus der Familie herausgezogen wurden und die Verelendung proletarischer Familien zu unbeschreiblicher Not führte, war die feudale, großfamiliäre Struktur nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die ökonomische und soziale Existenzsicherung konnte nur über den Verkauf der Arbeitskraft erreicht werden. In diesem Stück Geschichte wird die Verantwortungslosigkeit der herrschenden Klasse sowie die Unmensch-

lichkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems besonders deutlich. Hohe Sterblichkeitsraten, Kinderarbeit bis zu 12 Std., Prostitution u.a.m. machten die Familie zur Farce. An die Stelle der ökonomischen Notwendigkeit familiären Zusammenlebens trat nun die bürgerliche, durch die Kirchen verbreitete Liebesideologie, die »Weisheit«, daß Frauen nur für Herd und Wochenbett auf der Welt sind, sowie etliche andere Mythen vom schwachen Geschlecht. Während die durch Reduktion auf Haushalt und rigide Erziehung neurotisch gewordene Bürgerin wegen des Geldes an einen ungeliebten Mann verheiratet wurde und nach ein paar Jahren häufig in einer Nervenheilanstalt landete (ihre Mitgift ging in die Hände des Ehemanns), schuftete sich die Proletarierin in tuberkulose-verseuchten Räumen bzw. Hallen zu Tode.

Liebesideologie und Hausfrau/Muttermythos entpuppen sich als purer Hohn, genauso wie die Hypothese bürgerlicher Familienwissenschaftler, daß die emotionale Stabilisierung die eigentliche Funktion der Familie sei, die von daher die ewige Keimzelle der Gesellschaft bleibt. Tatsächlich war mit der Entstehung der Kleinfamilie ihre Auflösung schon angelegt. Gesellschaftlich zudiktierte, starre Rollenzwänge, die Reduktion der Familie auf das Verarbeiten gesellschaftlich verursachter Konflikte, die ständige Angst aller Familienmitglieder vor einer Veränderung der emotionalen Beziehung verdeutlichen, daß die Familie allein durch ihre Konzeption gefährdet ist. Die zunehmende gesellschaftliche Kompliziertheit, die Fixierung auf materielle Güter, die Bedeutung der Familie als Konsument im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben die Persönlichkeitsstrukturen ihrer Mitglieder geprägt und die Beziehungen weitgehend ausgehöhlt. Die ökonomische, soziale und bis vor kurzem auch noch rechtliche Abhängigkeit der Frau sowie die traditionelle Arbeitsteilung und rollenspezifisches Verhalten verhindern eine partnerschaftliche, ehrliche Kommunikation in der Familie.

Die kapitalistische Logik erfordert einen Menschen, der gehorcht, der bereit ist, entfremdete Arbeit zu leisten, der in Konkurrenz- und Leistungskategorien denkt und sich als Individuum von seinen Mitmenschen abgrenzt. Solidarität und kollektives Handeln geschieht nur punktuell zur besseren Durchsetzung von Einzelinteressen. Hieraus erwachsen starke, häufig verdrängte Zärtlichkeitsbedürfnisse, die gesellschaftlich nur soweit akzeptiert werden, als sie konsumierbar sind und sich zumindest im Konsum kompensieren lassen.

Die Herrschaftsverhältnisse in der Arbeitswelt und die z.T. entmenschlichten Umgangsformen setzen sich in der Familie fort. Da neben der materiellen Abhängigkeit von Frauen und Kindern die emotionalen Beziehungen zur bindenden Kraft der bürgerlichen Kleinfamilie geworden sind, bedroht die Veränderung die Familie im Kern. Darüber hinaus trägt die Unterordnung aller Familienmitglieder unter die Herrschaft des Mannes, die mit Hilfe von physischen und psychischen Druckmitteln durchgesetzt wird, sowie die Ungleichheit der Geschlechter, die sich auch auf das sexuelle Verhalten auswirkt, zur Krisenanfälligkeit der Familie bei. So kommt es zwangsläufig dazu, daß die Familie bei ih-

ker »eigentlichen« Funktion, nämlich dem Gewähren eines Entlastungsfeldes von Arbeit und Gesellschaft, versagt.

Je größer die familiäre Krise, desto mehr wird die Bedeutung der Familie hervorgehoben. Denn trotz aller Schwierigkeiten und Mängel kann die kapitalistische Gesellschaft auf die Kleinfamilie nicht verzichten, da deren Reproduktionsleistungen kostenlos sind. Unter diese Reproduktionsleistungen fallen die Wiederherstellung der Arbeitskraft des Mannes genauso wie die Weitergabe von Normen und Werten an die nächste Generation. Zu diesem bürgerlichen Normen- und Wertsystem, das von den Eltern an die Kinder weitergegeben wird, gehören z.B. Sexualangst, Leistungsorientierung, Individualismus, Vorurteile gegenüber andersaussehenden und andersdenkenden Menschen u.a.m. Die Charakteranalysen autoritär denkender, obrigkeitstgläubiger Menschen haben gezeigt, daß der durch bürgerliche Erziehung geprägte Mensch einen Großteil der in der Kindheit durch die Eltern erfahrenen Gewalt keinesfalls verarbeitet, sondern sich mit den Mächtigen identifiziert, auch wenn diese noch so unmenschlich sind. Daß sich die Familienerziehung heute nicht qualitativ verändert hat und die Weitergabe von Gewalt an Untergebene bis zur Körperverletzung gängiges Mittel sind, beweisen tausende von geschlagenen und vergewaltigten Ehefrauen sowie das Milgram-Experiment* exemplarisch.

Zur Situation der Frau

Obwohl das Leitbild der Hausfrauenehe mit dem »neuen Ehe- und Familienrecht« aufgegeben wurde, hat sich an der tatsächlichen Situation der Frauen hierzulande nur wenig geändert. Da die kapitalistische Gesellschaft die Frauen als Erzieherinnen der nächsten Generation und als billige, jederzeit verfügbare Arbeitskräfte benötigt, werden Gesetze häufig umgangen, oder Frauen werden, weil sie Forderungen stellen oder ihre Einstellung an Auflagen gebunden ist, von den Unternehmen nicht beschäftigt.

Mit der Krise der 80er Jahre, die alle kapitalistischen Länder hart und langdauernd trifft, wird die Dauerarbeitslosigkeit und die ökonomische Misere von Frauen noch größer. Verstärkt treten nun wieder Argumente in den Vordergrund, die die Wichtigkeit einer ständigen Bezugsperson für die Kinder hervorheben und versuchen, Frauen auf Haushalt und Familie zu reduzieren. Diese Ideologie deckt sich leider zu genau mit der rollenspezifischen Erziehung von Frauen und dem daraus entstandenen Selbstverständnis. Hiernach wird Erwerbstätigkeit als Abweichung von der wünschenswerten Regel angesehen und ist am ehesten erlaubt, wenn noch keine Kinder da sind, oder die wirtschaftliche Situation einer Familie die Frau zum Dazuverdienen zwingt. Schlechte bzw. geschlechtsspezifische Ausbildung und andere, mannigfache Benachteiligungen im Erwerbsleben führen dann schließlich dazu, daß Frauen nur allzugern bereit

* Milgram-Experiment: Wissenschaftlicher Versuch, wo bei Falschbeantwortung einer Frage die Versuchsperson mit Stromstößen bis 480 V bestraft werden konnte. 80% der Versuchspersonen machten davon Gebrauch.

sind, die »Gastspielrolle« in der Arbeitswelt zu akzeptieren und ihre eigentliche Aufgabe in der Familie zu sehen.

Der in letzter Zeit immer lauter gewordene Ruf nach der Hausfrau/Mutter als »wahrer« Frau bewirkt im Zusammenhang mit Erleichterungen durch Erziehungsgeld und Mutterschaftsurlaub, daß Frauen, anstatt um ihre Rechte am Arbeitsplatz zu kämpfen, auf ihren traditionellen Bereich, das Dasein als Hausfrau und Mutter, zurückweichen.

Die Rückkehr zum Hausfrauendasein ist für jede Frau jedoch ein objektiver Rückschritt, auch wenn sie einen sehr unattraktiven Arbeitsplatz gegen die »bequemere« Hausfraumutterrolle eintauscht. Zum einen begibt sie sich damit in die ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann und reduziert ihre Außenkontakte und ihr Erfahrungsfeld drastisch. Fehlende Beziehungen zu einer erwachsenen Personengruppe werden häufig durch ausgefallene Hobbys kompensiert. Aber selten hat hier die Hausfrau die Möglichkeit, intensive, fruchtbare Beziehungen zu knüpfen, solidarisches Handeln zu lernen und sich persönlich weiterzuentwickeln. Häufig sind die Hobbybekanntschaften oberflächlich. Von einer gleichwertigen Alternative zur Erwerbstätigkeit kann in keinem Falle gesprochen werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß demgegenüber die Mitarbeit in Frauengruppen und Gewerkschaftsorganisationen bei Frauen stark bewußtseinsverändernd wirkt, d.h. die Frauengruppe ermuntert auch die Hausfrau zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Weiterbildung, zur Unabhängigkeit und Autonomie, während anerkannt weibliche Beschäftigungen sie auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter festschreiben.

Diese Erkenntnisse sind für die Diskussion um die Frage des Lohnes für Hausarbeit wichtig. Die Hausarbeit ist Arbeit, die Familie der Schonraum der Gesellschaft. Diesen Schonraum hat die Hausfrau bereitzustellen, sie hat die Reproduktion der Familienmitglieder zu gewährleisten. Zu Recht empfinden sich Hausfrauen häufig als der Mülleimer oder der Blitzableiter der Familie. In der Gesellschaft erfahrene Frustrationen werden als Aggressionen in der Familie und hier leider oft auf dem Rücken der Frau abregiert. Das ausschließlich gebende und spendende Mutterbild, häufig von Frauen als eigene Verwirklichung, als Lebensinhalt empfunden, führt dazu, daß Hausfrauen gegenüber ihrer Familie laufend verzichten und eigene Bedürfnisse hintenanstellen. In vielen Familien bricht die Revolte aus, wenn die Mutter einmal eigene Wünsche anmeldet und diese auch durchsetzen will. Der laufende Verzicht ist nur eine Seite. Fest steht jedoch, daß gerade Hausfrauen mehr als Erwerbstätige ein gestörtes Verhältnis zu den eigenen Bedürfnissen haben und sich selbst »aufopfern«. Diese Problematik würde durch den Lohn für Hausarbeit keinesfalls aufgehoben, sondern verstärkt. Bereits erreichte Ansätze zur partnerschaftlichen Aufteilung der Hausarbeit und Kindererziehung, die auch für die Entwicklung der Kinder wichtig sind, würden damit zunichte gemacht.

Die Situation des Mannes

Für den Mann ist die Familie traditionell ein Erholungsraum, in dem er seine Arbeitskraft reproduziert, und es bleibt Aufgabe der Frauen, ihm dies zu gewährleisten. Die Rolle des Vaters in der Familie ist nicht eindeutig festgelegt und am ehesten als »abwesend« zu umschreiben. Seine Vaterschaft darf seine berufliche Karriere nicht stören. Das Kapital ist nicht bereit, Männern das »Recht auf Familie« zuzugestehen. Reduziert der Kapitalismus die Frau auf den häuslich reproduktiven Bereich und gesteht ihr je nach Konjunkturlage ein Gastspiel im Erwerbsleben zu, so beschränkt er den Mann auf Beruf und »Karriere«. Diese Teilung ermöglicht bessere Ausbeutungsbedingungen.

Die Integration der Vaterrolle in die Berufswelt würde einen erheblichen Schritt zur Humanisierung der Arbeitswelt bedeuten. Doch nicht nur kapitalistische Ausbeutungsbedingungen und das traditionelle Geschlechtsrollenverständnis erschweren die Veränderung und Vermenschlichung der Beziehungen der Geschlechter zueinander. Wollen Frauen ihre Lebensbedingungen verbessern und ihr Verhältnis zum Mann in der Beziehung verändern, bedeutet dies für den Mann häufig Aufgabe von Privilegien und Bequemlichkeiten.

Da nach patriarchalischem Verständnis Frauenarbeit und Kindererziehung weniger Wert ist als die Arbeit des Mannes und Partnerschaftlichkeit das Infragestellen gelernter und verinnerlichter Umgangsformen bedeutet, ist das Aufgeben typischen Männerverhaltens für den Einzelnen oft schwierig. Der Mann empfindet seine Rolle lange nicht so erdrückend wie die Frau. Zusätzlich fallen Männer, die veränderte Umgangsformen ausprobieren, gesellschaftlich viel stärker auf, sie werden oft verspottet und verachtet. Da eine Veränderung des Rollenverständnisses und ein Sich-Einlassen auf neue Verhaltensformen mit starker Verunsicherung auch des Mannes verbunden ist und es dafür kaum Orientierungshilfen und Vorbilder gibt, schrecken gerade verängstigte und unsichere Männer vor ihrer Emanzipation zurück. Die durch rollenspezifische Erziehung beim Mann stark ausgeprägte Trennung von Emotionalität und Rationalität führt oft dazu, daß Männer zwar zur Veränderung ihres Verhaltens bereit sind, wenn sie die Notwendigkeit theoretisch erkannt haben, dies jedoch emotional nicht umsetzen, d.h. nicht auf ihr konkretes Verhalten übertragen können. Eine Notwendigkeit ist dabei die Beanspruchung des Rechts auf Familie. Solange Männer dieses Recht nicht fordern, können sie von Emanzipation nur träumen. Die gleiche Aufteilung der Hausarbeit bedeutet hier nicht das gelegentliche Heruntertragen der Mülltonne oder die Anschaffung einer Geschirrspülmaschine, sondern das gleiche Sich-verantwortlichfühlen für die Beziehung insgesamt als eine Chance zur Emanzipation.

Die Situation der Kinder

Der ökonomische Funktionsverlust der Familie macht Kinder zum unliebsamen Ballast. Sie sind weder in irgendeiner Form produktiv, ihre Erziehung ko-

stet Geld, sie beanspruchen einen Lebensraum, der dem Ablauf der kapitalistischen Gesellschaft widerspricht. Als zukünftige Arbeitskräfte sind sie jedoch unentbehrlich. So wird die Erziehung der nächsten Generation der privaten Kleinfamilie zudiktiert und als besondere Lebenserfüllung der Frau verstanden. Diese ist aus mehreren Gründen damit überfordert:

Der Privatcharakter der Kleinfamilie, d.h. ihre Abkoppelung von der »Außenwelt« führt dazu, daß gesellschaftliche Widersprüche innerhalb der Familie verdeckt und nicht bewußt wahrgenommen werden. Der Umgang miteinander ist weitgehend gefühlsbetont und spontan. Dadurch wird die Fähigkeit des Kindes, seine Umwelt wahrzunehmen und begreifen zu lernen, vernachlässigt. Dies läßt sich ablesen an den Entwicklungsfortschritten von Kindern, die den Kindergarten besucht haben gegenüber denen, die bis zum Schulanfang familiär erzogen wurden. Desweiteren werden Kinder aus Liebe geboren und erzogen, die Beziehungen sind also nach Holzkamp Sympathiebeziehungen: »Die Sympathiebeziehung, auf nicht erfahrbare Entäußerung des Menschen gegründet, ist ihrem Wesen nach kriterienlos und inhaltsleer. Folglich kann die sachtbündene Sympathiebeziehung genauso grundlos aufgekündigt werden wie sie eingegangen wurde.« (Holzkamp, *Sinnliche Erkenntnis*, Frankfurt/M. 1973, S.251f.) Das heißt, daß Kinder ihren Eltern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Liebe ihrer Eltern zu erhalten, ist die Sicherung ihrer physischen und psychischen Existenz. In der Abgeschlossenheit der Familie sind die Eltern uneingeschränkte Herrscher. Die Auswirkungen dieses Gewaltverhältnisses zeigen sich in Mißhandlungen und der Zunahme kindlicher Neurosen. Da jeder von uns Gewalt in der Familie kennt und dies als natürlich empfindet (»eine Tracht Prügel hat noch niemandem geschadet«), werden Übergriffe auf die körperliche Unversehrtheit der Kinder durch ihre Eltern zu wenig angeprangert.

Weiterhin machen die beschränkten Lebensperspektiven der Hausfrau, ihre Aufopferung als Daseinszweck, diese in besonderem Maße abhängig von der Anerkennung der Familienmitglieder. Da Hausarbeit in unserer Gesellschaft gekoppelt ist an die Selbstlosigkeits- und Muttermythen, bekommt an sich sinnvolle Arbeit, wie Kindererziehung für Frauen eine bisher zu wenig beachtetete psychische Dimension. Hiervon sind Kinder im besonderen Maße betroffen. Denn wer sich aufopfert, will auch belohnt werden. Die Mutter ist so gut wie die Zensuren ihrer Kinder, die Ehefrau so gut wie die beruflichen Erfolge ihres Mannes. D.h., daß die Mutter die Kinder als Teil von sich selbst sieht. Dies führt dazu, daß dem Kind immer weniger Selbständigkeit in seinen Bedürfnissen und selten ein beobachtungsfreier Raum zugestanden wird. Die Mutter ist ständig da, überwacht, fordert, bestraft oder verbessert im besseren Falle; in schlimmeren Fällen kann sie zurückstoßen, sich verweigern, verachten und schlagen. So können z.B. typische kindliche Verhaltensstörungen wie Einkoten, Schulschwierigkeiten, kindliche Angst und Zwangsneurosen Abgrenzungsversuche gegenüber der Mutter sein. Die Möglichkeit, über die eigenen Kinder das zu verwirklichen, was man selber nicht erreicht hat, seine Zärtlichkeitsbedürfnisse über Kinder zu be-

friedigen oder auch Kinder zum »Sündenbock« der Familie oder zum Verbündeten gegen den Partner zu machen, besteht nirgendwo besser als in der Privatheit der Kleinfamilie. Desweiteren gibt es genug Ehen, die »wegen der Kinder« nicht geschieden werden, obwohl die Partnerbeziehung längst zerstört ist. Aber auch hier zahlen Kinder einen hohen Preis. Es sind Fälle bekannt, wo Kinder bis zum 7. Lebensjahr und länger zwischen den Eltern schlafen mußten, um sexuelle Beziehungen zwischen Eheleuten zu verhindern und dadurch zumindest die Aggression eines Partners auf sich zogen. Daß unter solchen Umständen das Kind als späterer Erwachsener nur sehr selten ein emanzipatorisches und/oder ein an der Gleichstellung der Geschlechter orientiertes Bewußtsein »in die Wiege gelegt bekommt«, ist verständlich. Kinder lernen und leben das, was ihnen vorgelebt wird und geben dies i.d.R. auch später an folgende Generation weiter.

Der Mythos von der Entbehrung der Mutter

Die Bedeutung der mütterlichen Abwesenheit vom Kleinkind hat sich eher zum ideologischen Schlachtfeld, als zum Problem familiärer Sozialisationsforschung entwickelt. So wird von konservativer Seite die Müttererwerbstätigkeit als gesellschaftsschädlich oder gar als zivilisatorische Fehlentwicklung bezeichnet. Familiäre Probleme und soziale Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen wie emotionale Störungen, Kriminalität bis hin zum Selbstmord werden auf frühe Beziehungsverluste der durch ein bis zwei Kinder nicht mehr ausgelasteten, nach Emanzipation und beruflicher Gleichstellung strebenden Mutter zurückgeführt. Damit knüpfen die Gegner der Müttererwerbstätigkeit direkt an die verdeckt vorhandenen Schuldgefühle erwerbstätiger Mütter an. Das beginnt schon bei der Begriffswahl: maternale (mütterliche) statt psychische Deprivation (Entbehrung, Entzug) oder auch Mutterentbehrung bzw. Mutterverlust. Deprivationsschäden rühren aus den ersten Lebensmonaten des Kindes, typisch sind Entwicklungsverzögerungen emotionaler und motorischer Art sowie bei der Wahrnehmungsfähigkeit der Umwelt, Bindungsunfähigkeit u.a.m. Diese Anzeichen zeigen sich häufig in Säuglings- und Kleinkinderheimen, also in einem extrem anregungsarmen Milieu, in dem das Kind keine liebevolle, stabile Zuwendung erfährt. Die bekanntesten Untersuchungen über Deprivation stammen von Bowlby und Spitz, die ihre Studien in Säuglingsheimen mit weißgetünchten Räumen durchführten und die gesamte Problematik der untersuchten Kinder auf ihre Mutterlosigkeit zurückführten. Diese Theorien ließen sich später nicht halten, doch werden immer wieder (entsprechend dem Arbeitskräftemarkt) Stimmen aus Richtung Deprivationsforschung und Pädiatrie (Kinderheilkunde) laut, die auf eine Gefährdung des Kindes durch zu frühe Trennung von der Mutter hinweisen. Die gesamte Diskussion um diese Problematik wird jedoch falsch geführt, da die rein physische Anwesenheit der Mutter noch keine Garantie für eine gesunde Entwicklung des Kindes ist, sondern die liebevolle Zuwendung durch eine feste Bezugsgruppe, zumindest aber zwei Personen beiderlei Geschlechts. Die Organisation der Gesellschaft und der Kleinfamilie schiebt die

Kinderpflege aber immer der Mutter zu, auch wenn diese ein Kind gegen ihren Willen ausgetragen hat, sich durch Hausarbeit und Kinderaufzucht unterfordert oder eingeengt fühlt oder die ausreichenden finanziellen Mittel fehlen, um ein Kind angemessen zu erziehen. Diese Faktoren können die gleichen Schäden beim Kind hervorrufen wie ein Heimaufenthalt. Daß Kinder sich trotz Muttertrennung gesund und normal entwickeln können, weisen *Erich Wulff* in seiner Studie über vietnamesische Großfamilien und *Bettelheim* in seinen Beobachtungen israelischer Kibbuzkinder nach. Die Schäden, die durch längere Heimaufenthalte, Krabbelstuben und Krippen hervorgerufen werden, sind kultur- bzw. organisationsbedingt.

Selbst die Berufstätigkeit von Müttern hat nur dann negative Auswirkungen auf die Kinder, wenn die außerhäusliche Unterbringung nicht kindgemäß ist. In vielen Fällen wirkt sich Müttererwerbstätigkeit auf die soziale Entwicklung des Kindes — also auf seine Selbständigkeit, Kritikfähigkeit und Gruppenfähigkeit — positiv aus (vgl. Koch: Berufstätigkeit von Müttern und Auswirkungen auf das Kind, Köln, S.161).

Klaus-Peter Wolf

Ich hoffe, ich errege Eure Gemüter!*

Mann ist nicht »wild« auf Emanzipation

Ich konnte mich nicht mit emotionaler Wut und abgezirkelter Analyse an das Thema »Emanzipation des Mannes« setzen und mir sagen: »Verdammt, jetzt muß du's den Frauen mal klar machen, warum du endlich emanzipiert sein willst und daß sie dich dabei gefälligst nicht zu behindern haben!« Ich bin nicht empört, weil ich unter meiner (relativ unterentwickelten) Emanzipation nicht leide; im Gegensatz zur (um ihre Emanzipation kämpfenden) Frau, die individuell und gesellschaftlich unterdrückt wird. Soll Mann sich gegen Verhältnisse vehement auflehnen, die ihm offensichtlich Privilegien sichern?

Der Mann muß sich also in der Regel allein von der Notwendigkeit seiner Emanzipation überzeugen. Es sei denn, er kriegt emanzipationsmäßig Druck von Frauen in Privatbeziehungen oder Wohngemeinschaften. Allein die Emanzipation der Frau hat Anlaß gegeben, über die E»Mann«zipation nachzudenken. Aber was bleiben da noch für patriarchalische Fluchtwege ...

Wenn schon, dann reden wir fortschrittlichen Männer doch erstmal über die dringlichere Emanzipation der Frau. Da können wir — das ist ja doch mehr eine Frauensache — in der Rolle des Zaungastes bleiben. Aber Männer, die für die Emanzipation der Frau eintreten und nicht gleichermaßen an ihrer Emanzipa-

* Der Artikel erschien erstmals in »Der Rote Bär« (Landesinfo der Jungsozialisten Berlin), Nr. 10 (Februar 1981).

tion arbeiten, sondern schon beim Darüber-schreiben Knoten im Kopf haben, sind nur halbherzige Verfechter von Fraueninteressen. Denn die »Emanzipation der Frau ist ohne die Emanzipation des Mannes unerreichbar und umgekehrt.« (Irmtraud Morgner)

Emanzipation »schon« im Kapitalismus?

Die meisten Juso-Männer haben »ihren« Kapitalismus richtig liebgewonnen. Denn das Patriarchat ist untrennbar mit dem kapitalistischen System verflochten. Also, erst muß der Kapitalismus weg ...!? Daß es schrittweise im menschlichen Emanzipationsprozeß in der gegenwärtigen Gesellschaft Erfolge geben kann, hat im letzten Jahrzehnt die autonome Frauenbewegung gezeigt. Die Verfasser der *Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* messen — deshalb(?) — »der noch jungen bundesrepublikanischen, demokratischen und feministischen Frauenbewegung eine große Bedeutung zu« und fordern, »auch dort, wo nur punktuelle Übereinstimmung zu erzielen sind, Formen der Zusammenarbeit herzustellen.« (128)

Wenn die *Herforder Thesen* ferner feststellen, daß die »erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts unter das männliche« zusammenfällt (Engels) und die »Befreiung der Frau mit dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und den übrigen benachteiligten und unterdrückten Bevölkerungsteilen untrennbar verbunden ist, dann kann die Emanzipation des Mannes wohl nicht so lange vertagt werden, bis sozialistische Produktionsverhältnisse erkämpft worden sind. Und zwar aus einem guten Grund: Das kapitalistische System, in dem Frauen für die Reproduktion eine wesentliche Bedeutung haben, »vernichtet die Männer wie die Frauen, und es fordert jene dazu heraus, diese zu unterdrücken: aber jeder Mann übernimmt und verinnerlicht es; darum wird er seine Vorurteile und Ansprüche auch dann aufrechterhalten, wenn das System sich ändert.« (Simone de Beauvoir). Und Frauen kämpfen für einen solchen Sozialismus mit patriarchalischen Strukturen nur halbherzig. Nicht zuletzt deshalb müssen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen Sozialist(inn)en den Klassenkampf und dem Kampf der Geschlechter für Emanzipation gleichzeitig führen.

Was heißt Emanzipation des Mannes?

Emanzipation des Mannes heißt, rollenreduzierte Verkümmierungen zu erkennen und aufzugeben sowie auf Herrschaft über Frauen und daraus resultierende Privilegien zu verzichten, ohne dies als Reduktion zu erfahren.

Dies bedeutet zum einen, bewußt die »Domänen« von Frauen aufzubrechen, also Haushalt, Kindererziehung, Verantwortlich-sein für die Beziehung, nicht mehr als traditionelle Frauen-, sondern als gemeinsame Aufgaben zu erkennen, damit Mann unabhängiger wird und nicht als »Halbmensch« im Alltag rumläuft. Der vermeintliche Abstieg zu niederen Arbeiten bedeutet eine persönliche Bereicherung, weil sich die andere Hälfte der Welt mit allen mißlichen und ange-

nehmen Seiten eröffnet. Wenn Mann im Haushalt »mithilft«, also mal abwäscht, kocht, einkauft, oder mal auf das Kind aufpaßt oder darauf stolz ist, am Geburtstag der Freundin mal keinen Abendtermin in der Partei zu haben, bricht er »Frauen-Domänen« noch längst nicht auf.

Dies bedeutet zum anderen, männliche »Großartigkeit« und Vorherrschaft aufzugeben, damit physischer und psychischer Leistungsdruck, Konkurrenzkampf reduziert und Kraft geschaffen werden kann. Dies hilft weiterhin, die »Frauen-Domänen« zu erschließen.

Die Wertigkeit — hier »relevante« gesellschaftliche/berufliche Arbeit, dort »unwürdige«, »niedere« Hausarbeiten/Beziehungskisten — muß korrigiert werden. Jene Männer, die sich als »softy« einschätzen (lassen), schrecken durch eine gewisse Anpassung an weibliche Identität davor zurück, an einer neuen männlichen, von chauvinistischen Strukturen befreiten Rolle zu arbeiten. Dieser Prozeß, in dem zunächst starke Bedrohungsängste der Männer dominieren werden, wird Jahrzehnte und möglicherweise länger dauern. Schrittweise wird der Mann lernen, daß er und die Frau von der Emanzipation profitieren.

Emanzipation des Mannes und der Frau bedeutet nicht wechselseitige Übernahme bisheriger weiblicher oder männlicher Tugenden, sondern Lebensqualität und -kultur auf einer höheren, entwickelteren Stufe.

Emanzipation in der Juso-Organisation

Frauen werden auch in der Juso-Organisation unterdrückt. Um daran auch gar nicht zu rütteln, erfolgte eine jahrelange Abschottung gegenüber der autonomen Frauenbewegung. Insofern haben die *Herforder Thesen* in ihrer Passage zur Frauenbewegung eine neue programmatische Qualität erreicht. Aber sie halten an der »Systematik« fest, die Emanzipationsfrage als ein auf Frauen reduziertes Problem in einem Extrakapitel, in einem Reservat zu behandeln. Für die *Göttinger Thesen* sind die »Frauenleiden« (G.T.) allenfalls einen »Exkurs« wert. Konsequenter ist dann, daß die Männerrunde, wenn die »zuständigen« Frauen auf Sitzungen fehlen, keine Veranlassung sieht, über die Frauenarbeit der Organisation zu diskutieren.

Eine Auseinandersetzung mit der Frauenfrage als integralem Bestandteil der sozialistischen Politik findet also nicht statt. Die Juso-Organisation ist von einem Konzept für einen gleichzeitig zu führenden Kampf für die Emanzipation der Geschlechter und dem Klassenkampf ein beträchtliches Stück entfernt. Die Diskussion der »Frauenfrage« muß in Verknüpfung mit der »Männerfrage« und als integraler Bestandteil sozialistischer Politik bei den Jungsozialisten und in der gesamten Sozialdemokratie neu aufgenommen werden.

Privatbeziehungen/Sexualität

Männer, die in der Juso-, Partei- oder Gewerkschaftsarbeit voll drinstecken, haben die geringste Motivation und Fähigkeit zur Emanzipation. Sie werden psychisch, physisch und zeitlich so belastet, daß sie ein zunächst plausibles Alibi

dafür haben, sich aus der (persönlichen Verantwortung für die) Beziehung zu stehlen. Diese Beziehung überfordert ihn und ist ihm sogar lästig, wenn sie nicht mehr ausschließlich der ruhige »Hafen« ist, in den er zu einer selbstherrlich festgesetzten Zeit »einlaufen« kann, um sich nach gestreßter, lustfeindlicher und teilweise entmenschlichter politischer Arbeit Ruhe, Wärme und Emotionalität von der Frau zu holen. Seine »Geisteskontakte« wurden zuvor mit anderen (Partei-)Männern reduziert befriedigt.

Wir müssen einerseits diese männliche Selbstreduzierung auf Beruf und Politik, die Reduziertheit in der privaten Beziehung problematisieren, also fragen, inwieweit »seine menschliche Natur ihm zur Natur geworden ist« (Marx). Wir müssen andererseits und gleichermaßen erörtern, daß Mann die Emanzipation der Frau wesentlich hemmt, wenn ihr die Beziehung »überlassen« bleibt, damit also für andere Aktivitäten notwendige Energien in der Beziehung »privatisiert« werden.

Wenn sie ihre gesellschaftliche Funktion, die ihre wesentlichen Unterdrückungsmomente ausmacht, nämlich Lebensinhalt und -ziel primär auf die Familie und Beziehung zu konzentrieren, nicht mehr nachkommt, »funktioniert« die Beziehung für ihn nicht mehr. Er leidet darunter, wenn sie plötzlich Anforderungen stellt, daß er sich mitverantwortlich fühlen soll für die Beziehung, für den Haushalt beispielsweise. Er erwartet ferner von ihr, die sich mit ziemlicher Anstrengung von ihrer Unterdrückung — ohne seine Unterstützung — zu befreien beginnt, daß sie seinen Leidensdruck noch mit auffängt. Am liebsten wäre es ihm, sie würde seine Emanzipation gleich noch miterledigen.

Wir sind weit davon entfernt, unsere »Produktivkraft Sexualität« zu nutzen. »Sexualität ist eine kostbare Unruhe, die erotische Beziehungen ermöglicht nicht nur zu Menschen, sondern auch zu Landschaften, Tönen, Farben, Gerüchen — zu Erscheinungen dieser Welt überhaupt.« (Irmtraud Morgner).

Daß Männer miteinander oder in Juso-Gruppen gemeinsam mit Frauen über sexuelle Bedürfnisse von Frauen und eigenen männlichen Wünschen sprechen, kommt so gut wie nie vor. Sexualität als Thema des Männer-Stammtisches nach der Parteisitzung wird mit Protzereien und frauenfeindlichen Witzen behandelt, in denen Frauen als Sexualobjekte diskriminiert werden.

Eine sozialistische Jugendorganisation muß an die Gedanken von Bebel und Engels anknüpfen und darf das Thema Sexualität nicht schamhaft umgehen. Dies verhindert eine Solidarität und Ebenbürtigkeit der Geschlechter, die zu einer »Unterminierung des Patriarchats führen (kann). Durch die herrschenden Rollenstereotype ist unsere Gesellschaft in 'Halbmenschen' (Richter) aufgeteilt. Sie erfüllen die Forderungen des Kapitals nach perfekten, auf Hochtouren laufenden menschlichen Maschinen weitaus besser, sie sind in ihrer Eindimensionalität manipulierbarer, leichter zufriedenzustellen, ausbeutbarer ... Die Autonomisierung der Sexualität, d.h. die radikale Erforschung der eigenen Bedürfnisse und der damit verbundenen Ängste — bei der Frau eher der aktiven, beim Mann eher der passiven — hat gesellschaftliche Sprengkraft. Daß dies auf elementare

gesellschaftliche Widerstände stoßen muß, ist klar.« (Marina Moeller-Gambroff)

Frauenberufstätigkeit und Männerängste

Der Emanzipationswert der Frauenberufstätigkeit, für den Clara Zetkin bereits vor 90 Jahren gestritten hat, erkennt Mann auch heute nicht unumwunden an. Dies zeigen auch in der Juso-Organisation die Widerstände gegen die Forderung nach allgemeiner Verkürzung der täglichen Arbeitszeit — statt Teilzeitarbeit — und Quotierung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Mann erkennt(?): Wenn die Frauen gleichermaßen qualifiziert und berufstätig sind,

- a) reduziert sich für ihn gesellschaftlich das Angebot an (qualifizierten) Ausbildungs- und Arbeitsplätzen noch weiter;
- b) wird Frau ihn für Arbeiten im Haushalt usw. eher mit zur Verantwortung ziehen;
- c) stellt sich eher die Frage, warum sie ihren Beruf aufgeben oder einschränken soll, wenn beide ein Kind haben;
- d) kann er aus diesen Gründen seine politischen Aktivitäten nicht im bisherigen Umfang absolvieren.

Teilzeitarbeit und Quotierung sind nicht nur zwei arbeitsmarktpolitische Themen; sie haben nicht nur für die Emanzipation der Frauen einen erheblichen Stellenwert; sie besitzen vielmehr für die Emanzipation des Mannes eine ungeheuerliche Sprengkraft.

Wie kann Mann sich emanzipieren?

Um den Widerspruch zwischen Juso-Beschlüssen zur Emanzipation der Frau und deren Umsetzung dort, wo wir relativ viel Gestaltungsfreiheit haben, also in der Organisation und unseren Privatbeziehungen, ständig zu verdeutlichen, sollen Fragen der sozialistischen Persönlichkeitsbildung in der Juso-Organisation ständig behandelt werden. Dazu gehört auch eine laufende Rechenschaftslegung darüber, wie auf den verschiedenen Juso- und Parteiebenen Genossinnen an der verantwortlichen Arbeit beteiligt werden. »Man kann die Sitten nur ändern, indem man sie als seltsam und unangemessen ins Bewußtsein hebt. (...) Eine Änderung der Sitten ist ein schöpferischer Prozeß der Gesellschaft und jedes einzelnen ...« (Irmtraud Morgner)

Frauen haben ein subjektives und objektives Interesse an der Emanzipation des Mannes. Die Erörterung seiner Emanzipationsentwicklung kann und soll deshalb Gesprächsgegenstand in der gesamten Organisation sein. Dies schließt nicht aus, daß Männer für sich das Recht beanspruchen können, in Männergruppen der Jusos bestimmte Selbsterfahrungen solidarisch zu besprechen. Außerdem kann eine Re-Integration kultureller und anderer gemeinschaftlicher Aktivitäten (Sport, Reisen) das Subjektivitätsvakuum in der Organisation schrittweise ausfüllen. Hierdurch kann Männern geholfen werden, (in der Organisation) ihre private, emotionale Sprachlosigkeit zu überwinden.

Diskussion: Frigga Haugs Thesen »Frauen — Opfer oder Täter?«*

Vorbemerkung

Anlaß zur vorliegenden Diskussion war die ungemein spannende und kontrovers geführte Auseinandersetzung auf der Volksuni '80 mit Frigga Haugs Vortrag »Opfer oder Täter? — Verhalten von Frauen«. Die provozierende Behauptung einer teilweise »freiwilligen« Zustimmung von Frauen zur eigenen Unterdrückung rief nicht nur bei den autonomen Frauen laute Empörung hervor, sondern auch bei den linken Sozialdemokratinnen — und Sozialdemokraten!

In unserem Rundgespräch wird diese Empörung zum Anlaß genommen, anhand persönlicher und politischer Erfahrungen von Frauen aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen und Organisationen Frigga Haugs Thesen mit dem Ziel zu diskutieren, ob sie uns zu mehr Handlungsfähigkeit führen können.

Die diskutierenden Frauen repräsentieren keine Expertenrunde, in der mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Genauigkeit Ergebnisse vorgelegt werden. Vielmehr soll unsere Diskussion als ein Versuch gewertet werden, unterschiedliche bis gegensätzliche Denksätze und Handlungsweisen vorzustellen. Wir sind erst am Anfang, erste Ergebnisse stellen wir vor, viele Punkte sind noch offen.

Wenn es uns gelungen ist, Denkanstöße zu geben oder gar Haltungen in uns infragezustellen, dann haben wir viel erreicht.

Heike Wilke

Heike: Frigga Haugs Vortrag zur Volksuni '80 hat mich ungemein beeindruckt und später auch entscheidend in meinen Haltungen beeinflusst. Die Hauptthese ist, daß Frauen ihre Aktionsmöglichkeiten selbst behindern, indem sie die Strukturen, in denen sie aufgewachsen sind, nicht infrage stellen, sondern selbst zur Aufrechterhaltung der sie unterdrückenden Verhältnisse beitragen. Nach dem Vortrag, der heftig und vor allem kontrovers diskutiert wurde — in der Regel heißt es bei den Linken, Frauen sind Opfer der patriarchalischen und kapitalistischen Verhältnisse —, hab' ich mir die Frauen angeguckt, mit denen ich zu tun habe. Ich war überrascht, wie oft ich feststellen konnte, daß zutrifft, was Frigga Haug z.B. über die Überbewertung von Beziehungsproblemen bei Frauen sagt: daß sie sich aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit ausklinken, wenn die Beziehung bedroht ist.

Oder die Witze, die über Frauen gemacht werden: Die sind nicht nur bössartig und gemein, sondern ich erkenne rollentypisches Verhalten von Frauen wieder und muß dann fragen, wie weit tragen wir wirklich zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse bei? Diese sehr unbefriedigende Ausgangspos-

* Der Beitrag von Frigga Haug erschien zuerst und vollständig unter dem Titel »Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen« in: *Das Argument* 123, 22.Jg., Berlin/West 1980, S.643ff. Auszüge dokumentieren wir in diesem Heft auf S.99ff. — Idee und Durchführung des Round-Table-Gesprächs lagen bei Heike Wilke.

sition war im letzten Jahr mit ein Anlaß, daß ich mehr über die Situation von Frauen gelesen habe und bereit war, an diesem Heft mitzuarbeiten. Ich bin mutiger geworden, weil ich meine Ängste besser kenne! Dieses bewußte Erfahren kenne ich von früher kaum, und Friggas Thesen haben mich — obwohl sie für viele empörend sind — ermutigt.

Ursula: Ich bin seit 5 Jahren in der Frauenbewegung aktiv und habe durch den Sozialistischen Frauenbund viel Neues gelernt. Trotzdem erkenne ich bei mir Strukturen, die mich behindern, und wo ich leicht bereit bin zu denken, dies oder jenes kann ich nicht. Ich drücke mich davor, Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen, sei es aus Angst oder Unsicherheit, aber letztlich auch aus Bequemlichkeit heraus, mich in eine unvertraute Lage zu bringen. Frigga zeigt Möglichkeiten der Veränderung auf. Man ist nicht perspektivlos auf sich zurückgeworfen — Frauen sind eben so —, sondern in der Frauenbewegung wird die Chance aufgezeigt, kollektive Veränderungs- und Befreiungsprozesse anzugehen. Auch das Sich-verändern-wollen ist mit Krisen, Verunsicherungen und Ängsten verbunden, weil es notwendig ist, die Stufe der erreichten, noch vielfältig beschränkten Handlungsfähigkeit zu verlassen. Dies ist für mich ein Grund, warum ich in der autonomen Frauenbewegung bin. Ich finde es wichtig, Frauen zu ermutigen, so'nen Veränderungsweg für sich selber in Gang zu setzen.

Christa: Mit Problemen von Frauen, die nicht so sehr meine eigenen sind, bin ich im Betrieb bekannt geworden. Ich arbeite in einem Betrieb, in dem hauptsächlich Frauen beschäftigt sind. Als ich in den Betriebsrat gewählt worden bin, war ich damit konfrontiert, erst einmal herauszubekommen, was wollen die Kolleginnen, was haben sie für Nöte? Das 'rauszukriegen, ist schwer, weil die Frauen nicht gewohnt sind, darüber zu reden. Sie sind in die Fabrik gegangen, um dazuzuverdienen, und gehen fast alle in ihren Familien auf. Sie sind dabei unzufrieden, ohne sich klar zu werden, wo die Gründe dafür liegen. Viele sind wirtschaftlich abhängig von ihren Männern, oder, wenn sie alleinstehend sind, ihre wirtschaftliche Existenz ist derart miserabel, daß es nur um's bloße Verdienen geht. Für mich war das Problem erst mal, daß diese Frauen eine wirtschaftliche Basis finden, die es ihnen ermöglicht, ihre eigene Persönlichkeit wahrzunehmen.

Mit diesen Frauen ist es schwer, 'was zu machen, weil sie, aus Angst und Unvermögen heraus, ihre Probleme nicht sehen können und wollen. Den Halt, den sie in der Familie gefunden haben, wollen sie auf gar keinen Fall aufgeben und verteidigen ihn mit Händen und Füßen.

Der Artikel von Frigga Haug ist deshalb für mich sehr provozierend gewesen, aber dann fand ich, daß da ja 'n Ausweg aufgezeigt ist. Mein Problem ist aber, wie setze ich ihn in die Praxis um, wie mache ich mich bei meinen Kolleginnen verständlich?

Monika: Ich kann dieser These, daß Frauen auch Täter sind, überhaupt nicht zustimmen. So 'ne subjektivistische Anschauung, die bei der Psyche des einzelnen ansetzt, nützt uns in unserer Gesellschaft nichts. Wir müssen sehen, welchen

gesellschaftlichen Bedingungen Frauen hier ausgesetzt sind, um dann zu überlegen, wie wir aus dieser Situation herauskommen. Das kann aber nicht in einer Diskussion stattfinden, in der der einzelnen Frau die Schuld für das, was ist, zugeschrieben wird. Sie werden in gesellschaftliche Verhältnisse hineingeboren, die sie nicht verschuldet haben, aber mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Ich finde im Gegensatz zu Frigga Haug, daß viele Frauen sich sehr aktiv und kämpferisch aus ihrer unterdrückten Rolle zu befreien versuchen, und bewundere, wie sie das trotz der Schwierigkeiten, die sie haben, angehen.

Aber wenn sie es nicht schaffen, ist es kein subjektives Versagen oder kein Nicht-wollen, sondern ein Stoßen an physische Grenzen. Was erwarten wir eigentlich von einer Frau, die Kinder hat, berufstätig ist und zu Hause einen Patriarchen hat, der sie nach Strich und Faden unterdrückt? Der Ansatzpunkt, ihr zu sagen, du bist Täter, du unterstützt deinen Mann, indem du dich unterdrücken läßt, jetzt kämpf' mal dagegen an, kann uns nicht weiterführen. Er fügt zur Unterdrückung der Frau noch ein schlechtes Gewissen hinzu.

Wogegen ich mich nicht wehre, sind die Konsequenzen, die Frigga Haug zieht: daß wir 'ne Frauenbewegung brauchen, die die einzelnen Frauen stärkt. Genau das ist es, was ich bei mir auch erlebt habe.

Angelika: Einigen Thesen der Frigga Haug stimme ich überhaupt nicht zu, z.B., warum Frauen in der Familie gehalten werden. Das klingt so vorwurfsvoll, als sei da ein Löwenbändiger, der die Frauen hält, und sie sind unfähig, sich allein dagegen zu wehren. Ich führe das sehr stark auf die gesellschaftlichen Strukturen zurück und sehe nur vordergründig den ökonomischen Aspekt. Besonders uns qualifizierte Frauen trifft es später mal, daß wir wahrscheinlich kaum Arbeitsplätze finden werden. Wir Frauen dienen sowieso nur als Reservearmee und haben von daher keine großen Wahlmöglichkeiten. Daher kann ich auf keinen Fall Täterverhalten bei uns Frauen sehen.

Über die Frauenwitze bin ich sauer! Ich sehe in ihnen keine Anregung, Frauen zum Nachdenken oder gar Ermutigen zu bringen, eher im Gegenteil! Die These »Jede Unterdrückung, die nicht mit äußerem Zwang arbeitet, muß mit Zustimmung der Beteiligten arbeiten«, halte ich für überheblich, denn der äußere Zwang ist gesellschaftlich determiniert. Allein kann die Frau die bestehenden Normen nicht zu ihren Gunsten verändern. Das ist einer der Gründe, warum ich heute in der SPD arbeite. Ich bin überzeugt, daß wir Frauen allein die Gesellschaft nicht verändern können — nur gemeinsam mit Männern, indem wir versuchen, ein anderes Bewußtsein zu vermitteln. Oder wir Frauen versuchen, andere Söhne zu erziehen!

Petra: Frigga Haugs Thesen haben mich, als ich sie auf der Volksuni '80 gehört habe, ziemlich vor den Kopf gestoßen. Ich mußte sofort an die Vorurteile der Kollegen im Betrieb denken: Die Frauen sind doch selber Schuld, ihr blöden Weiber, macht doch erst mal selber was, dann tun wir auch was für euch! Aber ich mußte auch 'ne ganze Menge von den Dingen, die ich in der Schule über Erziehung und Sozialisationstheorie gehört habe, über den Haufen werfen. Ganz

ablehnen kann ich Friggas Ideen nicht: Auf mich bezogen, kann ich sie nachvollziehen, daß ich z.B. aus Bequemlichkeit Entwicklungsmöglichkeiten nicht in Anspruch nehme. Wenn ich aber an die Frauen im Betrieb denke, dann kann ich nicht zustimmen. Wie soll ich die dazu bringen, sich zu wehren? Von ihnen selbst kann ich's nicht erwarten, aber von denen, die schon ein bißchen kritischer geworden sind.

Barbara: Zwei Aussagen in Frigga Haugs Thesen haben mich aufgrund meiner individuellen Entwicklung besonders beeindruckt. Einmal der Satz »Auch sich opfern ist eine Tat und kein Schicksal«. Der hat mir sehr zu denken gegeben, weil ich lange gesagt habe, aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse kann ich dies und jenes nicht! Ich bin als Frau doppelt und dreifach unterdrückt, ganz klar, daß ich bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten gar nicht wahrnehmen kann. Damit war für mich die Diskussion mit mir um meine Entwicklung erst mal zu Ende. Und dann noch ein Satz, der später in meine Entwicklung greift: »Frauen haben Schwierigkeiten beim Kampf um ihre eigene Befreiung, weil sie unter Umständen das, was sie wollen, auch wieder nicht wollen.« In dieser Position befinde ich mich ständig: Ich will ein Buch lesen, das schwierig für mich ist, gehe dann aber spazieren. Ich will mich z.B. aus einer Beziehung lösen, die nicht funktioniert, behalte sie aber bei, weil's bequemer ist. Das ist es, was mich an Frigga Haugs Herangehensweise an die Befreiungsmöglichkeiten für Frauen fasziniert. Man darf sie auch nicht mißverstehen. Sie sagt ja, daß sie die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, die für uns Frauen bedrängend und bedrückend sind, sehr wohl im Auge hat, aber gibt doch zu bedenken, ob wir nicht 'n Stück weit sie aufgrund unserer Verhaltensweisen immer wieder neu schaffen. Wenn wir sagen, die gesellschaftlichen Verhältnisse verhindern, was wir eigentlich wollen, folgt daraus: Frauen können sich in dieser Gesellschaft gar nicht weiterentwickeln, weil ihnen ständig Schranken in den Weg gelegt werden. Den Artikel verstehe ich als Impuls, mir Mut zu machen, mich entwickeln zu wollen. Vorher bin ich an meine Entwicklung sehr abstrakt herangegangen. Das ist jetzt konkreter geworden.

Ich sehe auch Vermittlungsschritte zwischen den Positionen, die hier so konträr auf dem Tisch gelandet sind. Frigga Haug verneint ja nicht, daß Frauen aufgrund ihrer Belastung kaum dazu kommen, an sich zu denken. Bei meiner Mutter geht das seit 30 Jahren so. Der kann ich nicht sagen, laß dich von deinem Mann scheiden. Sie hat keine Existenzgrundlagen und kann auch nicht mehr mit 600 DM im Monat leben. Es gibt schon so 'ne und so 'ne Verhältnisse, in denen Frauen leben. Aber eine Kombination von dem, was die Frigga sagt, mit dem, was gesellschaftliche Bedingtheiten umfaßt, find ich für mich und meine Arbeit in der Frauenbewegung ungemein hilfreich, um auch noch in 40 Jahren aktiv zu sein und verändern zu wollen — und zwar nicht nur mich.

Monika: Ich möchte aus Frigga Haugs Artikel einige Punkte aufgreifen, die mir sehr falsch zu sein scheinen. Da steht z.B., daß Frauen Hausfrauen sind, weil es ihrem Drang nach Bequemlichkeit entgegenkommt. Das ist eine Unter-

stellung, weil Hausfrauenarbeit überhaupt nichts damit zu tun hat, sondern mit Isolation, eigentlich schon mit Isolationshaft: zu Hause sein, Staub wischen, Geschirr spülen, zwischendurch Einkaufen und ansonsten Kinder erziehen, Kinder versorgen. Frauen wählen in der Regel dieses Dasein nicht frei, sondern sehen sich gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber, in denen sie oft keine qualifizierte Berufsausbildung haben, zum anderen wenig Möglichkeiten, ihre Kinder so unterzubringen, daß sie guten Gewissens sagen können, die werden dort nicht nur irgendwie versorgt, sondern auch gefördert. Diese Situation läßt das Argument nicht zu, Frauen, die sich entschließen, zu Hause zu bleiben, würden ihrem Bequemlichkeitsdrang folgen.

Vorhin wurde auf die These eingegangen, daß jede Unterdrückung, die nicht mit äußerem Zwang arbeitet, die Zustimmung der Beteiligten braucht. Das mag stimmen, ich bin aber der Meinung, daß es 'ne Menge äußeren Zwang gibt, der auf Frauen ausgeübt wird. Sieht Frigga den nicht, oder meint sie, daß er nicht vorhanden ist? Wenn Mädchen, weil sie keine vernünftige Schulausbildung haben, keine Lehrstelle finden, existiert sicher ein äußerer Zwang, der dazu führen kann, daß sie zu Haus bleiben. Damit müssen wir Frauen uns auseinandersetzen.

Vorhin ist gesagt worden, daß, je mehr wir uns wehren, desto größer werden auch die Widerstände von außen. Auch dies ist sicherlich ein Zeichen dafür, daß wir Frauengruppen brauchen, die uns stärken. Dazu gehört aber auch, daß wir Männer dazu bringen — gerade auch bei den Jusos —, ihr eigenes Rollenverhalten als immer starke Männer und Macker zu revidieren und zu überarbeiten.

Ursula: Ich geh' noch einmal auf die Organisation von Frauen ein. Klar ist, daß Parteien und Gewerkschaften Frauenfragen nicht genügend berücksichtigen. So ist auch die neue Frauenbewegung entstanden, indem die Frauen erkannt haben, daß sie ihre Interessen in eigenen Organisationen vertreten müssen. Auch der SFB ist so entstanden. Während wir uns früher eher als Durchlauferhitzer für Parteien und Gewerkschaften verstanden haben, versuchen wir heute, die autonome Frauenbewegung zu stärken. Diese hat unserer Meinung nach ihr »historisches Recht«, Frauen den getrennten Kampf für ihre Interessen und ihre Befreiung zu ermöglichen. Damit meine ich aber nicht, daß wir Frauen diese Welt allein verändern können. Als autonome Frauen können wir die Arbeit von Frauen in Parteien und Gewerkschaften von außen unterstützen, indem wir — weil wir keinen Parteiapparat über uns haben — die gesellschaftlichen Verhältnisse radikaler infragestellen und weitergehende Forderungen entwickeln können.

Zum »Opfer-Täter«-Problem und zur Schuldfrage: Ich glaube, da liegt ein Mißverständnis vor. Monika, Dir leuchtet es nicht ein, warum Frigga den Frauen, die eine Familie haben und schwer arbeiten und täglich zahlreiche Behinderungen erleben, die Schuld an ihrer Lage zuschreibt. Die Behauptung ist so nicht richtig. In dem Artikel geht es darum herauszubekommen, wo tragen Frauen überall dazu bei, daß ihre Lage so bleibt, wie sie ist? Warum halten sie sogar un-

erträgliche Verhältnisse aus? Warum gehen Frauen, die von ihren Männern geschlagen wurden und im Frauenhaus waren, anschließend oft wieder in ihre Familie zurück? Warum haben die persönlichen Beziehungen und die Familie den Stellenwert, daß Frauen häufig ganz selbstverständlich auf ihre Selbstverwirklichung verzichten?

Noch kurz zu den Witzen. Ich finde sie auch skandalös, aber sie zeugen vom vertanen Leben vieler Frauen, sind also Kritik daran, deuten aber auch die Notwendigkeit und den Beginn des Sich-wehrens an. An diesem Aufbegehren und Wehren ist allerdings vieles verdreht und falsch.

Zwischenfrage Angelika: Aber meinst du wirklich, daß diese Witze aufklärerisch wirken? Vor allem sind sie ja gar nicht von Frauen ausgedacht!

Barbara: Sicher, aber wir können bewußter an uns als Frauen herangehen, Hinweise auf unsere Verhaltensweisen entnehmen. Diesen Witz mit dem Gift im Mund kannst Du bei vielen älteren Frauen nachvollziehen. Da ist Gift im Mund, das bleibt auch da. Die Wut kommt eben nicht 'raus, indem sie sich organisieren und gemeinsam wehren, noch kommt dabei heraus, daß sie individuell versuchen, ihre Situation zu verändern. Der äußere Zwang allein reicht mir nicht, weil ich mir durchaus vorstellen kann, daß es auch in dieser frauenfeindlichen Gesellschaft Möglichkeiten gibt, sich als Frau trotzdem stückweise zu entwickeln. Die Witze belegten, daß diese Opfertheorie nicht ausreicht, um sich selbst zu befreien. Wenn ich mich nur als Opfer begreife, dann entwickle ich mich sehr begrenzt und verengt weiter. Wenn ich mich wehre, habe ich noch 'ne ganze Menge Schwierigkeiten, was zu erreichen. Fange ich aber an, mich zu verändern, dann erfahre ich, daß die gesellschaftlichen Schwierigkeiten, die tagtäglich auf mich einprasseln, von mir leichter zu ertragen sind. Deswegen verstehe ich auch unsere gegensätzlichen Positionen nicht, weil Frigga Haug die objektiven Bedingungen nennt, die es schwer machen, sich zu emanzipieren. Sie sagt, daß es aber nicht ausreicht, alles auf die herrschenden Verhältnisse zu schieben, wenn es bei uns nicht klappt.

Ursula: Monika, du hast gesagt, es kommt dir wie eine Frechheit vor, zu behaupten, Hausarbeit macht Spaß. Ich sehe das widersprüchlich. Die Hausarbeit hat langweilige Seiten, und ich möchte sie nicht machen, aber sie hat auch angenehme Seiten, verglichen mit dem, was Christa und Petra von den Tätigkeiten der Frauen in Betrieben berichtet haben.

Monika: Frauen machen Hausarbeit, weil sie vielfach keine Alternative dazu haben. Die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft, ihre schlechte Berufsausbildung und die Arbeitsmarktlage drängen sie aus dem Berufsleben, auch, wenn sie selber es anders wollen.

Christa: Es gibt aber auch einen großen Teil, der flüchtet aus den Berufen und zieht die Hausfrauentätigkeit, so öde und eintönig sie auch ist, dieser furchtbaren Berufstätigkeit vor. Frauen schaffen sich sogar Kinder an, um eine Legitimation zu haben, zu Hause bleiben zu können.

Angelika: Was den Witz mit dem Giftmund betrifft: Unsere Runde besteht aus

ziemlich privilegierten Frauen, und wir brauchen uns durch Witze nicht mehr belehren zu lassen. Was die Hausarbeit angeht, schließe ich mich der Meinung von Monika an. Es gibt sogar noch wesentlich bedenklichere Gründe, mit denen versucht wird, Frauen zu Hause zu halten. Die kommen aus der autonomen Frauenbewegung — was ich für problematisch halte — und betreffen das Stille. Das hält dich schlichtweg im Haus.

Heike: Was du sagst, ist für mich ein Beispiel dafür, wo lassen wir uns behindern. Sicher ist es wichtig, daß Kinder gestillt werden, aber warum unbedingt zu Hause? Ich leite daraus eine andere Forderung ab, denn warum müssen sich stillende Frauen ins Haus zurückziehen? Ich sehe gar nicht ein, warum wir nicht Forderungen nach geeigneten Möglichkeiten in Betrieben stellen, um Kinder stillen zu können.

Angelika: Die sind aber nicht gegeben!

Heike: Das ist richtig, aber ich frage, wo setzen wir an? Du sagst, du mußt zu Hause bleiben, um dein Kind stillen zu können, aber wir können auch anders argumentieren und fragen, wie erreichen wir es langfristig, daß wir erfolgreich andere Forderungen stellen? Der kämpferische Anspruch steht für uns alle fest, nur ihr sagt, es sind ausschließlich gesellschaftliche und soziale Bedingungen, die uns behindern. Ich sehe noch andere Behinderungen, und die stecken in uns selbst! Ich erzähl mal eine Geschichte, die ganz unpolitisch ist, die aber in meiner Entwicklung einen wichtigen Stellenwert hat. Ich kann übrigens nur von mir selber und nicht von den Frauen reden, die Friggas Artikel nicht lesen. 10 Jahre lang hat »man« mir klar gemacht, ich könne keinen Führerschein machen, ich wäre absolut ungeeignet, überhaupt auf der linken Seite einzusteigen. Friggas Thesen haben mich nachdenklich darüber gemacht, wann ich denn immer Ausreden habe, um Neues nicht angehen zu müssen. Die Angst, was zu tun, um dann zu scheitern, ist ungeheuer groß. Und dann die anderen: »Siehste, haben wir ja gleich gesagt!« Ich bin diesen Führerschein angegangen, zusammen mit einer aktiven Genossin. Angefangen hat es damit, daß ich meinen unerträglich chauvinistischen Fahrlehrer abgelehnt habe, weil er mich total geschafft hat. Der war der Auffassung, diese Intellektuelle lernt das sowieso nicht; ich hätt's auch nicht gelernt! Ich hab' den Fahrlehrer gewechselt und die Prüfung bestanden — und fahre jetzt auch. Die Genossin, die die Schule mit mir zusammen gemacht hat, hatte den selben Eindruck von diesem Menschen, aber sie hat sich überlegt: jetzt mußt du dich mit der Frau, die die Fahrstunden zuteilt, auseinandersetzen, warum du gerade diesen Fahrlehrer nicht willst, außerdem bringst du ihre Pläne durcheinander — denn genau das ist bei mir abgelaufen. Eine große Katastrophe schien sich anzubahnen, weil ich 'nen anderen Fahrlehrer haben wollte. Die Genossin ist dieser Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen, dachte, ich versuche, mich mit ihm gutzustellen, vielleicht klappt's dann auch. Aber dieser Fahrlehrer hat ihr all das, was er ihr hätte beibringen müssen, verweigert, und sie ist durchgefallen. An diesem Erlebnis ist mir klargeworden, daß dieses Über-mich-selbst-springen, obwohl ich Angst habe, ein ganz entscheiden-

der Schritt zu wachsender Handlungsbefähigung ist. Ich muß lernen, die mir vertrauten Haltungen und Handlungsweisen infragezustellen, um meine Entwicklung vorantreiben zu können.

Was die Witze betrifft: Es geht doch darum, ob sie eine Berechtigung haben. Sie sind frauenfeindlich, aber ihre Realität liegt darin, daß sie sich tagtäglich so abspielen: Ich bin dabei, wie ein Paar sich ein Auto ansieht, er fragt nach den technischen Einzelheiten und sie sagt: »Ach, das Orange gefällt mir nicht so!« Dies zu überwinden, ist die Anstrengung.

Elfi: Eigene Verhaltensweisen zu verändern, finde ich auch wichtig, sowohl als Frau als auch als Mann. Wir reden hier immer nur über Frauen, die so viele negative Verhaltensweisen haben und sehen nicht, daß Männer umgekehrt auch Eigenschaften und Verhaltensweisen haben, die genauso verändert werden müssen. Aber es kann nicht der wesentliche Aspekt in der politischen Diskussion sein, sich darüber zu unterhalten, welche persönlichen Schwierigkeiten wir da und dort immer noch haben. Klar, die müssen auch artikuliert werden. Das ist auch das Verdienst der Frauenbewegung, daß sie fordert, unsere persönlichen Probleme sind nicht unpolitisch, die müssen genauso ausdiskutiert werden wie ökonomische und soziale Fragen. Andererseits müßten wir hier auch darüber reden, in welche Richtung wir weiterarbeiten sollen, was unsere politische Orientierung als Frauen ist. Was sind etwa die Gründe dafür, warum Frauen heute immer noch Hausarbeit machen, ob freiwillig oder nicht freiwillig, ist auch immer 'ne Frage der Einkommensverhältnisse. Außerdem sind es wichtige Funktionen, die auch heute noch von Frauen wahrgenommen werden müssen. Da frage ich die Frigga Haug, wie sie sich das eigentlich vorstellt, wer die Hausarbeit machen soll, wenn alle Frauen erwerbstätig sind? Ich halt' nicht allzuviel von der bürgerlichen Familie, aber man muß auch sehen, daß in ihr ein Bedürfnis nach Geborgenheit und Sicherheit verwirklicht wird, das viele Frauen haben. Frigga Haug macht den umgekehrten Fehler wie die Linke, die immer gemeint hat, man könnte das Frauenproblem lösen, indem man die ökonomischen Verhältnisse verändert. Die Emanzipation der Frau wird sich dann von allein ergeben. So ist es eben nicht, wir müssen Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen in Gang setzen. Aber Frigga sagt, die Frauen müssen sich erst mal selber befreien, dann verändern sie auch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Monika: Beides muß passieren! Wir müssen uns auch selbst verändern, nur hat das nichts damit zu tun, daß wir uns als Täter unserer eigenen Unterdrückung akzeptieren. Das lehne ich ab, weil Täter sein ist etwas Aktives: Ich entscheide mich, eine Frau zu vergewaltigen, dann bin ich Täter! Wir entscheiden uns nicht als Frauen für die Unterdrückung, der wir gegenüberstehen, sondern wir werden in diese Gesellschaft hineingeboren und mit diesen Unterdrückungsmechanismen, die hier existieren, konfrontiert. Ich überlege, warum Frigga Haug nicht auf die Idee kommt, der ausgebeuteten Arbeiterklasse des letzten Jahrhunderts vorzuwerfen, selber Schuld gewesen zu sein an dem kapita-

listischen System und den Unterdrückungsmechanismen, die damit einher liefen. Warum kommt sie auf die Idee, das bei den Frauen zu machen, aber bei den Arbeiterinnen und Arbeitern im 19. Jahrhundert nicht? Im Kampf um die Veränderung der Gesellschaft verändert man sich auch selber, das ist ganz klar. Aber wir dürfen nicht dazu kommen, den Frauen, die es nicht schaffen, individuelles Versagen vorzuwerfen. Da gibt es Frauen, die gehen wieder zurück zu ihrem Mann, der sie schlägt. Das ist furchtbar, zeigt aber auch, wie schrecklich die Situation der Frauen in dieser Gesellschaft ist, in der sie sich so wenig wehren können. Das hat nichts mit Tätersein zu tun, sondern mit Angst, Hilflosigkeit und ökonomischer Abhängigkeit.

Es ist auch nicht so, daß diese Frauen es ablehnen, sich politisch zu organisieren. Aber fragt doch 'mal 'ne Arbeiterin mit mehreren Kindern, ob die abends noch die Kraft hat, zu einer SPD-Versammlung zu gehen. Wo soll sie die eigentlich hernehmen? Es ist auch kein Zufall, daß alle, die hier sitzen, privilegiert sind — Zeit haben.

Heike: Wie haben denn die Arbeiter das im vergangenen Jahrhundert gemacht? Was hatten die für 'ne Arbeitszeit! Wie haben die das Kämpfen geschafft, dann ist das ja völlig unmöglich gewesen!

Elfi: Aber die Frauen bewegen sich ja auch! Es ist doch nicht so, daß alle zu Hause sitzen und stricken.

Monika: Wenn du an die Anfänge der Arbeiterbewegung denkst, mußte da auch ein langer Prozeß der Bewußtmachung von Unterdrückung laufen. Der muß bei den Frauen auch laufen, und den müssen wir ihnen auch zugestehen und können die, die es noch nicht geschafft haben, nicht abstempeln als Täter ihrer eigenen Unterdrückung.

Elfi: Petra und Christa sollten mehr aus ihrer Gewerkschaftsarbeit berichten. Das ist doch ein ganz wichtiger Punkt, daß Gewerkschaften hauptsächlich die Interessen der männlichen Facharbeiter vertreten und die der Frauen immer noch hinten an stehen.

Christa: In unserem Bereich, der NGG, sind zum großen Teil Frauen organisiert, die zur Zeit einen Lernprozeß durchmachen und gerade begreifen, daß es mit einfachen prozentualen Forderungen nach mehr Lohn nicht weitergehen kann. Wieweit wir die Frauen solidarisieren können, wissen wir noch nicht. Wir fordern in dieser Tarifrunde z.B. für die unteren Lohngruppen einen Festbetrag, um diese Schere, die sich aufgetan hat, abzubauen. Wenn die Frauen dann noch einsehen, daß sie in der Familie nicht nur dazuverdienen — so sehen sie sich nämlich: 'Mein Gott, mein Mann verdient ja!' und nicht ihre Abhängigkeit und Unterdrückung —, dann könnten wir es schaffen. Wir haben im vorigen Jahr in unserem Bereich einen Warnstreik durchgeführt. Viele Frauen haben sich beteiligt, was ein ziemlicher Schock für die Unternehmen war, weil in unserer Branche bisher noch nicht gestreikt worden ist. Wenn wir dieses Jahr unsere Forderung für den Festbetrag durchsetzen wollen, dann werden wir wohl ohne Streik nicht auskommen. Im Grunde genommen hängt alles davon ab, ob wir die

Frauen jetzt dafür gewinnen können oder nicht. Wir müssen sie — ich muß das sagen — etwas dazu überreden und ihnen außerdem Mut machen, mit uns mit-zuziehen. Es sind nur ganz wenige, die das von sich aus vorhaben in meinem Betrieb.

Barbara: Das ist so'n Problem, das sich da auftut! Wie komm' ich an Frauen, die sich aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht aktiv für bestimmte Forderungen einsetzen, heran? Dazu gehört auch, daß Frauen noch so weitreichende und wichtige Forderungen stellen können, aber wer verwirklicht sie, und wie lange dauert das? Was machen wir in der Zwischenzeit? Und da hilft dieses »Opfer-Täter« schon weiter. Nicht in der Hinsicht, wie das hier — mißverstanden — der Frigga untergeschoben wird, sondern wir müssen in gesellschaftlichen Zusammenhängen denken, die jahrhundertlang Verhaltensweisen von Frauen und Männern geprägt haben und verinnerlicht worden sind als unveräußerliche, nicht infragezustellende Normen und Werte. Wenn die subjektiven Momente, die sich nicht nur aus persönlichen Schwierigkeiten zusammensetzen, gesellschaftliche Ursachen und Auswirkungen haben, dann heißt das auch: wenn ich mich als Frau für meine Interessen, aus welchen Gründen auch immer, nicht einsetze, trägt das zur Festschreibung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse bei. Friggas Argumente sind eine Möglichkeit, Frauen auch in Gewerkschaften, Parteien und Frauengruppen auf ihre Täterschaft anzusprechen. Häufig wird gesagt, ich muß auf mein Kind aufpassen, weil mein Mann so viele wichtige Sachen zu tun hat. Warum ist Frau nicht so unbequem zu sagen, der Mann bleibt zu Hause, ich habe am Dienstag Frauengruppe, da gehe ich hin. Das schafft unangenehme Situationen, da müssen sie sich ein Stück weit auch selber durchbeißen. Das geht nicht nur dadurch, daß wir sagen, wir kämpfen für eure Rechte.

Elfi: Aber auch nicht dadurch, daß wir ihnen den Artikel in die Hand drücken!

Barbara: Aber den Artikel dazu nutzen, um mit ihnen in die Auseinandersetzung zu kommen, die sie weiterbringt. Doch *ich* muß ihn schon lesen. Über Lesen setze ich mich doch auseinander und lerne, indem ich meine Haltungen infrage stelle.

Elfi: Du kannst doch die Frauen nicht hinter'm Ofen hervorholen, indem du denen sagst, jetzt emanzipiert euch mal, ändert eure Verhaltensweisen!

Monika: Ich habe im Wedding längere Zeit eine Frauengruppe gehabt, in der fast nur Arbeiterinnen waren. Was meinst du, was die mit mir gemacht hätten, wenn ich zu denen gesagt hätte: »Warum können wir uns heute nicht bei dir treffen?« oder: »warum warst du letztes Mal nicht da, hast wohl Knatsch mit deinem Alten gehabt? Bist selber Schuld daran.«

Barbara: Du unterstellst jetzt wieder diese Schuldfrage!

Monika: Wenn man Täter ist, ist man auch schuldig.

Heike: Nein, dann *tut* man was, ist *selbst tätig!*

Monika: Du kannst nicht auf der einen Seite sagen, die Frauen sind Täter und auf der anderen Seite, aber Schuld haben sie natürlich nicht. Das ist unlogisch!

Gerade mit Arbeiterinnen wirst du dich auf dieser Ebene nicht auseinandersetzen können. Ich muß ihnen Perspektiven bieten können, wie sie aus ihrer schwachen Position herauskommen.

Petra: In mir steigt eine unheimliche Wut auf, so, wie wir hier diskutieren. Mich erinnert das an einen Satz von einem Kollegen: »Hör auf zu jammern, das nützt nichts, mußst' schon das alles selbst in die Hand nehmen!« Das stimmt auch. Wir haben über 'jemanden' geredet: die Gesellschaft, die Verhältnisse müssen geändert werden — von irgendetwem...

Zwischenruf: Nee, von uns!

Petra: Ja, aber wir sind nicht mit einbezogen, wir haben über andere geredet, nicht von uns. Die Gesellschaft kann nicht verändert werden, wenn wir nicht bei uns selber anfangen. Die besteht doch aus den einzelnen Menschen, und jeder einzelne muß verändern. Monika, wenn du sagst, »Was meinst du, was die Arbeiterin gemacht hätte, wenn ich ihr das gesagt hätte?«, dann frage ich dich, warum hast du es denn nicht gesagt? In deiner Haltung steckt doch auch Angst und diese falsche Rücksichtnahme.

Monika: Überhaupt nicht! Ich hab' ihr gesagt, du mußt dich wehren, wir unterstützen dich auch. Aber ich hab' ihr nicht gesagt, du bist selber Schuld, daß die Situation in deiner Familie so ist, wie sie ist.

Petra: Aber damit ist es nicht getan! Ich hab' mich gegen Friggas Argumente gewehrt, weil ich sofort dieses Klischee von dem Kollegen im Kopf hatte: Ihr seid selber Schuld! Inzwischen ist mir klarer geworden, wie viel in mir selber steckt, das meiner Entwicklung im Weg steht, und dazu gehört auch dieses Sich-einrichten, Sichbequemen in vorgefundene Verhältnisse!



**FRAUEN-
FORMEN
AS 45**

Frauenformen Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation

Hrsg. v. Frigga Haug
230 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Ausgangspunkt dieses Buches einer Gruppe des Sozialistischen Frauenbundes war die Frage nach der Entstehung von sogenannten weiblichen Eigenschaften wie Passivität, Einfühlungsgabe, Bescheidenheit, Zärtlichkeit usw., Eigenschaften also, die mehr oder weniger offensichtlich der Unterdrückung dienen.

In ständiger Konfrontation mit eigenen Erfahrungen und Erinnerungen sowie in kritischer Auseinandersetzung mit Ursula Scheu entwickeln die Autorinnen eine Theorie der weiblichen Sozialisation und speziell der Unterwerfung, die nicht nur der feministischen Sozialisationstheorie neue Erfahrungen bringt.



Überregionales Frauenprojekt: Frauengrundstudium

64 S.: 5,— DM

Wozu brauchen Frauen die Wissenschaft? Was soll ein Frauengrundstudium?

Frauen — meist Studentinnen — aus verschiedenen Städten und Universitäten haben dieses Studienheft zusammengestellt. Es soll ein Vorschlag sein, wie sich Frauen in 2 bis 3 Semestern neben dem üblichen Studium oder anderen Tätigkeiten die Grundlagen aneignen können, um die Wissenschaft für sich nutzen zu können. Haupt Gesichtspunkt ist, daß sie das Lernen selber in die Hand nehmen und daß es ein forschendes Lernen ist.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

frontal



Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB

Ob man die auch abonnieren kann?

Nichts leichter als das! Ein frontal-Abo kostet 12 Mark im Jahr – für 6 Hefte einschließlich Versandkosten. Bestellschein ausfüllen, ausschneiden und einsenden an frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1.



- Ja – ich möchte frontal zu den angegebenen Bedingungen abonnieren.
- Ich bin an frontal interessiert, bitte aber zunächst um ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Außerhalb des Schwerpunktes

Detlev Albers

Polnische Lektion und westliche Linke

Polen macht Geschichte, und das in einem so unmittelbaren, alle vorgefaßten Meinungen sprengenden Sinn, daß seinen Freunden und Feinden, alten und neuen, im Osten und im Westen, ja vermutlich einem Großteil der Akteure selbst mal um mal der Atem stockt, wenn jahrzehntelang aufgestaute Konflikte das Land wieder und wieder an den Rand einer gesellschaftlichen Katastrophe zu drängen scheinen. Und dennoch hat der im Sommer 1980 spektakulär erzwungene Übergang zu einer neuen Phase der Entwicklung realer sozialistischer Demokratie bisher in bewundernswerter Weise seinen Kurs gehalten, eine Fülle neuer Lösungen, Kompromisse und Zwischenschritte gefunden und erfunden, ohne seine vorwärtsdrängende Dynamik zu verlieren. Seit dem August vorigen Jahres hat sich Polen Monat für Monat deutlicher in ein Laboratorium, eine keinen Bereich aussparende gesellschaftliche Experimentierwerkstatt verwandelt, deren erst in Umrissen sichtbar werdende Ergebnisse nahezu alle gewohnten Denkbahnen des Lehrbuch-Sozialismus (im eigenen Land wie anderswo) gründlich umzustülpen geeignet sind.

Oder war etwa die Entstehung einer von der Parteiführung wie vom sozialistischen Staat tatsächlich unabhängigen Gewerkschaftsbewegung vor den Massenstreiks des vergangenen Jahres auch nur im geringsten vorausgedacht (wenn man von einigen Außenseitern unter den Dissidenten einmal absieht)? Gab und gibt es etwa zu Ende gedachte Antworten auf die überlebenswichtige Frage, wie denn eine solche unabhängige Gewerkschaft ihren zwangsläufig auch gesellschafts*politischen* Erneuerungs- und Mitgestaltungsanspruch einerseits konsequent wahrnehmen kann, ohne andererseits mit der grundsätzlich akzeptierten führenden Rolle der Partei zu kollidieren oder sich selbst in die Funktion einer Gegen- oder Ersatzpartei abdrängen zu lassen? — Um voreiligen Überlegenheitsgefühlen der westlichen Linken von vornherein entgegenzutreten, sei hier bereits angemerkt, daß die gleichen Probleme, nämlich das Zulassen, Mitwirken und Befördern einer autonomen Klassengewerkschaft, in ausnahmslos allen westeuropäischen Ländern noch eine Fülle theoretisch und praktisch ungelöster Fragen aufwerfen (ganz zu schweigen vom Widerstand der kapitalistischen herrschenden Klasse gegen jeden Schritt in solche Richtung).

Doch der Katalog der zu neuen Antworten drängenden Probleme ist damit gerade erst eröffnet. Ist eigentlich zum Verhältnis von Partei und Kirche, Arbeiterbewegung und Christentum oder Katholizismus wie in Polen schon alles gesagt, wenn sich die polnische Arbeiterklasse einerseits in einem bisher unbekanntem Ausmaß christlichen Symbolen und Metaphern als Ausdrucksformen ihres eigenen Kampfes zuwendet, während sich die Kirche andererseits allem An-

schein nach als Ordnungsfaktor zugunsten des sozialistischen Staatswesens betätigt? Mögen hierfür auch vorrangig die nationalen Traditionen der polnischen Volkskirche, schlichte Gründe der Machterhaltung unter den bestehenden Kräfteverhältnissen und erst zu allerletzt Momente des Sich-Aneignens der sozialistischen Gesellschaftsgrundlagen im heutigen Polen ausschlaggebend sein, so sollte doch niemand unterschätzen, wie wichtig die internationale Ausstrahlung eines solchen, vielleicht nur von den Umständen erzwungenen prosozialistischen Engagements der Kirche ist, wenn es langfristig von einem derart konservativen Teil des Katholizismus erbracht wird, wie ihn das polnische Episkopat darstellt. Und weiter: Wie läßt sich eine konstruktive gesellschaftliche Aufgabe für eine Gewerkschaft selbständiger Kleinbauern bestimmen, wenn offenbar wird, daß alle bisherigen Ansätze zu deren Interessenvertretung so abgewirtschaftet sind (ideell, aber auch materiell aufgrund falscher ökonomischer Prioritätensetzungen), daß jetzt alle anderen Lösungen als eben jene der Anerkennung einer eigenständigen 'Land-Solidarität' versagen? In welchem marxistischen Lehrbuch aber finden sich dazu mehr als schablonenhafte Formeln? Und steht es etwa besser im Bereich der Medien, der Wissenschaft und der Hochschulen, wo man zwar mit dem Abkommen von Lodz (Februar 1981) einige grundsätzliche Weichenstellungen der Erneuerung festgelegt hat wie die Zulassung der 'Studenten-Solidarität', den Aufbau verfaßter Studentenschaften und die Demokratisierung der Hochschulsebstverwaltung, jetzt aber natürlich mit einem Berg von unbewältigten Konflikten über deren Auswirkungen konfrontiert ist?

Schließlich als das Kernproblem, das jeden der vorher benannten Bereiche durchzieht: Wie läßt sich die Hegemonie der polnischen Arbeiterpartei in einer solchen Phase dramatischen gesellschaftlichen Umbruchs bewahren oder doch zumindest wiedergewinnen, aktiv auf der Basis einer erneuerten marxistischen Theorie begründen, wo sich schon die überkommenen Mechanismen der Herrschaftssicherung einer nach dem anderen in ihrer bisherigen Fassung als unbrauchbar erweisen? Wie ist der für einen solchen Prozeß unabdingbare Freiraum offener innerparteilicher Diskussion und Meinungsbildung zu sichern, wenn sich gleichzeitig in der Bevölkerung die Erwartung schneller Lösungen zur Behebung der Wirtschaftskrise immer höher aufstaut, die sozialistischen Nachbarländer immer weniger die Substanz der Erneuerung von den für sie ketzerischen Formen ihrer Verwirklichung unterscheiden und sich endlich die Gefahr antisozialistischer Provokationen von innen und Einmischungen von außen laufend steigert?

Betrachtet man die Vielzahl der hier nur stichworthaft zusammengefaßten Schwierigkeiten, die gerade ausländischen Beobachtern der unterschiedlichsten Lager oft vorschnell als ausweglos erscheinen, dann kann sich die Bilanz der polnischen Entwicklung seit dem Sommer 1980 allen Krisenmomenten zum Trotz durchaus sehen lassen. Dabei gehört es allerdings zu den Grundbedingungen eines in seinem Ausgang noch derart offenen Experiments, daß keine Seite der letztlich nur gemeinsam auf dem Weg der Erneuerung vorankommenden

Kräfte erreichte Teilerfolge einseitig für sich reklamieren oder auch nur in ihrer ganzen Tragweite darstellen kann. Insofern gilt der von Jagielski schon bei der Unterzeichnung des Abkommens von Gdansk formulierte Satz, wonach es darin 'keine Sieger und keine Besiegte' gebe, gegenwärtig noch buchstäblicher als seinerzeit: für das Verhältnis der beiden wichtigsten Organisationen, der Partei und der 'Solidarität', sowie für das Verhältnis zwischen 'Erneuerern' und deren faktischen oder erklärten innergesellschaftlichen und außenpolitischen Gegnern, sofern die Unversehrtheit des nationalen Entscheidungsspielraums nicht zum Einsturz kommen soll. Mit dieser Einschränkung, der noch die weitere hinzuzufügen ist, daß nämlich wieder einmal trotz der Polen betreffenden Nachrichtenfülle in den westlichen Medien deren tatsächlicher Informationswert nur mit großer Unschärfe zu bestimmen ist, sind für die polnische 'Nach-August'-Bilanz vor allem die folgenden Merkmale charakteristisch.

Zunächst einmal sind es die Inhalte der in den zurückliegenden Monaten erzielten Abkommen selbst, die sich als Fundament einer gesellschaftlichen Wende ausweisen, von den bahnbrechenden 21 Punkten des Danziger Abkommens über die gerichtliche Registrierung unabhängiger Gewerkschaften, die Vereinbarungen zur schrittweisen Einführung der 5-Tage-Woche, das Abkommen zur Neuordnung des Hochschulwesens bis hin zur Einigung nach den Vorfällen von Bydgoszcz mit ihrer erweiterten Bestandsgarantie für unbehindertes gewerkschaftliches Handeln und der faktischen Anerkennung der 'Land-Solidarität'. Jede dieser Vereinbarungen, die um weitere nicht weniger wichtige Gesetzesvorhaben wie jene zur Wirtschaftsreform oder zur Einschränkung der Zensur zu ergänzen sind, hat dazu beigetragen, das Vertrauen der Bevölkerung in eine ernstzunehmende Verständigungsbereitschaft von Partei und Regierung wiederherzustellen. Gleichzeitig wird niemand behaupten können, daß sie die sozialistische Substanz der polnischen Gesellschaft auch nur in einem Punkt infrage gestellt hätten. Wesentlicher noch als der Inhalt einzelner Bestimmungen erscheint jedoch der Prozeß des Zustandekommens jener Abkommen; basierend auf den Forderungen einer authentischen Massenbewegungen, die sich zu keinem Zeitpunkt auf die Intentionen antisozialistischer Kräfte reduzieren, aus dem Rückhalt breiter Schichten der Arbeiterklasse wie der Parteimitgliedschaft ausgrenzen ließ, gelangte man im 'Dialog zwischen Polen' zu mehr als einem 'historischen Kompromiß', der immer wieder die Grundlagen des polnischen Gesellschaftssystems und seiner internationalen Einbindung mit dem Veränderungswillen der Bevölkerung vereinbar zu machen erlaubte.

Natürlich sind gesellschaftsverändernde Prozesse, in die sich wie gegenwärtig in Polen Millionen Werktätige aktiv handelnd und daraus lernend einschalten, nicht ohne Polarisierungen, krisenhafte Zuspitzungen ebenso wie Fehleinschätzungen und auch Irrtümer auf beiden Seiten denkbar. Dennoch gehört es zu den vielleicht bedeutendsten Errungenschaften der 'Nach-August-Entwicklung', daß sich in der Partei wie in der 'Solidarität' nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen massenhaften Verankerung in derselben Arbeiterklasse Führungsgruppen her-

ausbilden, die in vollem Bewußtsein ihres unterschiedlichen Standorts gleichwohl über genügend Glaubwürdigkeit und Lernfähigkeit nach innen und außen verfügen, um die Stärke zu gegenseitigen Kompromissen und Zugeständnissen aufzubringen. Für die Parteiführung um Kania, Jaruselski und Rakowski heißt das vor allem in Hinblick auf den außerordentlichen 9. Parteitag der PVAP, die gesellschaftliche Führungsaufgabe der Partei durch überzeugende Antworten auf die eingangs skizzierten Probleme neu zu begründen und zugleich den elementaren Ansprüchen der Bevölkerung auf rasche Überwindung der Versorgungskrise nachzukommen. Dies wird unvermeidlich auch zu weiteren innerparteilichen Auseinandersetzungen führen, bei denen es die Befürworter des Reformkurses mit einer hinreichenden Mehrheit für ihre 'Linie der Verständigung' auszustatten gilt. Gleichwohl sind es nicht nur taktische Rücksichten gegenüber den sozialistischen Nachbarstaaten, die es gebieten, noch die innerparteilichen Reformgegner mit in den 'Dialog unter Polen' einzubeziehen. Die Partei selbst wird nicht anders als die 'Solidarität' darauf achten müssen, die notwendigen Veränderungen ihrer politischen Praxis und deren theoretische Verarbeitung mit einer größtmöglichen Geschlossenheit zu vollziehen; gerade in dieser Fähigkeit wird sich ein großer Teil der Überzeugungskraft ihrer neuen Positionen im eigenen Land und im sozialistischen Lager ausdrücken.

Für die 'Solidarnosc' stellen sich gewissermaßen seitenverkehrt eine Reihe ähnlicher Probleme, wie die Kraftprobe nach den Vorfällen von Bydgoszcz besonders deutlich gezeigt hat. Die Bedingungen ihrer Entstehung machen unbestreitbar klar, daß die einzelnen Gliederungen der 'Solidarität' und ihre inzwischen nach Millionen zählenden Mitglieder zu einem erprobten gewerkschaftlichen Bewußtsein nur in einem buchstäblich massenhaften Lernprozeß gelangen können. Allein auf diesem Wege, der — wie keinen Moment vergessen werden darf — hunderttausende von Parteimitgliedern einschließt, wird sich im eigenen gewerkschaftlichen Interesse eine Distanzierung gegenüber antisozialistischen Zielsetzungen und das Hineinwachsen in die Rolle eines mitgestaltenden Trägers der sozialistischen Gesellschaftsordnung erreichen lassen. Die Mehrheit der Gewerkschaftsführung um Lech Walesa scheint sich inzwischen eine solche Auffassung, zu der auch die Bereitschaft zur offen ausgetragenen Auseinandersetzung mit provokatorischen und scheinradikalen Alles- oder Nichts-Positionen gehört, zu eigen gemacht zu haben. Daß sie sich allerdings widerspruchsfrei und unter Preisgabe der eben erst errungenen Unabhängigkeit durchsetzt, wird niemand erwarten können. — Welche Kraft schließlich zur Bewältigung noch der bittersten Momente der eigenen Vergangenheit aus dem Zusammengehen der großen gesellschaftlichen Organisationen zu gewinnen ist, hat sich wohl niemals deutlicher als im vergangenen Dezember bei der Einweihung der Gedenkstätten für die Opfer der Militäraktion im Jahre 1970 gezeigt. In keinem Augenblick ist eindrucksvoller die Macht des Konsenses der erdrückenden Mehrheit der polnischen Nation sichtbar geworden, niemanden aus der gemeinsamen Anstrengung des Mitwirkens am gesellschaftlichen Neuanfang zu entlassen.

Wie soll sich nach all dem die westliche Linke zur polnischen Entwicklung verhalten? — Je nach Einfluß und politischer Verankerung im eigenen Land wird sie ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten haben, offene oder verdeckte Einmischungen kapitalistischer Kreise unmöglich zu machen, wenigstens aber mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu denunzieren und damit auch für die polnische Öffentlichkeit leichter durchschaubar werden zu lassen. Erst aus diesem Kampf erwirbt sie die Legitimation, mit der gleichen Entschiedenheit gegen östliche Pressionen, durchsichtige ideologische Generalabrechnungen oder kaum verhüllte militärische Machtdemonstrationen anzugehen. Nicht zuletzt aber wird sie in den eigenen Reihen um eine sachkundige, Entstellungen und Konstruktionen vermeidende Verarbeitung der polnischen Ereignisse zu ringen haben. Dazu gehören etwa Interpretationen, die das Zustandekommen der Krise in und um Polen primär auf äußere Einmischungen statt auf innergesellschaftliche Fehlentwicklungen, die die Zuspitzung der Versorgungslage vor allem auf die Streiks der letzten 10 Monate statt auf krasse Unzulänglichkeiten der Wirtschaftsplanung vor dem August 1980 zurückführen oder die sich damit begnügen, allein die ökonomischen Ursachen der Krise zu analysieren, ohne die tiefer liegenden Probleme der Krise des bis dahin verwirklichten Typs von sozialistischer Gesellschaft zu erörtern. Noch unsinniger sind natürlich alle jene beflissenen Erklärungen, die am Beispiel der Schwierigkeiten Polens generell das Scheitern des Aufbaus sozialistischer Gesellschaftsordnungen beweisen wollen. Stattdessen sollten wir Polen als den mittlerweile vielleicht fortgeschrittensten, wenn auch noch extrem gefährdeten Versuch zu verstehen lernen, auf der Grundlage vergesellschafteter Produktionsmittel zu einer qualitativen Weiterentwicklung, ja eigentlich erst jetzt zur Konstituierung eines seinen nationalen Bedürfnissen entsprechenden Systems realer sozialistischer Demokratie zu gelangen. Wenn Polen nichts bewiese als die Möglichkeit zu einer solchen Entwicklung, es wäre bereits übergenug.

Einige Anmerkungen zu den Ereignissen in Polen

Es mangelt inzwischen nicht mehr an Informationen über die polnische Krise, und die Methoden sind vielfältig, sich der Realität anzunähern. Oft und unentwerrbar mischen sich Information und Spekulation, Meinung und Ansicht, Urteil und Hoffnung. Gemeinsam ist allerdings allen Versuchen das eine, bei dieser Gelegenheit etwas Grundsätzlicheres, Allgemeineres über den Sozialismus zu erfahren und auszusagen, über seine Realität hinaus auf seine Chancen und Perspektiven hin.

Die folgenden Anmerkungen sind lediglich einzelne Gesichtspunkte für die Annäherung an die Probleme der polnischen Krise, denen zwar eine Einschätzung, aber letzten Endes immer noch ein unabgeschlossenes Urteil zugrundeliegt.

Denn wenn sich auch die verschiedenen Elemente und gesellschaftlichen Kräfte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in immer deutlicheren Konturen herauschälen, fehlt es doch an der gründlichen historischen Aufarbeitung der Ursachen und Bedingungen der polnischen Massenstreiks von 1980, die vor falschen Verallgemeinerungen bewahren kann. Und hier liegt bereits eine der ganz sicher für uns zu ziehenden Lehren, da die Überraschung über das Ausmaß der aufgetretenen Auseinandersetzungen auf der weitgehenden Unkenntnis der polnischen Geschichte nicht nur seit 1945 beruht — woran die offizielle polnische Geschichtsschreibung nicht unschuldig ist.

Ökonomie und Massenbasis

Im Zentrum der Konflikte steht die gesellschaftliche Neuorganisation politischer und ökonomischer Interessen, die sowohl hinsichtlich ihrer allgemeinen Zielsetzung wie auch der Kräfte, die sie vertreten, zu heterogen sind, als daß man sie allein aus der ökonomischen Krise begründen und in Richtung der Forderung nach Koalitionsfreiheit und freien unabhängigen Gewerkschaften interpretieren könnte.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, die sinkende Arbeitsproduktivität, die hohe Verschuldung im Ausland, Versorgungsschwierigkeiten und Entstehung eines Schwarzmarktes, Devisenknappheit und Verschlechterung der Gesundheitsversorgung sind sichere Indikatoren für Fehler und Versäumnisse in der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Sie datieren weder aus den letzten Jahren, noch sind sie allein aus der extensiven Erweiterung der Produktion, die Polen aus einem Agrarstaat zu einem modernen Industriestaat machte, der Kluft zwischen der durch Lohnerhöhungen gestärkten Kaufkraft und dem Warenangebot oder den Preissteigerungen am Weltmarkt erklärbar. Sie sind auch nur der eine Faktor für die Massenstreiks.

Der zweifellos wesentlichere und tief in der Nachkriegsentwicklung wurzelnde

Faktor ist die Tatsache, daß Partei und Gewerkschaft offensichtlich die Verbindung mit der Mehrheit der Arbeiter verloren hatten und damit die nach Lenin entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit nicht mehr bestand (vgl. Lenin, Werke, Bd. 33, 169ff.).

Der schwierige Weg der Kommunistischen Partei

Die mangelhafte Verwurzelung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat mehrere Gründe: Da ist zunächst die nicht zu unterschätzende Machtstellung der katholischen Kirche im Lande, die nur mit der irischen oder spanischen Kirche zu vergleichen ist. Diese Macht stammt aus der Zeit der über hundertjährigen Besetzung Polens durch Preußen, Österreicher und Russen, als die Kirche zum Hort des Polentums wurde, als es geradezu zu einer patriotischen Demonstration wurde, am Gottesdienst und an den Sakramenten teilzunehmen. Bei ihrer konservativ-reaktionären und autoritären Einstellung kann die Kirche zwar hier und da praktisch mit den Kommunisten zusammenarbeiten, an ihrer grundsätzlich antikommunistischen Einstellung hält sie aber fest. Vor allem der niedere Klerus und die fanatisch gläubigen und fast schon abergläubischen Kleinbauern sehen im Kommunismus Teufelswerk.

Ein weiterer Grund liegt in der antikommunistisch-antisowjetischen Stoßrichtung Vorkriegspolens, dessen Gründer Pilsudski sich von einem Sozialdemokraten zu einem mit den Faschisten kollaborierenden Diktator entwickelte. Sein zum Chauvinismus übersteigter Nationalismus machte ihn blind für die reale Lage Zwischenkriegspolens. Er zwang die durch den Bürgerkrieg geschwächte Sowjetunion, weite, überwiegend von Weißrussen und Ukrainern bewohnte Gebiete an Polen abzutreten, und legte damit den Grund für eine tiefe Feindschaft zwischen beiden Ländern. Während die Sowjetunion zum vermeintlichen Todfeind Polens deklariert wurde, verhielten sich Pilsudski und seine Nachfolger, die Obristen, naiv gegenüber dem wahren Todfeind Polens: Noch 1938 machten die Obristen gemeinsame Sache mit Hitler, indem sie sich an der Zerschlagung der Tschechoslowakei beteiligten. — Heute kann man auf dem Sarg Pilsudskis im Krakower Königsschloß Wawel Schleife und Blumen der »Solidarität« sehen; sie hat ihrem Nationalhelden offensichtlich verziehen, daß er 1926 einen Militärputsch inszenierte, Streiks verbot und Gewerkschafter und Kommunisten ins Gefängnis werfen ließ.

Im chauvinistischen Klima konnte die Kommunistische Partei Polens nicht gedeihen. Viele ihrer Anhänger flohen in die Sowjetunion. Unter den Partisanen, die gegen die Hitlerfaschisten kämpften, bildeten die Kommunisten nur eine kleine Gruppe. Viele Kommunisten kamen nach Kriegsende aus der Sowjetunion zurück, manche nach 25 Jahren, und wurden in der Heimat feindselig als Vertreter einer fremden Macht angesehen. Auch nach dem Zusammenschluß mit der Sozialdemokratischen Partei war es nicht leicht, neue Mitglieder zu gewinnen. Insbesondere auf dem Lande gehörte schon Todesmut dazu, sich zum Kommunismus zu bekennen. Andererseits trugen die Methoden der Partei in

der Ära des Stalinismus, vor allem der Kampf gegen Kirchen und Bauern mit administrativen Mitteln, nicht dazu bei, ihre Anhängerschaft zu vergrößern.

Seit der Rückkehr Gomulkas an die Macht im Jahre 1956 versuchte die Partei, bei ihren Hauptgegnern, der Kirche, dem reaktionären Kleinbauerntum und den Resten der Vorkriegsbourgeoisie, zumindest Anerkennung, wenn nicht gar Unterstützung zu gewinnen. Man glaubte, mit Geschick erreichen zu können, daß eine mehrheitlich nicht- oder antisozialistische Bevölkerung den Sozialismus aufbaut. Dieser Kurs ist sehr erfolgreich gewesen. So ist z.B. die Absicherung der Grenzen Volkspolens ein Ereignis, das auch die katholische Kirche voll anerkennt. Auch angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere darf nicht vergessen werden, daß Polen, vor allem in der ersten Hälfte der Gierek-Führung, den Durchbruch zum Industriestaat geschafft hat. Solange die Industrialisierung mit einer Steigerung des Lebensstandards und der Sicherung der Vollbeschäftigung einherging, konnte diesem Erfolg die Anerkennung nicht versagt bleiben.

Der Gedanke, unter Verzicht auf den ideologischen Kampf dem reaktionären Katholizismus durch Industrialisierung, Volksbildung und Verstädterung die Grundlage zu entziehen, ist zunächst einleuchtend. Allerdings kann sich auch die Reaktion auf diese Entwicklung einstellen. Je schneller die Industrialisierung in Polen voranschreitet, umso stärker macht sich bemerkbar, daß die überwiegend private Landwirtschaft in der Entwicklung zurückbleibt. Sie ist ein Faustpfand in den Händen der Reaktion. Mit zunehmender Industrialisierung wird die Subventionslast zur Stützung der unrentablen Landwirtschaft für den Staat immer unerträglicher. Aber alle Versuche, die Preise der Nahrungsmittel kostendeckend zu gestalten, scheitern. Die vom Verbraucher gezahlten Preise liegen schließlich im Schnitt um ein Drittel unter den kostendeckenden Preisen. Immer mehr staatliche Finanzmittel werden zur Stützung des landwirtschaftlichen Rückschritts statt zur Förderung des industriellen Fortschritts eingesetzt.

In der Krise erweist sich, daß der Verzicht auf den ideologischen Kampf falsch war. Wenn Partei und Gewerkschaften ganz auf den wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet sind, fehlt jede Auffangstellung, wenn der Erfolg ausbleibt. Partei und Gewerkschaften wurden zu bloßen Vollzugsorganen des industriellen Fortschritts, statt daß Kritik an der forcierten Industrialisierung und Solidarität mit den Benachteiligten oder Opfern dieser Entwicklung zugelassen worden wären. Die unbedingte Bindung der technokratischen Karriere an die Mitgliedschaft in der Partei würdigt das Parteibuch zu einem käuflichen Eintrittsbillet in die »rote Bourgeoisie« herab. Karrierismus und Opportunismus machen sich breit — es wird offenbar, wie sehr in den Gewerkschaften wirkliche Vertreter von Arbeiterinteressen und in der Partei wirkliche Kämpfer fehlen.

Die Konsequenzen der Fehler

Dies wird desto konkreter, je näher man sich den Bedingungen und Gründen für die Entstehung der Bewegung »Solidarität« nähert. Gerade die Vielzahl der ideologisch heterogenen Strömungen, die sich in ihr vereinen, deutet darauf hin,

daß nicht so sehr eine gemeinsame politisch programmatische Zielsetzung das einigende Band dieser Massenbewegung ist, sondern vielmehr die Kritik an Mißständen in Partei, Gewerkschaft und Staatsführung.

Funktionäre auf verschiedenen Ebenen der Partei- und Staatsverwaltung hatten es immer wieder verstanden, sich ungerechtfertigte Vergünstigungen zu verschaffen, zum Teil auf illegale Weise. Damit dürfte auch zusammenhängen, daß in diesen Monaten der Begriff »ehrlich« eine moralische Kategorie von hohem Kurswert in Polen geworden ist.

Schließlich wurden die im Gefolge der Unruhen von 1970 und 1976 ausgehandelten Zusagen der Staatsführung nicht eingehalten, Proteste eher repressiv unterdrückt. Es fand keine wirkliche Diskussion zwischen Parteikadern und Arbeiterschaft statt, auch die Gewerkschaften versagten in dieser Hinsicht. Ebenso wenig wurden die schon nach 1970 entstehenden oppositionellen Gruppen und lokalen Vorformen unabhängiger Gewerkschaften beachtet und ernstgenommen.

Der Alltag der Ökonomie

Wer heute Polen besucht, stößt überall auf eine Anzahl der schwierigsten wirtschaftlichen Probleme, die überwiegend gesellschaftlich, teilweise aber auch natürliche Ursachen haben.

Zu erwähnen sind einmal die schlechten Ernten (Kartoffeln, Zuckerrüben) der letzten drei Jahre. Es herrscht akuter Kartoffelmangel, der die Schweinezucht und den Export beeinträchtigt. Zucker, bislang ebenfalls Exportgut, muß mittlerweile importiert werden und ist seit April 81 rationiert. In der Kohleförderung führten Streiks, Arbeitspausen und Arbeitszeitverkürzung (auf 37 1/2 Stunden) zu einer erheblichen Bilanzverschlechterung von durchschnittlich 200 Mio t jährlich (Export: 40 bis 50 Mio t) auf ein für 1981 geschätztes Fördervolumen von 155 bis 160 Mio t.

Eine zu zügig vorangetriebene Industrialisierungspolitik in den siebziger Jahren modernisierte ca. zwei Drittel der Industrie und schuf 2,2 Mio Arbeitsplätze neu. Dabei kam es durch Fehleinschätzungen und kaum vorhersehbare Entwicklungen zu einer Reihe von Problemen: Die Möglichkeiten des einheimischen Bau- und Transportwesens wurden falsch eingeschätzt, die Explosion der Rohstoffpreise nicht vorhergesehen; zwei Drittel der Investitionen wurden über ausländische Kredite finanziert, bezüglich der Rückzahlungsmöglichkeiten verrechnete man sich jedoch beträchtlich. Die vor allem aus dem Kreis um Gierек und dem traditionsreichen Bergbauggebiet um Katowice entstammenden Wirtschaftsplaner übertrugen die von der dortigen Arbeiterschaft gewohnte Arbeitsdisziplin und -moral auf die neu entstehende Industriearbeiterschaft im übrigen Land; hierbei handelte es sich jedoch überwiegend um junge Facharbeiter, die vom Dorf kamen und keine Erfahrung mit kollektiver Arbeitsdisziplin besaßen. Die gestiegenen Ansprüche einer jungen Industriearbeiterschaft, die im sozialistischen Nachkriegspolen im Zustand relativer materieller Sicherheit groß gewor-

den war, weigerte sich, die Verschlechterung des Lebensstandards sowie nicht vermittelte Preiserhöhungen zu akzeptieren. Preise sind in Polen mittlerweile keine nur wirtschaftliche Kategorie mehr, sondern eine politische. Schließlich erlebte die Bevölkerung, daß trotz harter Arbeit sich die Versorgungssituation verschlechterte und mit technischen Anlagen nachlässig umgegangen wurde.

Diese Versorgungsschwierigkeiten sind zu einem großen Teil der ineffizienten privaten Landwirtschaft anzulasten, die zu einem volkswirtschaftlich unsinnig hohen Anteil (75%) aus kleinen Bauern (drei bis fünf Hektar) besteht. Diese 3,2 Mio Bauern machen zwar ein Drittel aller Produzenten aus, erzeugen aber nur 13% des Nationaleinkommens. Zwar wurde 1946 durch Volksabstimmung eine tiefgreifende Bodenreform beschlossen und Land an Arbeitslose verteilt. Die Kollektivierung mußte aber schon bald aus Mangel an modernen Maschinen und wegen Organisationsfehlern rückgängig gemacht werden. Diese negative Erfahrung lastet als schwer zu überwindende Hypothek auf allen zukünftigen Kollektivierungsplänen.

»Solidarität« und Pluralismus

Die in der BRD fast uneingeschränkte Begrüßung der Gewerkschaftsbewegung »Solidarität«, ihres »Pluralismus« und ihrer »Unabhängigkeit«, ihre Ausdehnung auf Studenten und Bauern, ist von einem Standpunkt aus, der die Einheitsgewerkschaft bejaht, nicht unproblematisch. Zumindest darf bei dem Ziel, die alte Gewerkschaft zu erneuern, eventuell sogar zu ersetzen, eine genauere Betrachtung der Kräfte nicht vergessen werden, die sich diese Aufgabe vorgenommen haben.

Zu ihnen zählen zunächst die Mitglieder der alten Gewerkschaften, die mit der Zentrale unzufrieden waren. Diese Unzufriedenheit brauchte nicht mit konkreten Mängeln am Arbeitsplatz zusammenzuhängen, sie richtete sich oft gegen Versäumnisse in der Durchsetzung der Politik von Partei und Gewerkschaft insgesamt. Zu den Kritikern der alten Gewerkschaften gehören auch Mitglieder der Kommunistischen Partei: Ca. 1 Mio der 3 Mio KP-Mitglieder sind mittlerweile zusätzlich in der »Solidarität« organisiert. Derzeit gibt es in der Kommunistischen Partei eine Basisbewegung für eine nicht mehr umkehrbare, radikale Demokratisierung von Partei und Gewerkschaft.

Zum anderen sind es die katholischen Arbeiter, die ihre Arbeit durchaus mit dem Ziel einer christlich-demokratischen Partei verbinden. Unter ihnen finden sich viele strenggläubige Katholiken mit teilweise konservativer bis faschistischer Staatsperspektive. Die zentrale Figur dieses katholischen Flügels ist Walesa, in dessen zahlreichen Interviews solche Sätze wie die folgenden durchaus keine Fremdkörper sind: »Ich mag Reagan. Ich mag ihn sehr. Ich hoffe nur, daß er sich nicht ändert.« (Stern 3/1981) Die Kirche selbst übt einen eher mäßigen Einfluß auf »Solidarität« aus. Ihre Ziele sind ohne Zweifel antikommunistisch, allerdings langfristiger angelegt als beim KOR.

Das KOR ist von Intellektuellen im Jahre 1976 gegründet worden, um die Ver-

teidigung der Arbeiter zu organisieren, die bei den Unruhen in Radom und Ursus Straftaten begangen hatten. Nach der Amnestierung aller verurteilten Arbeiter suchte sich das KOR einen neuen Aufgabenbereich und nannte sich seit 1977 »Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung« (KSS), doch ist sein altes Kürzel KOR bis heute sehr viel bekannter. Das KOR versucht, ein breites Spektrum der Opposition zu vertreten, und hat daher u.a. ehemalige Pilsudski-Anhänger und ehemalige Kommunisten in seinen Reihen. Das KOR selbst wie auch die Regierung versuchen, die Bedeutung der Mitgliederzahl herunterzuspielen, doch wird man von mehr als tausend Mitgliedern ausgehen müssen. Das KOR hat bei der Vorbereitung der Arbeiterstreiks im Sommer 1980 eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt: Die programmatischen Forderungen der »Solidarität«, ihre publizistische Unterstützung und ihre Organisation sind ohne den Rat des KOR nicht denkbar. Deshalb ist das KOR im Beratergremium der »Solidarität« ebenso stark vertreten wie die katholische Kirche, die wiederum bei der Vorbereitung der Bewegung keine vergleichbare Rolle gespielt hat.

Der offizielle Sprecher des Beratergremiums war bis vor kurzem Karol Modzelewski, ein führender KOR-Mann. Zusammen mit Kuron und Michnik bildet er den ideologischen Kern des KOR. Kuron und Modzelewski waren es, die schon 1965 einen »Offenen Brief an die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei« verfaßten, der unter dem Titel »Monopolsozialismus« seinerzeit auch in der BRD veröffentlicht wurde. Diesen offenen Brief bezeichnete 1969 Arnold Künzli in der Frankfurter Rundschau als ein »Dokument, das an der Seite der Aufrufe der Matrosen von Kronstadt, der anarchistischen Kritik an Marx, Lenin und den Bolschewisten, der Oppositionsschriften Rosa Luxemburgs gegen Lenin, der trotzkistischen Kritik an Stalin, Djilas' Theorie der neuen Klasse und so mancher anderer Dokumente des Widerstandes gegen eine verratene Revolution in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen wird« (FR vm 6.5.1969).

Viele der damals erhobenen Forderungen sind heute Programmpunkte der »Solidarität«: Abschaffung der Zensur, Zusammenarbeit mit der Bauernschaft, ständige Kontrolle der Verwaltung. Neu ist heute die Forderung nach Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, um die sich besonders Michnik bemüht, und die positive Bewertung der westlichen Demokratie. Durchgehende Linie ist die Feindschaft zur Sowjetunion. Entscheidendes außenpolitisches Ziel ist heute die Herauslösung Polens aus dem Warschauer Pakt und die Schaffung eines neutralen Status nach dem Muster Finnlands. Innenpolitisches Hauptziel ist die Demokratie und der Pluralismus. Kuron sah in einem Gespräch mit der »Welt« (16.8.1980) »als Endziel für Polen Pluralismus, ein nichtkommunistisches, jedenfalls aber nichtsovetisches Gesellschaftssystem. Er sei, so sagte er ... auch für die Wiedervereinigung Deutschlands —, denn wenn Deutschland wiedervereinigt werde, dann habe Polen endlich eine gemeinsame Grenze mit einem nichtkommunistischen, demokratischen Land, und das würde vieles leichter machen, auch in der inneren Entwicklung«.

Leszek Kolakowski, in England lehrender Bewunderer des Papstes, der sich

als ein Vorposten des KOR im Westen fühlt, geht sogar so weit, dem Westen das Studium der polnischen Bewegung zu empfehlen, um nach diesem Muster eine Strategie zu entwickeln, »die geeignet ist, die allmähliche innere Abnutzung des Sowjetsystems mit friedlichen Mitteln zu fördern« (Grube, Richter: Der Freiheitskampf der Polen, Hamburg 1981, S.249).

Schließlich ist auch die Gruppe DIP (»Erfahrung und Zukunft«) von gewisser Bedeutung. Dies ist eine Intellektuellengruppe, zum Teil im ZK der Partei vertreten. Die von DIP 1978 und 1980 vorgelegten Vorschläge zur Erneuerung Polens lesen sich teilweise wie ein Drehbuch für die seit dem letzten Jahr ablaufenden Aktivitäten von »Solidarität«. Inhaltlich werden von DIP Positionen vertreten, die auf eine Einführung von Elementen bürgerlich-parlamentarischer Wirtschafts- und Staatsformen abzielen. Hier decken sie sich mit den Positionen des KOR, welches insoweit von der Ablehnung des westlichen Parlamentarismus, wie sie Kuron und Modzelewski in ihrem Offenen Brief an die Partei 1965 noch vertreten haben, abgerückt ist.

Welchen Einfluß darüber hinaus manche andere Gruppierung auf die »Solidarität« hat, mag der Rechtsberater Walesas, Tadeusz Mazowiecki, langjähriger Chefredakteur der katholischen Monatsschrift »Wież« verdeutlichen. Er ist führendes Mitglied der »Znak-Gruppe« katholischer Intellektueller, die sich immer in einem wechselseitigen Einverständnis mit dem Krakower Kardinal Woityla befunden hat. Mazowiecki öffnete seine Zeitschrift den KOR-Leuten, die »... im Krakower Metropoliten (Woityla) einen zuverlässigen Freund und Beschützer fanden« (Michnik, in: Spiegel, 23.10.1978). — »Solidarität« hat z.Zt. ca. sieben bis zehn Mio Mitglieder (bei 13 Mio Erwerbstätigen in der Volksrepublik Polen), sie ist wahrlich eine Massenbewegung. Gemeinsam ist vielen Mitgliedern, daß sie keinesfalls antisozialistisch eingestellt sind, aber mißtrauisch gegenüber jedem Zentralismus. Die Kräfteentwicklung der stark heterogenen Strömungen innerhalb dieser Bewegung einzuschätzen, ist derzeit kaum möglich. Sicher ist nur, daß immer wieder die KOR-Mitarbeiter für eine Strategie der unmittelbaren Konflikte und Konfrontation mit Partei und Staatsführung votieren.

Eines der Hauptergebnisse des jetzigen Gewerkschaftspluralismus ist, daß in manchen Betrieben drei verschiedene Arten von Gewerkschaften aktiv sind. Statt der bisherigen 23 Branchengewerkschaften gibt es die »unabhängige und sich selbst verwaltende Gewerkschaft Solidarität«, aufgeteilt in relativ autonome Regionalkomitees (Ablösung des Branchen- durch das Regionalprinzip). Innerhalb der Regionalorganisation gibt es Branchensektionen, die aber — im Gegensatz zu den alten Branchengewerkschaften — nicht selbständig sind (zum Vergleich: Eine GEW-Landesorganisation müßte sich bei dieser Organisationsstruktur Aktivitäten, Demonstrationen usw. jeweils vom DGB-Bezirk genehmigen lassen). Darüber hinaus bestehen ca. 40 autonome Gewerkschaften mit 800000 Mitgliedern, u.a. für Versicherungs- und Bankangestellte, Fluglotsen, leitende Wirtschaftskader sowie Branchengewerkschaften mit ca. 3 bis 4 Mio Mitgliedern.

Zur weiteren Entwicklung

So notwendig diese Gewerkschaftsstrukturen in einer Zwischenphase zur Überwindung der alten verfahrenen Politik sein mögen, so sehr können sie sich als Schwäche herausstellen, wenn es nicht gelingt, zum einen die Vielfalt der Organisationen und damit auch den Einfluß von Sonderinteressen durch eine einheitliche Vertretung der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation zu überwinden und zum anderen die gegenwärtige Kluft und Opposition zur Partei in das für die sozialistische Entwicklung notwendige Verhältnis der Unterstützung zu verwandeln. Denn das gegenwärtige Grundproblem, die mangelnde Verbindung zu den Arbeitermassen und deren zerstörtes Vertrauen zur Führung ist nicht das alleinige Problem der Partei und wird nicht dadurch gelöst, daß sich die Gewerkschaft als Gegenmacht zur Doppelherrschaft aufbaut (dies scheint allerdings das Konzept der KOR-Mitarbeiter zu sein, wie es aus ihren zahlreichen Interviews u.a. im Spiegel vom 15. und 29.12.1980 hervorgeht).

Es ist zur Zeit zu früh, im einzelnen über die Reform der Wirtschaft in Polen zu spekulieren. Der Grundzug ist klar: Es wird eine Stärkung der Betriebe gegenüber dem Industrieministerium geben. Befreit von der Erstellung und der Kontrolle von vielen Plandetails wird sich die Zentrale ihrer Hauptaufgabe widmen können. Dazu kommt die Überwindung der Fehler der Gierek-Ära, der Abbau der Verschuldung gegenüber dem Ausland, die Eindämmung der durch Ereignisse des Sommers 1980 gewaltig angeheizten Inflation und die Überwindung des landwirtschaftlichen Produktionstiefs.

Entscheidend kommt es darauf an, die »Solidarität« in die zentrale Planabstimmung zu integrieren, dort wo die Entscheidungen über Konsum und Investition fallen. Vielleicht gelingt der »Solidarität« und der neuen »Land-Solidarität« das, was der Regierung bisher mißlungen ist, nämlich Bauern und Verbraucher an einen Tisch zu bringen und einander klarzumachen, daß die exorbitanten Kosten der privaten Landwirtschaft in Polen entweder vom Verbraucher in Form gewaltig steigender Preise aufzubringen sind oder zu einer Umgestaltung der Landwirtschaft führen müssen.

In große Schwierigkeiten dürfte die »Solidarität« allerdings geraten, wenn es darum geht, ihren Mitgliedern die Folgen des von ihr erzwungenen neuen Wirtschaftskurses zu erklären. Ein Grund für die forcierte Investitionspolitik der Gierek-Gruppe war die Sorge um die Vollbeschäftigung in Polen, die Sorge um die weitere Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Der von der »Solidarität« erzwungene Abbruch dieser Investitionspolitik, die Hinwendung zur Förderung des Konsums und der Landwirtschaft, wird in Polen zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit führen.

NEU!

Schulung

**Zur Kritik
der Politischen Ökonomie**

Herausgegeben von SOVEC-Göttingen

Bestellungen an:

**SOVEC-Versand
Heckerstraße 38
3500 Kassel**

DM 7,00 und DM 1,00 Porto

Uwe Kremer

Das Konzept des »Dritten Weges zum Sozialismus« am Beispiel der Göttinger Thesen*

1. Einleitung

Nachdem bei den Jungsozialisten ein jahrelanger Niedergang der Diskussion um die Strategie zur Überwindung des Kapitalismus zu verzeichnen war, liegen heute zwei umfangreiche Konzepte — die *Herforder Thesen (1980)* und die *Göttinger Thesen II* — vor, deren gemeinsamer Anspruch darin besteht, auf der Grundlage der marxistischen Theorie das Konzept eines zugleich demokratischen und revolutionären Weges zum Sozialismus in der BRD zu entwickeln.

Drei Gründe sind für diesen »programmatischen Schub« in der Juso-Diskussion maßgeblich. *Zum einen* hat die ökonomisch-soziale Entwicklung der BRD die Grundbestandteile der marxistischen Theorie in ihrer ungebrochenen Gültigkeit eindrucksvoll bestätigt. Dies gilt angesichts der zunehmenden Zerrüttung des ökonomischen Gefüges der BRD sowohl für die Marx'sche Kapitalismusanalyse und Krisentheorie als auch für die Grundaussagen der marxistischen Staatstheorie — angesichts der aktuell hervortretenden Abhängigkeit des Staates vom kapitalistischen Akkumulationsprozeß. Dies gilt auch für die marxistische Auffassung vom Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung, Klassenlage und Bewußtseinsentwicklung (materialistische Bewußtseinstheorie) — angesichts der Zuspitzung der gesellschaftlichen Antagonismen in Klasenauseinandersetzungen bzw. neuen sozialen Bewegungen. Und dies gilt angesichts der gegenwärtigen Diskussionen und Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um den künftigen Kurs der Arbeiterbewegung schließlich für die marxistische Gewerkschaftstheorie (Stichworte: Gewerkschaften als unmittelbarster Ausdruck der Klassenbewegung; »Doppelfunktion« der Gewerkschaften).

Zum zweiten verweist die ökonomisch-soziale Entwicklung auf die Notwendigkeit, auf der Grundlage der marxistischen Theorie das Neue am heutigen Kapitalismus aufzuarbeiten und damit den Bezug zu den Strategiediskussionen in der westeuropäische Arbeiterbewegung — hier vor allem zum »Eurokommunismus« — herzustellen. Diese Diskussion, die sich zentral um das *Verhältnis der Klassen zueinander* im Übergang zum Sozialismus, um die Durchsetzung einer *neuen ökonomischen Logik* und um das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus und damit auch um die *Staatsfrage* dreht, hat die Entwicklung sowohl der *Herforder* als auch der *Göttinger Thesen* maßgeblich beflügelt.

Zum dritten ist das bei den Jungsozialisten früher bestimmende Mehrheitskonzept allseitig gescheitert. Dieses Konzept sah den Sozialismus als Ergebnis einer Anhäufung von Reformen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen und umgekehrt jede Reform, die den Entscheidungsspielraum des Kapitals be-

* Referat auf der Unterbezirkskonferenz der Münchener Jungsozialisten am 10.12.1980.

schränkt, als ein Stück Sozialismus an. Dementsprechend setzte man weitgehend auf eine Radikalisierung der Ansätze sozialdemokratischer Reformpolitik Anfang der 70er Jahre, was mit einer entsprechenden übermäßigen Fixierung auf SPD und Staat verbunden war. Grundlage dieses Konzepts der »antikapitalistischen Strukturreformen« war die ökonomische Prosperität des BRD-Kapitalismus als Bedingung für eine Ausweitung staatlicher Reformpolitik. Dieses klassisch-reformistische Konzept ist in der Krise 1974/75 und der Wende in der Regierungspolitik also offenkundig gescheitert — mit der Konsequenz eines rapiden theoretischen Verfalls des Juso-Reformismus und des Entstehens eines theoretisch-programmatischen »Vakuums« im Juso-Verband.

Wenn im folgenden das strategische Konzept der *Göttinger Thesen* in seinen Perspektiven und Problemen nachgezeichnet wird, so darf der strukturierende, programmatische Begriff des »dritten Weges zum Sozialismus« nicht mit dem »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus verwechselt werden. Vielmehr beinhaltet dieser Begriff sowohl eine Abgrenzung zum sozialdemokratischen Reformismus als auch zu leninistischen Konzepten innerhalb des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung. Zum anderen unterstellt diese Begriffswahl keineswegs, daß in Westeuropa sozusagen drei Wahlmöglichkeiten für den Übergang zum Sozialismus gegeben sind. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß der »Dritte Weg« zugleich der einzig gangbare ist unter den in Westeuropa vorherrschenden ökonomischen sozialen und politischen Bedingungen.

2. Politische Rahmenkonzeption in den »Göttinger Thesen«

Marxistische Strategiekonzepte zeichnen sich grundsätzlich durch ihren massenpolitischen Ausgangspunkt aus. Sie beziehen sich auf das Handeln von Menschen als Handeln von Klassen, auf die Interessen von Menschen als Klasseninteressen. Dieser Hinweis ist außerordentlich wichtig angesichts der Bedeutung, die Faktoren wie individuelle Betroffenheit und private Interessen im politischen Denken der Jungsozialisten gewonnen haben. Wir als Marxisten beharren auf unserer Auffassung, daß diese Faktoren zwar wichtige Ansatzpunkte unserer tagtäglichen Praxis darstellen, aber nicht den zentralen Bezugspunkt sozialistischer Strategie darstellen. Hierdurch unterscheiden wir uns von jenen, die klassenpolitisch angelegten Konzepten vorwerfen, das Individuum zu vernachlässigen, mit dogmatisch gesetzten Kategorien zu hantieren usw.

2.1. Der »Neue soziale Block« und die »Neue politische Formation«

Ohne auf die Klassenanalyse, eine notwendige Voraussetzung jeder klassenpolitisch angelegten Strategie, näher einzugehen, soll im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen das klassenpolitische Bündiskonzept als wesentlicher Bestandteil einer solchen Strategie stehen.

Die Herausbildung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln in der Arbeiterklasse wurden schon in den *Göttinger Thesen I* behandelt. Für die *Göttinger*

Thesen II stellte sich nun die Frage: Wie sieht es mit den anderen nicht-bourgeois Schichten aus? Welches Verhalten hat die Arbeiterbewegung ihnen gegenüber an den Tag zu legen? Wie kann klassenpolitische Bündniskonstellation aussehen?

Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei zum einen auf die traditionellen Mittelschichten, zum anderen auf die Staatsbeschäftigten, als die lohnabhängigen Mittelschichten. Für Perspektiven der Bündnispolitik in den *Göttinger Thesen* sind zwei Punkte zentral:

1. Nach der Auffassung der »Göttinger« ist das leninistische Bündnis Konzept gegenüber einem stark ausgeprägten Kleinbürgertum bzw. der Bauernschaft auf die neuen, d.h. lohnabhängigen Mittelschichten nicht anwendbar. Denn dieses Konzept habe auf der Annahme basiert, daß die traditionellen Mittelschichten kein eigenes prinzipielles Interesse am Sozialismus entwickeln können und sie daher in erster Linie als Objekt der machtpolitischen Taktik zur Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterpartei, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats angesehen werden müßten.

Die *Göttinger Thesen* hingegen betonen vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der lohnabhängigen Mittelschichten und des Zusammenschumpfens der traditionellen Mittelklassen, daß sich die lohnabhängigen Mittelschichten in ihrer Klassenlage an die Arbeiterklasse annähern, daß sie ihr Interesse am Sozialismus aktiv formulieren können und die Verallgemeinerung der Interessen von Arbeiterklasse und lohnabhängigen Mittelschichten über ein *sozialistisches* Programm möglich sei. Daher verbiete sich eine machtpolitische »Überrumpelungstaktik« gegenüber dieser sozialen Gruppierung. Vielmehr wird die Konstituierung eines »Neuen sozialen Blocks« angestrebt, dessen Kern das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen Mittelschichten darstellt. In diesem Zusammenhang wird die zentrale Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung bei der Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Interessen *aller* Lohnabhängigen hervorgehoben.

2. Die *Göttinger Thesen* lehnen ein Konzept ökonomischer Zugeständnisse gegenüber verbündeten Schichten und Klassen ab, da zum einen der ökonomische Spielraum dafür nicht gegeben, zum anderen das wirkliche Interesse der verbündeten sozialen Gruppen am Sozialismus zentral sei. Es gehe also um die aktive politische Teilnahme dieser Schichten im Übergangsprozeß und nicht darum, sie »einzukaufen«. Die *Göttinger Thesen* lehnen daher eine antimonopolistische Bündnisstrategie, die auf einer Um- und Rückverteilung von Monopolprofiten basiert, ab. Der »Neue soziale Block« (NSB), der sich aus der Arbeiterklasse, den lohnabhängigen Mittelschichten und Teilen der traditionellen Mittelklassen zusammensetzen soll, setzt die Existenz eines positiven politischen Konsenses und die Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen der materiellen Opfer, die der sozialistische Ausweg aus der kapitalistischen Krise fordern wird, voraus.

Eine Leerstelle der *Göttinger Thesen* besteht dort, wo das politische Interesse der traditionellen Mittelschichten am Sozialismus nicht nachgewiesen wird.

Trotzdem soll eine Einbeziehung möglichst großer Teile dieses sozialen Sektors in den NSB erreicht werden. Wie kann dies funktionieren? — Die Göttinger Thesen landen schließlich wieder bei der von ihnen kritisierten klassischen Bündniskonzeption, indem sie den traditionellen Mittelklassen ökonomisch-rechtliche Garantie (Eigentumsgarantie, Garantie eines ausreichenden Profits) versprechen. An dieser Stelle wird deutlich, daß die ziemlich harsche Abgrenzung gegenüber dem »antimonopolistischen Bündnis« nicht ganz nachvollziehbar ist, da die Anhänger dieser Konzeption die Bündnisfrage hinsichtlich der lohnabhängigen Mittelschichten vermutlich ähnlich einschätzen würden wie die »Göttinger« und die Bündnisfrage hinsichtlich der traditionellen Mittelklassen in den Thesen keineswegs »gelöst« ist. Die Absage an eine leninistische Bündniskonzeption ergibt sich aber — unabhängig vom NSB-Konzept — schon aus der Umwälzung der Klassenstruktur in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

Wie schlägt sich das NSB-Konzept auf politischer Ebene nieder? — Hier wird die Herausbildung einer »neuen politischen Formation« für notwendig gehalten, bei der es um diejenigen politischen Kräfte geht, die sich zur Bildung einer sozialistischen Regierung zusammenschließen. In diesem Zusammenhang werden — ausgehend von der heutigen politischen Landschaft — drei Gruppierungen hervorgehoben:

1. Als maßgeblichster Faktor die Sozialdemokratie, deren Bedeutung und Veränderungsperspektiven schon in den Göttinger Thesen I behandelt wurden.

2. Die christlich bzw. unionsorientierten Teile der Lohnabhängigen, bei denen es sich in erster Linie um un- und angelernte Arbeiter in kaum oder spät industrialisierten Gebieten, um staturhöhere Lohnabhängige und um die Reste der katholischen Arbeiterbewegung in Industriegebieten handelt. Gegenüber diesen Teilen muß eine differenzierte Strategie entwickelt werden, die den Abbau korporativistischer Interessen, die Anhebung des Lebens- und Arbeitsniveaus von un- und angelernten Arbeitern und die vorbehaltlose Akzeptierung des christlichen Flügels der Arbeiterbewegung zum Ziel hat. Hieran wird schon die Bedeutung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung einer solchen Strategie deutlich. Gegenüber vielen Mißverständnissen sei an dieser Stelle betont, daß es natürlich nicht um eine Überschätzung der »Christlichen« in der BRD gehen kann. Jedoch lassen sich auch schon heute in christlichen Jugendorganisationen und ebenfalls in den Sozialausschüssen der CDU Ansatzpunkte finden für eine Strategie, die davon ausgeht, daß zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen auf breiter demokratischer Grundlage auch eine Unterstützung aus diesem Bereich unbedingt notwendig sein wird.

3. Schließlich ist auf das Spektrum links von der SPD zu verweisen, wobei sich die konkreten Aussagen in den »Thesen« allerdings weitgehend darauf beschränken, der DKP eine realistische Perspektive abzusprechen und die Zersplitterung linkssozialistischer Kräfte festzustellen. Dieser Zustand der Zersplitterung und Isolierung vor allem der eurokommunistisch und linkssozialistisch orientierten Linken außerhalb der SPD liegt aber keineswegs im Interesse marxi-

stischer Sozialdemokraten, da dadurch die Durchsetzungskraft für sozialistisch-marxistische Positionen hier und heute, aber auch in einer zukünftigen »neuen politischen Formation« geschwächt wird. Als wesentlicher Bestandteil des Konzepts einer »neuen politischen Formation« wird schließlich der politische Pluralismus angesehen, der notwendig sei, um die Repräsentanz unterschiedlicher Bewußtseinsformen und um einen offenen Diskussionsprozeß zu gewährleisten.

Zum einen ist hier die Darstellung der Entwicklungsperspektive der Linken außerhalb der SPD insofern problematisch, als keine Vermittlung zur inneren SPD-Entwicklung, z.B. möglichen Spaltungsprozessen und Abwanderungen nach »links«, vorgenommen wird. Nur im Rahmen dieses Vermittlungsverhältnisses läßt sich aber m.E. überhaupt eine Perspektive für die Linke außerhalb der SPD denken.

Zum anderen bleibt die Vermittlung zwischen der sozialen (NSB) und der politischen Seite (neue politische Formation) der Bündniskonzeption in den *Thesen* sehr ungenügend. Klassenpolitisch indifferente Organisationen und Bewegungen wie Kirchen, Bürgerinitiativen, Frauen- und Ökologiebewegung werden in dem Bündniskonzept so gut wie überhaupt nicht berücksichtigt. Auch wenn darauf bestanden werden muß, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen den sozialen bzw. politischen Kern eines marxistisch inspirierten Bündniskonzeptes darstellen, müssen die genannten Organisationen und Bewegungen in ein umfassenderes Bündniskonzept als der vorliegenden Kombination von NSB und neuer politischer Formation einbezogen werden. *Zum dritten* wird der »politische Pluralismus« zu sehr auf ein reines Postulat beschränkt. Auf jeden Fall werden Probleme im Zusammenhang mit dem Konzept des Pluralismus nicht genannt, daher auch keine Ansätze ihrer Bewältigung:

- Inwieweit führt ein uferloser Pluralismus nicht zur Lähmung der politischen Handlungsfähigkeit in Phasen verschärfter Klassenauseinandersetzungen?
- Wie vermittelt sich das Pluralismus-Postulat mit unserem Eintreten für ein möglichst einheitliches und geschlossenes Handeln der Arbeiterbewegung?
- Inwieweit steht das Pluralismus-Gebot einem ideologischen Führungsanspruch von Marxisten entgegen?
- Ist ein Übergang zum Sozialismus überhaupt möglich, wenn der wissenschaftliche Sozialismus nicht zur maßgebenden Handlungsanleitung innerhalb der systemüberwindenden Kräfte geworden ist?

2.2. Der Weg der Machtterringung

Die Ausführungen der *Göttinger Thesen* zum »Weg der Machtterringung« beginnen mit einer erneuten Abgrenzung vom leninistischen Machtkonzept: In diesem Konzept werde »Macht« weitestgehend als institutionelle Macht, die Eroberung von Macht konsequenterweise als Eroberung von Positionen im Staatsapparat bzw. seinen repressiven Organen begriffen. Demzufolge gehe dieses Konzept von der Zuspitzung des Klassenkampfes zu einer Totalkonfrontation aus, die durch den revolutionären Umsturz entschieden werden müsse. Das nach Le-

nin entwickelte Konzept einer parlamentarisch-demokratischen Eroberung der Regierungsmacht über 51% der Wählerstimmen als Vorphase des revolutionären Umsturzes wird in den *Thesen* lediglich als Variante der alten leninistischen Strategie angesehen.

Die »Göttinger« begreifen »Macht« hingegen stärker im Sinne von politisch-ideologischer Hegemonie, die Machteroberung daher stärker als Zersetzung der bürgerlichen Hegemonie bzw. des »Basiskonsenses« in der BRD. Angestrebt wird die Herausbildung eines hegemonialen Konsenses zwischen Arbeiterklasse und lohnabhängigen Mittelschichten. Dabei wird eine führende Rolle der Arbeiterklasse zwar im Prinzip bejaht, eine Diktatur über andere Schichten aber klar abgelehnt. »Pluralismus« und »Konsensbildung« sind also in den *Göttinger Thesen* offenbar konzeptionell zusammengehörige Momente der Übergangstrategie. Auf diesem Wege erhofft man sich letztlich die Schaffung optimaler Voraussetzungen zur Erringung auch institutioneller Macht in den westeuropäischen Ländern.

Welche Rolle spielen in diesem Konzept nun die Marxisten? — *Allgemein* gilt die Aussage des »Kommunistischen Manifests«, daß sie »praktisch der entscheidende, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder« sind und »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus« haben. *Konkret* heißt das heute für die *Göttinger Thesen*, daß die Marxisten fähig sein müssen, die Herausbildung eines NSB und des damit notwendig verbundenen hegemonialen Konsenses voranzutreiben. Es geht aber nicht mehr um die Herstellung der Vorherrschaft *der* revolutionären Partei. Die Sammlung von Marxisten in *einer*, nämlich der revolutionären Partei ist nicht mehr notwendig. Der Pluralismus marxistischer Positionen in Theorie und Praxis ist zu gewährleisten. Die Vorstellung von einer Führungsrolle der Arbeiterpartei gegenüber den Gewerkschaften muß aufgegeben werden. Die Gewerkschaften werden als Grundlage und Klammer des politischen Bündnisses angesehen: Politischer Pluralismus und Konsensbildung stellen nach Auffassung der »Göttinger« unverzichtbare Momente einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik dar (vgl. die Gewerkschaftsdebatte bei den Jusos 1979).

Diese — m.E. richtigen — Grundpositionen werfen dennoch eine Reihe von Problemen auf:

1. Müssen Marxisten nicht auch innerhalb von NSB und neuer politischer Formation um die ideologische Vorherrschaft kämpfen, d.h. den Kampf um Klarheit über den Gang und die Resultate des Übergangsprozesses führen? Ich halte den ideologischen Führungsanspruch der Marxisten für unverzichtbar. Dies gilt erst recht dann, wenn man auf einen administrativen Führungsanspruch korrekterweise verzichtet.

2. In den Thesen steht:

»Auch nach der Regierungsübernahme durch eine neue politische Formation ist kein rasches Ende des Übergangsprozesses in Sicht. Vielmehr gilt es, in einem hin- und herwogenden Kampf

um jede einzelne Reform, der auch Krisen und Rückschläge einschließt, als oberstes Ziel den Konsens im NSB aufrechtzuerhalten und derart die Machtpotenz für eine friedliche und demokratische Überwindung des Kapitalismus zu bewahren. Es kann in einem Zeitraum von vielleicht 10-20 Jahren nur darum gehen, durch Reformen sozialistische Elemente in die Ökonomie einzuführen, sie im Wege gesamtgesellschaftlicher Planung zusammenzufügen und zu verbinden mit einer demokratischen Umstrukturierung des Staatsapparates.« (111f.)

Hier drängt sich die Frage auf: Ist diese Position nicht schon durch und durch reformistisch? — Einführung »sozialistischer Elemente« heißt nicht »Sozialismus — Stück für Stück«. Es geht hier vielmehr um Elemente, die schon Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft beinhalten (wie z.B. die kollektive Sozialversicherung, staatliche Steuerkapazitäten, Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen). Diese Elemente bleiben allerdings zunächst kapitalistisch formbestimmt, sie werden permanent in das kapitalistische Gesamtgefüge integriert, solange sie nicht eingeordnet werden in eine grundlegende Umwälzung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Erst diese Umwälzung befreit diese Elemente von ihren kapitalistischen Fesseln und legt ihren sozialistischen Inhalt frei. Diese Position ist also keineswegs reformistisch, sondern eine Konkretisierung des bekannten Widerspruchs zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und den bestehenden Produktionsverhältnissen. Man hätte sich allerdings durchaus überlegen sollen, ob der skizzierte Sachverhalt tatsächlich durch den Begriff »sozialistisches Element« eindeutig erfaßt wird.

Anders sieht es m.E. beim »hin- und herwogenden Kampf um Teilreformen« »im Zeitraum von 10-20 Jahren« aus. Hier wird der Grundsatz des friedlich-demokratischen Übergangs in seiner Ausgestaltung überzogen, denn *zum einen* wird so getan, als gebe es die Bourgeoisie nicht mehr (dies gilt für das gesamte »Göttinger« Konzept!), *zum anderen* stellt nach »Göttinger« Auffassung die kapitalistische Krise den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des bisher skizzierten Konzepts dar. Nach unserer in *Göttinger Thesen I* entwickelten Bewußtseinsanalyse kann über einen längeren Zeitraum aber nun folgendes passieren:

Möglichkeit 1: Es findet — möglicherweise unterstützt durch Teilreformen — eine zeitweilige Rückkehr zu prosperierenden Verhältnissen statt, was wahrscheinlich zur Stärkung des Reformismus und zum Zerfall der anfänglichen Bündniskonstellationen führen dürfte.

Möglichkeit 2: Im Falle einer lange andauernden Übergangskrise ist mit einem Abfall von Teilen des NSB zu rechnen mit den Konsequenzen der Ablösung einer linken Regierung und eines bürgerlichen »Roll-back«.

Die hier angedeuteten Risiken verstärken sich mit der Dauer der Übergangsperiode. Deshalb ist darauf zu beharren, daß diese Periode so kurz wie möglich ausfallen muß. Dies wiederum setzt voraus, daß wir uns auf dramatische Zuspitzungen der Klassenauseinandersetzungen in der Übergangsphase einzustellen haben. Von daher halte ich die Feststellung für zulässig, daß in der zitierten Passage der *Thesen* reformistische Illusionen zum Durchbruch kommen.

3. Inhaltliche Bestandteile des Übergangskonzepts

3.1. *Alternative Wirtschaftspolitik*

Der erste wesentliche inhaltlich-programmatische Bestandteil der Göttinger Konzeption ist die »Alternative Wirtschaftspolitik« (AWP), deren allgemeine Begründung unumstritten sein dürfte. Der spezifische Ansatz in den *Göttinger Thesen* wird in der Prämisse deutlich, daß für eine AWP ein Bezug auf den Gesamtreproduktionsprozeß notwendig sei, womit sowohl eine einseitige Fixierung von Löhnen und öffentlichen Ausgaben als Nachfragefaktoren als auch eine Fixierung dieser Faktoren als »Profitabzug« vermieden werden soll. Es geht den *Göttinger Thesen* darum, das Verhältnis und die Wechselwirkungen der verschiedenen Seiten des Gesamtreproduktionsprozesses durch die AWP zu berücksichtigen. Zunächst werden in den *Thesen* die Grundanliegen einer AWP benannt:

1. Realisierung unaufschiebbarer Forderungen wie die Verbesserung der sozialen Dienstleistungen, der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und die Sicherung der Arbeitsplätze.

2. Mobilisierung der materiellen und personellen Ressourcen zur Erweiterung der produktiven Basis über eine sog. »produktive Investitionspolitik«. Zweck ist die materielle Absicherung der kurzfristigen Maßnahmen (s.1.) und der Existenzgrundlagen eines NSB. Damit setzen sich die *Thesen* deutlich von Konzepten ab, die eher auf eine nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik hinauslaufen.

3. Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik im Sinne einer bewußten Planung der gesellschaftlichen Arbeit und Demokratisierung der ökonomischen Prozesse statt einer Regulierung dieser Prozesse durch die Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion.

Die Durchsetzung dieser drei Grundanliegen ist in den *Thesen* in Schritte aufgliedert, die aufeinander aufbauen müssen bei Strafe des Scheiterns des Gesamtkonzepts. Der *erste* Schritt ist deckungsgleich mit der zuvor angeführten Realisierung unaufschiebbarer Forderungen. Als Maßnahmen werden die Ausweitung und Verbesserung der öffentlichen Dienste, Arbeitszeitverkürzungen und eine aktive Lohnpolitik empfohlen. Als kurzfristige Realisierungsinstrumente nennen die *Thesen* die Einschränkung hoher Einkommen mittels der Steuerpolitik, die Verringerung der Rüstungsausgaben und eben auch die Staatsverschuldung. Über diese Maßnahmen dürfte auf der Linken allgemeine Einigkeit herrschen. Die »Göttinger« betonen nun allerdings außerordentlich stark die Folgeprobleme, die die Umsetzung der genannten Maßnahmen aufwerfen dürften aufgrund der zusätzlichen Belastung der produktiven Basis der Gesellschaft, neu entstehenden Umstrukturierungsproblemen in Produktion und Verteilung sowie außenwirtschaftlichen Verzerrungen. Die Folgeprobleme müsse man in einem *zweiten* Schritt in den Griff zu bekommen versuchen, nämlich durch die Einführung der schon zitierten »sozialistischen Elemente«, d.h. durch

Strukturmaßnahmen, die sich einerseits noch im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie bewegen, andererseits die Voraussetzungen für eine grundlegende Transformation der Ökonomie in eine sozialistische wesentlich verbessern. Im einzelnen werden auf dieser Stufe gefordert:

- ein Planungssystem für den bestehenden staatlichen Sektor;
- die Stärkung der produktiven Basis des öffentlichen Sektors;
- die Entwicklung eines staatlichen Auflagensystems;
- ein System der Investitionslenkung;
- Teilsozialisierungen zur Stärkung der Planung im öffentlichen Sektor (hier v.a. der Banken und Versicherungen).

In den *Göttinger Thesen* wird allerdings die Gefahr betont, daß diese Maßnahmen durchaus in das kapitalistische System integriert werden können, wenn ihr potentiell sozialistischer Inhalt nicht über einen *dritten* Schritt, die Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik, entfaltet wird. Dieser dritte Schritt, mit dem der Übergang zur sozialistischen Ökonomie vollzogen werden soll, umfaßt zwei Grundelemente: die Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Unternehmen nach den Grundsätzen »Überschreitung einer Mindestschwelle zur Durchbrechung der Dominanz der kapitalistischen Strukturen« sowie »stoffliche Planbarkeit des Gesamtkreislaufs der Produktion« sowie die demokratische Struktur des Planungssystems als dessen wesentliche Faktoren die staatlichen Entwicklungspläne, die Wirtschafts- und Sozialräte und die Demokratisierung der Betriebe angesehen werden.

3.2. Umstrukturierung des Staates

Neben der AWP kommt der demokratischen Umstrukturierung des Staates im Übergangskonzept eine zentrale Bedeutung zu — und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung staatlicher Sabotage gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen, zum anderen im Hinblick auf die neuen und andersartigen Aufgaben des Staates im Sozialismus. Die Umstrukturierung zielt auf die Aufhebung der Besonderung des Staates gegenüber der Bevölkerung und ökonomisch-sozialen Prozessen, wobei dieser Prozeß als Zwischenstufe zum »Absterben« des Staates angesehen werden muß. Bei der konkreten Ausfüllung dieses Konzepts sind die zwei großen Bereiche der Staats-tätigkeit die ökonomisch-soziale Staatsfunktion (Staatsintervention, soziale Sicherung usw.) und die politisch-rechtliche Staatsfunktion (Willensbildungsstrukturen, ideologische und repressive Apparate). Im Hinblick auf die Umgestaltung der politisch-rechtlichen Staatsfunktionen werden folgende Maßnahmen ins Auge gefaßt:

- die Stärkung der repräsentativen Demokratie (gegenüber dem »Verwaltungsstaat«) durch eine Reform des Parlamentarismus;
- Einbau von Elementen der direkten Demokratie vor allem auf betrieblicher und kommunaler Ebene (die diesbezüglichen Vorstellungen sind aber noch recht unausgegoren);

- Dezentralisierung der Staatsgewalt;
- Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes;
- schließlich die Demokratisierung der ideologischen und repressiven Staatsapparate durch gewerkschaftliche Organisierung, Mitbestimmung der dort Beschäftigten, parlamentarische Kontrolle und Säuberung der Apparate von faschistischen Kräften.

Offen bleibt, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, um den »Staat in den Griff« zu bekommen.

4. Ausblick

Der Streifzug durch diesen Entwurf eines »Dritten Weges zum Sozialismus« macht deutlich, daß an der Lektüre der *Göttinger Thesen* kaum ein Weg vorbei führen dürfte, daß allerdings auch eine weitere Diskussion dringend geboten ist. Eine solche Diskussion wird nur sinnvoll, wenn von vornherein die *Herforder Thesen* miteinbezogen werden mit dem Ziel, einen Verständigungsprozeß zwischen den beiden marxistischen Strömungen herbeizuführen. Dafür sprechen sowohl die recht großen strategischen Gemeinsamkeiten beider Konzepte (sie haben auch einige der von mir an den *Göttinger Thesen* kritisierten Schwächen gemeinsam!) als auch eine größere Wirksamkeit marxistischer Positionen innerhalb von SPD und Jungsozialisten. Ausfälle wie die, daß »die SMK-Theorie als Ausdruck des Eindringens der bürgerlichen Vulgärökonomie in den Marxismus bezeichnet werden« müsse (GT, S.33) sind nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch politisch sektiererisch. Derartig bornierte Abgrenzungsmanöver sollten in Zukunft von beiden Seiten unterbleiben.

Olaf Scholz

Zur Kritik der Göttinger Thesen

Mit den *Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD*, die 1980 in einer wesentlich überarbeiteten Fassung erschienen sind, ist der umfassende Versuch unternommen worden, eine mit den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbundene Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten dieses Landes auszuarbeiten, diese in der SPD und mit ihr zu einem entscheidenden politischen Faktor im Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik in der Bundesrepublik zu machen und dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen Sozialdemokratie anzuknüpfen (HT, 1980, S.8). Die *Herforder Thesen* sind mittlerweile intensiv diskutiert worden; zuletzt waren sie Gegenstand einer vielbeachteten Tagung in Brake.

Daneben haben lediglich die Jungsozialisten aus dem »Göttinger Kreis« den Versuch unternommen, ihr theoretisches Selbstverständnis zu formulieren. Dies ist zunächst in den sogenannten *Göttinger Thesen I* erfolgt (GT I), die sich allerdings auf die Themenbereiche »Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie« beschränkten. Dementsprechend ist ihnen vorgehalten worden, daß »der Versuch, Arbeiterbewußtsein bis hin zur konkreten empirischen Ausprägung ohne vorgängige Analyse der gesellschaftlichen Realität erfassen zu wollen, dem Anspruch marxistischer Vorgehensweisen widerspricht und zugleich Ausgangspunkt einer Vielzahl von Irrtümern ist« (spw 5, S.28 u. S.79).

Mit dem nunmehr vorgelegten zweiten Teil der *Göttinger Thesen* (GT II, 1980 — alle Seitenangaben in diesem Aufsatz beziehen sich auf diesen Text), der sich laut Titel mit der kapitalistischen Krise und ihrer Überwindung beschäftigen soll, befassen sich die Autoren der *Göttinger Thesen* im Einzelnen mit der Analyse der Krise des Kapitalismus, mit dem Kapitalismus der BRD, vor allem seiner Klassenstruktur und der Rolle des Staates sowie mit einer Strategie des »Dritten Weges« zum Sozialismus.

Der in den *Göttinger Thesen* enthaltene Forderungskatalog ist deren Verfassern zweifellos am besten gelungen. Die tagespolitischen und längerfristigen Forderungen zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik sind richtig bestimmt. Hier finden sich große Übereinstimmungen mit den *Herforder Thesen*.

Dies gilt besonders für die Konzeption einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zur Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik halten die *Göttinger Thesen* die Vergesellschaftung einer Mindestschwelle strukturbestimmender Unternehmen für erforderlich, die von einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung begleitet werden muß.

Auch die Vorstellungen zu einer demokratischen Umstrukturierung des Staates entsprechen der Diskussion in den *Herforder Thesen*.

Bedauerlicherweise sind die *Göttinger Thesen* auf die Forderungen nach einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine demokratische Umstrukturierung des Staates beschränkt. Für Sozialisten ist es aber gerade unverzichtbar, in ihrem politischen Kampf an allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen anzuknüpfen, um die Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie zu durchbrechen.

Am Anfang der *Göttinger Thesen* werden die Voraussetzungen einer ernsthaften Analyse des heutigen Kapitalismus und der kapitalistischen Krise benannt: Es ist »unumgänglich, die historische Veränderung zu erfassen, die der Kapitalismus in den letzten Jahren durchgemacht hat; theoretisch und empirisch ist das Neue am heutigen Kapitalismus darzulegen und zum unmittelbaren Ausgangspunkt aktueller sozialistischer Politik zu machen« (S.2).

In der konkreten Ausführung werden die *Göttinger Thesen* den selbstgesteckten Aufgaben nicht gerecht. Die Analyse verbleibt »nur auf der Ebene des Kapitals im Allgemeinen (K.i.A.)« (S.11). Das Problem der *Göttinger Thesen* im Allgemeinen (G.i.A.) liegt darin, daß ihr auch an anderer Stelle zu beobachtender

Ahistorismus ihnen den Zugang zur konkreten Realität versperrt. Ein Zusammenhang zwischen den Forderungen nach einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik und der ökonomischen Analyse ist jedenfalls kaum auszumachen. Diesem Mangel kann auch nicht durch angehängte Beschreibungen der Krisenzyklen der BRD abgeholfen werden.

Nachdem sich die *Göttinger Thesen* beharrlich weigern, das »Neue am heutigen Kapitalismus« zu untersuchen, wenden sie sich mit gleicher Entschiedenheit gegen die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, die eine Erklärung der Veränderungsprozesse des Kapitalismus anbietet: Insgesamt könne die »SMK-Theorie als der Ausdruck des Eindringens der bürgerlichen Vulgärökonomie in den Marxismus bezeichnet werden« (S.33). Unklar bleibt, wie die bibelfesten Verfasser der *Göttinger Thesen* diesen Bannfluch mit ihrer an anderer Stelle in den Thesen geäußerten Überzeugung, daß keine Marxismus-Interpretation für sich alleinigen Wahrheitsgehalt beanspruchen könne (S.110), vereinbaren können.

Einen wesentlichen Bestandteil der strategischen Überlegungen der *Göttinger Thesen* stellt die Konzeption eines »Neuen sozialen Blocks« dar, der wiederum die Grundlage für eine »Neue politische Formation« abgeben soll. Ausgehend von der Tatsache, daß der Umfang der lohnabhängigen Zwischenschichten erheblich gestiegen ist und sich deren Klassenlage objektiv derjenigen der Arbeiterklasse annähert sowie der allerdings gesunkenen Bedeutung der traditionellen Mittelklassen, betonen die *Göttinger Thesen* die Notwendigkeit eines »Neuen sozialen Blocks« der Arbeiterklasse mit diesen Klassen und Schichten. Dabei gelte es, sich von der Konzeption antimonopolistischer Bündnisse zu unterscheiden. Grundlegend sei es, die positiven Interessen der Mittelschichten am Sozialismus zu fördern. Es gelte, »präzise zu untersuchen, ob es sich (bei ihren Interessen) um verallgemeinerungsfähige Interessen handelt, die mit den Interessen des gesamten Blocks übereinstimmen« (S.96). In der stärkeren politischen Partizipation läge das wesentlich »Neue« (S.97). Die traditionellen Mittelklassen seien im wesentlichen durch die Garantie ihrer ökonomischen Fortexistenz an den »Neuen sozialen Block« zu binden. Auf dieser Grundlage gelte es, sich für eine »Neue politische Formation« einzusetzen. Wesentlicher Bestandteil dieser Formation sei die Sozialdemokratie, »ohne daß illusionäre Hoffnungen auf eine Transformation der SPD in eine linkssozialistische Partei gehegt werden sollen« (S.102). Darüber gelte es, linke Christdemokraten zu gewinnen. Obgleich das gegenwärtig undenkbar erscheine, müsse selbstverständlich die immense Breite und Tiefe der soziopolitischen Veränderungsprozesse mitreflektiert werden, die den Sozialismus in greifbare Nähe rückte. (S.104). Eine Veränderung der DKP scheine »selbst langfristig kaum möglich« (S.105). Offenbar auch nicht, wenn man die immense Breite und Tiefe der soziopolitischen Veränderungsprozesse ... Gerade, wer detaillierteste Überlegungen über die Veränderungsmöglichkeiten der Christdemokratie anstellt, sollte im Hinblick auf die DKP nicht gleich mit dem Denken aufhören. Dagegen sei noch vieles von den Eurokommunisten und

Linkssozialisten zu erwarten, wenn sie auch bisher kaum auszumachen sind. — Tragende Elemente dieser »Neuen politischen Formation« sind das Gebot des politischen Pluralismus und eine »Neue Konzeption von Macht«. Der politische Pluralismus sei nicht nur für einen offenen Diskussionsprozeß erforderlich, sondern auch, damit »illusionären Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse bedingungslos und berechtigt ein notwendiger Platz zuerkannt wird« (S.107). Die »neue Konzeption von Macht« müsse der institutionellen Gewinnung von Positionen eine soziale und bewußtseinsmäßige Basis verschaffen. Maßgeblich sei »der Aufbau und mehr noch der Erhalt des Konsenses, der die sozialen Interessen der Bündnispartner des »Neuen sozialen Blocks« in einen auch in den politischen Raum hineinwirkenden Programmentwurf zur Umgestaltung der Gesellschaft münden läßt« (S.110). Der »hegemoniale Konsens« zwischen Arbeiterklasse und neuen Mittelschichten dürfe nicht durch die 'führende Rolle der Arbeiterklasse' gefährdet werden. Aufgabe von Marxisten sei es, in diesem Konzept den hegemonialen Konsens des neuen sozialen Blocks zustandezubringen (S.110).

Woher kommt der Sozialismus?

Eine breite demokratische Bündnispolitik, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Bildung einer großen Mehrheit für eine sozialistische Alternative. Die strategischen Überlegungen der Göttinger Thesen zur Konzeption eines »Neuen sozialen Blocks« sind deshalb prinzipiell begrüßenswert. Die scharfen Angriffe auf die Konzeption eines »antimonopolistischen Bündnisses« erscheinen insgesamt angesichts großer Übereinstimmungen der damit verbundenen strategischen Überlegungen unverständlich. Zweifellos ist aber wohl die Formulierung »Neuer sozialer Block« oder »Neue politische Formation« im Augenblick eher »en vue«.

Allerdings lassen sich in den mit den vorgestellten Begriffen verbundenen strategischen Überlegungen der *Göttinger Thesen* eine Reihe inhaltlicher Unsicherheiten und Fehler festmachen.

Insgesamt scheint über den »Neuen sozialen Block« die Bedeutung des politischen Kampfes um Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse in das Hintertreffen geraten zu sein. Auch wenn sich mit diesem Themenbereich der erste Teil der *Göttinger Thesen* befassen sollte, wäre es doch erforderlich gewesen, den Zusammenhang herzustellen.

Dann wäre den *Göttinger Thesen* wohl auch nicht die Rolle der Arbeiterklasse als Subjekt der sozialistischen Veränderung über ihre »Block-Konzeption« aus den Augen gekommen (s.u.) Darüber hinaus erscheint mir der Umfang der Arbeiterklasse zu kurz gegriffen. Neben der industriellen Arbeiterschaft zählen auch große Teile der Angestellten und mittleren und unteren Beamtschaft zur abhängig arbeitenden Klasse.

Der hauptsächlichliche Fehler des zweiten Teils der *Göttinger Thesen* ist jedoch der des ersten Teils: Der mechanische Ökonomismus; der Versuch Bewußtseins-

formen und -inhalte direkt aus den ökonomischen Kategorien herzuleiten. Nur trifft es in diesem Fall nicht die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, sondern die »Bündnispartner«. Ideologischer Klassenkampf findet in dieser Konzeption nicht statt, wenn auch vereinzelt die Zersetzung bürgerlicher Hegemonie als Kampfaufgabe bezeichnet wird (S.108). Deshalb können die *Göttinger Thesen* der Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie nur eine über den Konsens der verbündeten Klassen und Schichten vermittelte Hegemonie des »Neuen sozialen Blocks« entgegensetzen. Dieser auf der Basis unterschiedlicher sozialer Interessen am Sozialismus formulierte Konsens stellt sich für sie als Ergebnis gleichberechtigter Partizipation dar. Es bleibt das Geheimnis der *Göttinger Thesen*, wie auf der Grundlage eines solchen Konsenses mit nicht der Arbeiterklasse angehörender Klassen und Schichten eine sozialistische Gesamtperspektive entstehen soll. Bereits in dem ersten Teil der *Thesen* ist doch die Arbeiterklasse dazu verdammt worden, nichts weiter als reformistisches Bewußtsein zustandezubringen und die reformistische Arbeiterpartei SPD ist Ausdruck davon. Woher kommt im Bündnis mit anderen nun der Sozialismus?

Breite demokratische Bündnisse

Bürgerliche Herrschaft beruht ganz wesentlich auf der Dominanz bürgerlicher Ideologie bis weit in die Klasse der Lohnabhängigen hinein. Deshalb muß eine Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus einen umfassenden Kampf um die ideologische Hegemonie in der Gesellschaft führen.

Die Arbeiterklasse ist dasjenige gesellschaftliche Subjekt, das aufgrund seiner objektiven Stellung im Produktionsprozeß potentiell in der Lage ist, den Kampf gegen die eigene Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive zu verbinden. Es geht daher darum, die Herausbildung von Klassenbewußtsein, die Entwicklung von der Klasse an sich zur Klasse für sich zu fördern. Diese Entwicklung ist objektiv möglich als Ergebnis der Erfahrungen der Klassenkämpfe und des kollektiven Handelns in den Arbeiterorganisationen. Wer diese Entwicklungsperspektive leugnet, kann letztlich keine rationale Begründung für die Entstehung sozialistischer Mehrheiten liefern.

Zur Erlangung der ideologischen und gesellschaftlichen Hegemonie muß die Arbeiterklasse sich aber nicht nur selber als Klasse für sich entwickeln, sondern darüber hinaus sich zur »allgemeinen Klasse« entwickeln und ihre besonderen Interessen in der Weise als wirklich allgemeine zu vertreten gelernt haben, daß die Abschaffung der Ausbeutung der arbeitenden Menschen und die Perspektiven anderer sozialer Klassen und Schichten miteinander verknüpft sind. Die inhaltliche Ausgestaltung darauf aufbauender Bündnisse kann mithin nicht auf einem Konsens unterschiedlicher sozialer Interessen beruhen, wie die *Göttinger Thesen* meinen, sondern muß die Verbindung der fortschrittlichen Zukunftsperspektive dieser sozialen Gruppen mit der der Arbeiterklasse zum Ziel haben. Jede andere Konzeption muß die Bedeutung der Arbeiterklasse als Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung verkennen.

In der konkreten Realität des bundesdeutschen Kapitalismus sind vor allem jene Klassen und Schichten mögliche Bündnispartner, deren objektive Interessen nicht an die des Großkapitals gebunden sind; daß heißt, die auch in den *Göttinger Thesen* genannten lohnabhängigen Zwischenschichten und jene Klassen, die — wie die Bauern und Handwerker — mit eigenen Produktionsmitteln arbeiten, bei denen es aber entscheidend auf die eigene Arbeit ankommt.

Voraussetzung sich dahin entwickelnder »antimonopolistischer Bündnisse« sind klare Aussagen zu den konkreten Verhältnissen dieser Bündnisgruppen. Für den Bereich von Landwirtschaft und Handwerk ist das etwa die Durchbrechung der Abhängigkeit von den Monopolen und die genossenschaftliche Organisation. Weitere Anknüpfungspunkte breiter Bündnisse sind solche sozialen und politischen Fragen, die alle oder fast alle Gesellschaftsmitglieder betreffen, wie Bildungspolitik, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Jugend- Sozial- und Kulturpolitik.

Vor diesem Hintergrund ist die Organisation der fortschrittlichen Kräfte dieser nicht an das Großkapital gebundenen Gruppen in den Organisationen der Arbeiterbewegung wichtig. Das gilt für die politischen Parteien in Bezug auf die lohnabhängigen Zwischenschichten in den Gewerkschaften, in sozialistischen Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage politischer Koalitionen mit weiteren Parteien, in denen sich Teile dieser Bevölkerungsgruppen organisieren. Sie sind auf der Grundlage eines fortschrittlichen Programms durchaus anzustreben. Gegenwärtig angestellte detaillierte Überlegungen über solche politischen Konstellationen befinden sich allerdings weitgehend im Bereich bloßer Spekulation.

Die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen muß sich, wie auch die *Göttinger Thesen* fordern, auf der Grundlage der politischen Pluralität vollziehen. Nur die Anerkennung der Möglichkeit unterschiedlicher politischer Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung und auch darüber hinaus schafft die Bedingungen für eine gemeinsame politische Programmatik und die breite politische Übereinstimmung, die für einen demokratischen Weg zum Sozialismus erforderlich ist.

Allerdings bedeutet das Akzeptieren solcher Pluralität nicht, daß auf eine Vorherrschaft sozialistischer Vorstellungen, wenn auch nicht im administrativen Sinne, verzichtet werden kann. Es stellt sich die Frage, wie eine sozialistische Veränderung auf demokratischem Wege ohne eine auf breiter Überzeugung beruhende politisch-ideologische Dominanz des Sozialismus überhaupt realisiert werden kann.

Dritter Weg zum Sozialismus

Die *Göttinger Thesen* beschreiben ihre strategischen und programmatischen Vorstellungen als »Dritten Wege« zum Sozialismus. Ohne Zweifel kann man eine Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus so bezeichnen. Sich an solchen Begriffen aufzuhalten wäre Wortklauberei. Angesichts der Windungen

und Abgrenzungen, die alle Verwender dieses Begriffes für nötig halten, stellt sich allerdings die Frage, warum diese Bezeichnung sinnvoll ist.

Als Beispiel dieser Windungen soll Uwe Kremer genannt werden: Der dritte Weg zum Sozialismus »dürfe nicht mit dem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus verwechselt werden«. Zum anderen unterstelle diese Begriffswahl »keineswegs, daß in Westeuropa drei Wahlmöglichkeiten für den Übergang zum Sozialismus gegeben sind«. Im Gegenteil, der dritte Weg sei »zugleich der einzig gangbare ... unter den in Westeuropa vorherrschenden ökonomischen sozialen und politischen Bedingungen.«

Zusammenfassend kann man die *Göttinger Thesen* als konsequente Fortsetzung des ersten Teiles bezeichnen. Sie haben daher den gleichen Mangel einer ahistorischen und ökonomistischen Betrachtungsweise. Allerdings handelt es sich bei den *Göttinger Thesen* um ein unverkennbar auf marxistischer Grundlage verfaßtes Papier. Vor allem im Forderungsbereich lassen sich große Übereinstimmungen mit den *Herforder Thesen* feststellen. Ein stärkeres inhaltliches und praktisches Zusammenwirken der marxistischen Kräfte bei den Jungsozialisten wäre deshalb überaus wünschenswert.

Interview

mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten in der SPD, Klaus-Peter Wolf

Für einen Neuanfang bei den Jungsozialisten unter Verantwortung der marxistischen Kräfte!

Für die marxistischen Jungsozialisten, die im Verband in der Minderheit sind, wird Klaus-Peter Wolf auf dem nächsten Bundeskongreß Ende Juni in Lahnstein als Bundesvorsitzender kandidieren. Wolf kommt aus dem Berliner Landesverband der Jungsozialisten und ist seit 1978 (Hofheim) stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Bisher haben ihn die Bezirke bzw. Landesverbände Berlin, Hamburg, Ostwestfalen-Lippe, Südbayern und Weser-Ems aufgefordert, als Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD zu kandidieren. Mit ihm sprach für die *spw*-Redaktion Karin Gauer-Krusewitz.

spw: Warum ist für die marxistischen Bezirke die Ablösung der reformistischen Mehrheitsgruppierung bei den Jungsozialisten, die mit Willi Piecky seit einem Jahr den Bundesvorsitzenden stellt, erforderlich?

Wolf: Die reformistischen Jungsozialisten verfügen seit Jahren über kein politisches Konzept. Maßgeblich waren für sie jahrelang innerverbandliche Konflikte, mit denen sie ihre Fraktionsvorherrschaft zu sichern hofften. Dies hat aber letztlich zu einem Bedeutungsverlust der Jungsozialisten insgesamt und auch dazu geführt, daß die Jusos weder innerhalb der SPD noch in den gesellschaftlichen Bewegungen einen starken sozialistischen Faktor darstellen. Heute stellt sich sogar ernsthaft die Frage, ob sich die Jusos zu einem Rekrutierungsverein für Grüne und andere Ökologen entwickeln oder ob sie sich als eine sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation, die in der Tradition der Arbeiterbewegung steht, begreifen. Die marxistischen Kräfte müssen verhindern, daß der Juso-Verband in die ökologische bzw. alternative Richtung abdriftet.

spw: Ist diese Entwicklung auf die Politik der reformistischen Bundesvorstandsmehrheit des letzten Jahres zurückzuführen?

Wolf: Nein. Wir müssen zurückgehen auf die Linkswendung der Jungsozialisten 1969. Bezogen auf diesen Zeitraum muß gefragt werden, welche Politik hat zur relativen Orientierungslosigkeit der Jusos geführt und wer hat diese Politik zu verantworten? In der Geburtsstunde der Linkswendung selbst lag die entscheidende Schwäche der Organisation: Sie war nicht Ergebnis aufbrechender Widersprüche in der sozialen Basis der Sozialdemokratie, sondern vorrangig Resultat des außerparteilichen Protests der lernenden und studierenden Jugend gegen bürgerliche Wissenschaft, konservative Faschismus»bewältigung« und das Vietnam-Engagement der »Schutzmacht« der »demokratischen und freien Welt«. In den ersten Jahren nach der Linkswendung konnten die Jusos auf der Woge dieser Intellektuellenbewegung eine gewisse politische Vorreiter-Rolle in der SPD einnehmen und auch im Rahmen ihrer Doppelstrategie Mobilisierungs- und Politisierungserfolge erzielen.

spw: Die Doppelstrategie wurde doch auch als Strategie zur Mobilisierung der Lohnabhängigen ausgegeben. Lag die Schwäche darin, daß die »betriebliche Seite« nicht konsequent entwickelt wurde?

Wolf: Ich sehe hierin in der Tat den zentralen Schwachpunkt der Jungsozialisten. Als der politische Druck der intellektuellen Protestbewegung nachließ und das betriebliche Standbein völlig unterentwickelt war, verlor unser Verband innerparteilich an Bedeutung. Der kurzzeitige Bewegungswirbel endete 1973 nicht mit dem Sturm auf die »Bonner Baracken«, sondern mit dem Übergang zum langwierigen Stellungskampf um Positionen in der SPD.

spw: Wurde von den Jusos nun eine spezifische Strategie zur Veränderung der Sozialdemokratie unter diesen neuen Bedingungen entwickelt? Immerhin brach 1974/75 die schärfste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik aus, die die Partei mit einem Reformverzicht beantwortete, d.h. mit einem Zurückweichen vor den nunmehr erstarkenden Rechtskräften. Außerdem handelte die SPD-geführte Bundesregierung mit ihrer Politik nunmehr gegen die Interessen ihrer sozialen Basis, so daß sich Anknüpfungspunkte für eine sozialistische Strategie hätten ergeben können?

Wolf: Diese Politik der Anpassung an die gesellschaftliche Rechtsentwicklung führte zu einem Legitimationsdruck der SPD gegenüber ihrer sozialen Basis, also den abhängig Beschäftigten. An diesen Widersprüchen hätten die Jusos auch ansetzen müssen. Stattdessen plädierte die reformistische Verbandsmehrheit unkritisch für die Fortsetzung der Reformpolitik der Sozialdemokratie, ohne daß die Wirtschaftskrise als Bruch rechtssozialdemokratischer Reformlogik zur Kenntnis genommen wurde. Diese wirkungslose »Appell-Politik« fand ihre Krönung in dem vom Bundesvorstand 1975 herausgegebenen »Gleichheitsprogramm«. Es hatte zum Ziel, die Krisenfolgen gleichmäßig auf die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse zu verteilen. — Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1975 stimmte der Juso-Bundesvorstand dann dem »Orientierungsrahmen 85« zu, der trotz schwerer Wirtschaftskrise von einem jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von durchschnittlich 5 Prozent ausging. Eine radikale Fehleinschätzung, die nur möglich war, weil eine Theorie des Krisenzusammenhangs kapitalistischer Gesellschaften fehlte.

spw: Also die Chance, in der Krise 1974/75 eine Verankerung in der sozialen Basis der SPD voranzutreiben, wurde von den Jungsozialisten vertan?

Wolf: Ja. Und das Scheitern reformistischer Politik, also die Unvereinbarkeit, Arbeitnehmerinteressen forciert bei Aufrechterhaltung kapitalistischer Verhältnisse vertreten zu können, ist bis heute in der SPD — und auch bei den Jusos — nicht aufgearbeitet worden. Vielmehr setzte sich bei den reformistischen Jungsozialisten seit Mitte der 70er Jahre verstärkt eine Theoriefeindlichkeit durch, die zu einer »inhaltlichen Entleerung« dieser wichtigen Juso-Gruppierung beigetragen hat. Einer darüber hinaus strategielosen Gruppierung darf nicht die Führung eines sozialistischen Jugend- und Richtungsverbandes überlassen bleiben. Das Liebäugeln einiger Teile dieser Gruppierung mit ökologischen Bewegungen, die mit der traditionellen Basis der SPD wenig zu tun haben, sollte eine erste Warnung sein. Die Reformsozialisten wiederholen einen Fehler: So wie kurz nach ihrer Linkswendung ignorieren sie auch heute ökonomische und gewerkschaftliche Orientierungspunkte. Eine abermalige Fehlentwicklung würde den Verband weiter schwächen. Deshalb brauchen wir einen Neuanfang unter Verantwortung der marxistischen Kräfte in der Juso-Organisation, die mit den *Herforder Thesen* und den *Göttinger Thesen* ein inhaltlich-strategisches Konzept vorgelegt haben.

spw: Was kann man sich von einem solchen »Neuanfang unter Verantwortung der marxistischen Kräfte« versprechen?

Wolf: Ich möchte bewußt die Erwartungen nicht hochschrauben. Die marxistischen Jusos müssen — gemeinsam mit allen anderen Kräften in der Organisation — eine gründliche inhaltliche und organisatorische Bestandsaufnahme machen. Das erfordert für die nächsten ein bis zwei Jahre eine Knochentour bis in jeden Unterbezirk, nach Möglichkeit bis in jede Arbeitsgemeinschaft, damit wir die realen Fundamente unserer Organisation kennen.

spw: Wollen sich die Jungsozialisten in den nächsten Jahren mit sich selbst beschäftigen?

Wolf: Das ist damit nicht gesagt. In dieser ein- bis zweijährigen Phase der gründlichen Bestandsaufnahme und Konsolidierung muß die Juso-Organisation ihre innerparteiliche und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit wenigstens in den zentralen Konfliktfeldern — nämlich in der Wirtschafts- und Friedenspolitik — herstellen. Nur durch kontinuierliches Bearbeiten weniger Arbeitsfelder kann es gelingen, daß die Jusos wieder innerparteilich und gesellschaftlich Themen besetzen statt von gesellschaftlichen Bewegungen, Partei oder Presse aufgedrückten Problemen nachzujagen. Es darf kein Zweifel bestehen: um Politik bei den Jusos zu machen, ist ein langer Atem nötig.

spw: Die beiden von dir genannten Schwerpunkte sind doch sicherlich für die Entwicklung der SPD auch in Hinblick auf den Parteitag 1982 sog. Kristallisationspunkte.

Wolf: Das ist richtig. Keine Phase der letzten beiden Jahrzehnte war für den weiteren Weg der deutschen Sozialdemokratie entscheidender als die jetzige. Auf dem rechten Flügel der Partei treten immer offener prokapitalistische Kräfte auf, die von der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und von der Entspannungspolitik abrücken. Eine relativ starke innerparteiliche Opposition, die sich nicht auf den linken Flügel beschränken läßt, wehrt sich dagegen, daß in Bonn und einigen sozialdemokratisch geführten Landesregierungen in zentralen Fragen eine Politik verantwortet wird, die die CDU verdeckt bis offen gutheißen kann. Rüstungsetatsteigerungen, »Nachrüstung«, Ausbau der Kernenergie, die schrittweise Beerdigung der Montanmitbestimmung, der Verzicht auf Konjunkturprogramme und das Abrücken von der Vollbeschäftigung — diese Politik führt zu einer Verstümmelung sozialdemokratischer Grundsatzpositionen. Die Parteirechte wird die SPD als »theorielose Allerweltpartei« verfestigen und sogar die 1959 beschlossene Grundsatzprogrammatische aus den Angeln heben wollen, so daß der »Godesberger Kitt« nicht mehr halten wird. Eine Diskussion über den Zustand und die Entwicklung der Partei gehört zu den wichtigsten Vorbedingungen, um unsere weitere Strategie zu bestimmen.

spw: Gehört nicht auch eine weitgehend geschlossen handelnde Juso-Organisation dazu, um den Rechtsruck der SPD zu stoppen?

Wolf: Damit wir innerparteilich und in den gesellschaftlichen Bewegungen handlungsfähiger werden, haben wir doch vorgeschlagen — bei Hintanstellung theoretischer Differenzen — ein programmatisches, aktionsorientiertes Arbeitsprogramm zu verabschieden. Dies soll sich auf die Wirtschafts- und die Friedenspolitik konzentrieren. Ein solches Programm kann für die Vorbereitung der Jungsozialisten auf den 82er Parteitag der SPD von großer Bedeutung sein. Ökologische Probleme und die Verteidigung der für den Kampf erforderlichen bürgerlichen Freiheitsrechte sind den beiden Schwerpunktfeldern zuzuordnen.

Die Bearbeitung der zentralen Politikfelder wird auf die Interessenlage der abhängig Beschäftigten ausgerichtet. Dadurch soll eine ökologische Orientierung des Juso-Verbandes, die zur Preisgabe sozialistischer Positionen führt, verhindert werden. Positiv ausgedrückt: Die Verankerung in der sozialen Basis der SPD soll hierüber für die Jungsozialisten »Pflichtaufgabe« werden. Hierbei kommt uns auch strategisch die wesentliche Aufgabe zu, das machtpolitisch zentrale Bündnis zwischen Rechtssozialdemokratie und großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung aufzubrechen. Sowohl in der Kernenergie als auch in der Rüstungsfrage wird dieses Bündnis immer wieder mit dem »Arbeitsplatzargument« geschmiedet. Die vielmehr bestehenden Widersprüche zwischen der DGB-Programmatik und der SPD-Politik müssen einen Ansatzpunkt für die Parteilinke und damit auch für die Jusos darstellen, um den Interessen der Arbeitnehmer in der Sozialdemokratie mehr Nachdruck zu verleihen.

Es darf nicht die Aufgabe einer Parteilinken sein, theoretisierend die gewerkschaftliche Programmdiskussion zu begleiten. In praktischer Zusammenarbeit muß sie das, was innergewerkschaftlich diskutiert wird, verstärkt in die Sozialdemokratie einbringen. Und andererseits muß die Parteilinke dazu beitragen, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften zu erweitern. Die Teile der SPD-Linken — hierzu rechne ich in jedem Fall die Mehrheit der Juso-Organisation — die an der Bildung eines sozialistischen, also konsequent Arbeitnehmerinteressen vertretenden Flügels arbeiten, sollten eine offensive Diskussion über die gewerkschaftliche Autonomie als Prinzip sozialistischer Strategie beginnen und somit auch der »Sozialdemokratisierung« unter sozialpartnerschaftlichen Vorzeichen des DGB entgegenwirken. Die *Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* bringen auch in dieser Frage wichtige programmatische Impulse.

spw: Du hast nun verschiedentlich die Parteilinke angesprochen. Existiert sie überhaupt?

Wolf: Zumindest gibt es bundesweit keine Parteilinke, die ein halbwegs geschlossenes Konzept mit gesellschaftsverändernder Perspektive vorweisen kann. Um hier ein Stück weiterzukommen ist meines Erachtens eine Plattform für eine »Vereinigte Linke« erforderlich. Die

Jungsozialisten, als ein Teil der Parteilinken, sollten aus ihrer Sicht Anforderungen formulieren. Erst wenn sich wieder — ohne daß eine Einigung in allen theoretischen und strategischen Fragen erzielt worden ist — kurz- und mittelfristige, programmatische Übereinstimmungen entwickelt haben, kann sich die »Vereinigte Linke« auch organisatorisch und bundesweit konstituieren.

spw: Haben Marxisten nicht auch die Aufgabe, eine Korrektur der bisherigen Politik der Jungsozialisten in den gesellschaftlichen Bewegungen einzuleiten?

Wolf: Was die Bundesebene betrifft, so haben sich die Jungsozialisten, unter der Führung der Reformisten mit der Parole »Auf die eigene Kraft besinnen« aus immer mehr gesellschaftlichen Bewegungen zurückgezogen und sich damit isoliert. Die Parteiführung kann zufrieden sein, daß die Entfaltung des gesellschaftlichen Drucks z.T. schon von den Jungsozialisten behindert worden ist. In ihrer selbstgezimmernten ideologischen Welt gehen die reformsozialistischen Jusos an der Bundesspitze niemals weiter, als das Gängelband des Parteivorstandes erlaubt.

spw: Wie müßte nach Deiner Ansicht die Arbeit der Jungsozialisten in den gesellschaftlichen Bewegungen aussehen?

Wolf: Zunächst einmal ist jede Bündnispolitik niemals abstrakt und von konkreten Zielsetzungen losgelöst. Zu berücksichtigen sind sowohl das jeweilige Stärkeverhältnis der an der Aktion beteiligten Organisationen, dann das Bestehen übereinstimmender konkreter Kampfziele, zudem die Wahrung der Eigenständigkeit und die mögliche Stärkung der eigenen Organisation. Der letzte Aspekt hat erhebliche Bedeutung. Daraus ergibt sich zunächst, daß eine Führungsrolle anderer Organisationen oder Parteien nicht akzeptiert werden kann, aber auch von uns selbst nicht angestrebt werden sollte.

spw: Sind die Jungsozialisten nicht irritiert vom Auftreten der neuen sozialen Bewegungen, die eine zunehmend wichtigere Rolle spielen?

Wolf: Richtig ist, daß es uns an einer Einschätzung dieses in der Tat sehr bunten Spektrums fehlt. Die verschiedenen sozialen Bewegungen müssen von Jungsozialisten in ein umfassendes Konzept sozialistischer Gesellschaftsveränderung eingeordnet werden. Daran müssen wir arbeiten, aber keinesfalls im Sinne von Vereinnahmung bzw. Integration der Bewegungen in die Partei. Die Probleme, auf die die verschiedenen sozialen Bewegungen massiv aufmerksam machen, sind nur in ihrem Zusammenhang und mit der Arbeiterklasse als zentralem Subjekt des sozialistischen Veränderungsprozesses lösbar.

Konzeptionelles Handeln in den gesellschaftlichen Bewegungen ist für die Jusos auch deshalb erforderlich, weil die Einheit von außer- und innerparteilicher Mobilisierungsarbeit für die Veränderung der Sozialdemokratie zwingend ist. Ein Neuanfang unter marxistischer Verantwortung in der Juso-Organisation muß auch die Bremsfunktion unseres Verbandes in wichtigen gesellschaftlichen Bewegungen aufheben. Ich sehe hierin auch einen wichtigen Schlüssel, um dem Bedeutungsverlust in den gesellschaftlichen Bewegungen und in der Partei — und damit einer »halblinken Stabilisierung« der Jungsozialisten — entgegenzuwirken.

Dokumentation

Frigga Haug*

Opfer oder Täter?

Über das Verhalten von Frauen

Der Titel »Opfer oder Täter« mit Fragezeichen scheint an sich etwas albern. Entweder ist er eine Unverschämtheit — mit »Täter« — oder aber er ist so banal, daß man die Antwort in einem Wort wiedergeben kann, und dann können wir nach Hause gehen, und es lohnt sich keine weitere Beschäftigung mit der Frage.

Natürlich ist allen klar: Frauen sind in erster Linie Opfer. Dafür gibt es zahlreiche Beweise: die Frauenhäuser, die Unzahl der Vergewaltigten und Geschlagenen; dann: Frauen dürfen verschiedene Berufe nicht ausüben; sie werden ferngehalten vom öffentlichen Leben; man erlaubt ihnen nicht, die Tempel der Macht zu betreten; in untergeordneten Hilfsberufen fristen sie ihr tägliches Leben; in den Interessenverbänden ist ihre Anzahl gering; sie sind doppelt belastet durch einen Wust von Hausarbeit und Kindergeschrei, während ihre Männer sich dem Genuß des Fernsehens hingeben, Bier trinken, kegeln, mit den Sekretärinnen flirten, aufregende Abenteuer erleben, die Leiter des Erfolgs unendlich hinaufklettern; kein Zweifel: Frauen sind also Opfer. Zumeist sind sie Opfer ihrer Männer, auf jeden Fall aber der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihr öffentliches Ansehen ist gering.

Da ist einmal die Werbung. Zur Erregung von Kaufgelüsten werden Frauenkörperteile vielseitig verwandt, sie dienen der Steigerung von Gefühlen, z.B. wenn ein Mädchen mit kurzen Hosen bzw. wenn ein Mädchenhintern auf einem Motorrad sitzt, welches zusammen zum Kauf einer Zigarettenmarke anregen soll; z.B. wenn Bier nur mit Busen verkauft werden kann — bis hin zur warenästhetischen Ausgestaltung von Produkten, so, wenn ein Aschenbecher ein Frauenbauch ist, ein Nußknacker Frauenoberschenkel nachbildet usw.

Im Beruf ist ihr Ansehen ebenso gering. Wie sie arbeiten müssen und was darüber gedacht wird, mag ein Ausspruch aus dem Mund eines Personalchefs, der sonst ganz freundlich war und ganz menschlich, verdeutlichen. Ich zitiere wörtlich: (über Computerarbeit) »Wenn die Fehlermöglichkeiten bekannt sind und das Prüfprogramm routiniert ablaufen kann, dann ist das reine Sträflingsarbeit und kann von Frauen erledigt werden.«

Diese bisher zusammengefaßten Elemente zu dem Standpunkt, Frauen sind Opfer dieser Verhältnisse und Opfer der Männer, ist zugleich auch der Standpunkt der meisten feministischen Frauenliteratur. Wir stimmen also bis hierher zu: Frauen sind unterdrückt. Was kann man dagegen tun? Wie könnten sie sich aufrichten.

Dem Aufrichten stehen — sehr verkürzt gesprochen — zwei Hindernisse entgegen. Erstens: Die Unterdrückung. Zweitens: Frauen haben Schwierigkeiten beim Kampf um ihre eigene Befreiung, weil sie unter Umständen das, was sie wollen, auch wieder nicht wollen.

D.h. diejenigen, die im Aufbruch sind, die sich befreien wollen, haben zusätzliche

* gekürzte Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Volksuniversität, Berlin 1980, aus: Die Neue v. 5.7.1980

Schwierigkeiten auf dem Weg der Befreiung, z.B. solche, die gemeinhin bekannt oder diskutiert sind als Beziehungsprobleme, die dem revolutionären Impuls im Wege stehen. Als »Beziehungsprobleme« bezeichne ich in diesem Zusammenhang verharmlosend die Zusammenbrüche von Frauen wegen der Störung privater Beziehung, die ihre Befreiungsversuche verunmöglichen.

Die Frage, die ich mir zunächst jetzt stelle, lautet: Woher kommen die Strukturen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Frauen unterdrückt sind und aus denen sie diese Unterdrückungsmerkmale tragen? Ich kann die Antwort hier verkürzt geben, weil dieser Zusammenhang allgemein bekannt ist: Frauen sind primär für die Familie da, die Familie gilt als Grundeinheit der Gesellschaft, in der die Frauen den Schutz der Nachkommen gewährleisten sollen. Das Frauendasein, das Hausfrau- und Mutterdasein, den Mann zu reproduzieren, die Kinder zu erziehen, dafür ihr Lebensziel und jeden anderen Lebensinhalt aufzugeben, bezeichne ich jetzt ebenso verkürzt als die gesellschaftliche Funktion der Frau.

Diese Funktion wird gemeinhin verknüpft mit der Natur der Frau. Zunächst kann man festhalten: Das geschieht nicht zu Unrecht, schließlich bekommen die Frauen die Kinder. Es schließt sich aber unmittelbar die Frage an: Ist denn die Natur der Frauen dermaßen unbeherrscht oder können sie ihre Natur so wenig regulieren, daß diese Natur zum Inhalt ihres Lebens werden muß? Die Frage also, die ich mir jetzt stelle, lautet: Wie steht es eigentlich mit der »Naturbeherrschung«, die gesellschaftlich und allgemein so hoch gehalten wird und so weit schon vorangetrieben ist, bezogen auf die Natur der Frau?

Müssen Frauen eigentlich Kinder in so einer großen Anzahl bekommen, daß ihr gesamtes Leben davon erfüllt und beherrscht ist? Die Frage scheint lächerlich, aber ein Blick zurück in die Gesellschaft zeigt: Das ist tatsächlich, bis in eine Zeit, die der Gegenwart erschreckend nahe ist, der Fall gewesen. Ich gebe hier nur zwei Daten: Genauere Kenntnisse über die Empfängnisverhütung sind erst in diesem Jahrhundert gewonnen worden. Die Möglichkeit, die Kinder nicht zu stillen — eine kraftraubende Tätigkeit, die die Mütter ein, zwei, drei Jahre oder noch länger fesselte —, die Entdeckung der Sterilisation der Nahrung, geschah Ende des vorigen Jahrhunderts. Bis zu diesem Zeitpunkt, also bis zu Anfang dieses Jahrhunderts, bekamen die Frauen, die überhaupt mit einem Mann zusammenlebten, bis zu 19 Kinder, wobei nicht einmal die Hälfte überlebte! ...

Wenn Frauen 19 Kinder bekommen und diese dann auch noch stillen müssen und infolgedessen kaum noch zu etwas anderem Zeit und Möglichkeiten haben (es ist wohl nicht notwendig, extra darauf hinzuweisen, daß man nach 19 Kindern oder auch nach 18 oder 17 irgendwann im Kindbett stirbt), kann man wohl einer extremen Ausgeliefertheit an die eigene Natur sprechen. Diese Art ... der Unterjochung der Frau unter ihre eigene Natur ist unnötig und überflüssig geworden mit der Möglichkeit der Empfängnisverhütung und mit der Möglichkeit, die Kinder mit »Fremdnahrung« großzuziehen. Dennoch werden die Frauen in der Familie gehalten, als sei nach wie vor das gleiche Verhältnis gegeben.

Die Funktion der Frauen in der Familie ist ein Hemmschuh für ihre Entwicklung, bedeutet einen Ausschluß aus den wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, macht sie abhängig, ist unterdrückend. Solcher Art geschlagen, nicht zugelassen, erniedrigt zum Anheizen des Konsums, sieht man Frauen in der Verbannung des häuslichen Herdes, zusätz-

lich zur öffentlichen Belustigung mißbraucht. In der Form des Witzes stimmen die einverständigen Lacher überein: Frauen sind böse, dumm, nichtsnutzig und eitel. Ihre Aktivitäten werden durchweg negativ bestimmt. Ganze Bücher ließen sich füllen mit Witzen, in denen Frauen nur noch im Spiegel ihrer Männer auftreten, so z.B. in diesem: »Fred wird gefragt: 'Bist Du verheiratet?' und er antwortet: 'Nein, ich seh nur so aus, weil man mir mein Auto gestohlen hat.« Aber es gibt nicht nur diese Witze, die durchweg so sind, daß man sie verärgert und wütend beiseite legt. Da Frauen dauernd solch frauenfeindlichen Witzen ausgesetzt sind, wenden sie sich zumeist bloß unmutig ab, ohne diesem Witzmaterial einen weiteren Gedanken zu schenken.

Bei meinem Versuch, Witze als Belege für das schlechte öffentliche Ansehen der Frau zu finden, stellte ich allerdings eine eigentümliche, etwas andere zusätzliche Bedeutung fest. Ich stelle jetzt drei solcher Witze vor, die wohl als übliche frauenfeindliche Witze gelten können: »Die Fahrshülerin sagt zu ihrem Fahrlehrer: 'Ich fahre bei Rot an, Grün steht mir so schlecht.'« — Soll heißen, Frauen kümmern sich hauptsächlich um ihre Kleidung. — Ein anderer...: »Ein Ehemann berichtet seinen Freunden: 'Meine Frau ist wirklich reinlich, sie ist die einzige in ganz New York, die den Müll säubert, bevor sie ihn wegwirft.« Oder ein dritter aus dem ÖTV-Magazin: Ein Bild — Sonnenschein, Wiese, Wasser, ein Pärchen auf dem Handtuch mit Kofferradio. Der Mann sieht sorgenvoll aus, die Frau sauer. Sie sagte: »Ich habe gleich gesagt, stell die Nachrichten aus an so einem schönen Tag, aber nein, nun ziehst Du einen Flunsch und denkst an den over-kill.« (Overkill ist die Möglichkeit, beispielsweise der USA, die SU mehr als einmal, vielleicht fünf- oder zehnmal zu vernichten.)

Solche Art Witze sind bei allem Einverständnis, sich über die Frauen lustig zu machen, zugleich kritische Witze, sie haben ein aufklärerisches Moment. Sie zeigen nämlich, daß die Bereiche, in denen Frauen sich befinden, und ihre eigenen Aktivitäten sich zerstörerisch gegen die Frauen selber richten müssen. Dies gilt sowohl für diesen albernen Witz mit dem Fahrlehrer, in dem die Frau bei Rot anfährt, als auch für den Witz mit dem overkill, um den sie sich nicht kümmert, weil sie gerade eine gemütliche fröhliche Atmosphäre will, und selbst noch für den Witz, der die Sinnlosigkeit der Säuberungsarbeit hervorhebt. D.h. diese Witze sind im Bösesten noch aufklärerisch, sie sagen etwas aus über die Bedrohung, die diese Bereiche, die »das Reich« der Frau sind, für die Frauen darstellen. Sie selbstverständlich durch Übertreibung und verweisen so auf die Notwendigkeit der Befreiung der Frau aus »ihrem Reich«.

Wie wäre eine solche Befreiung und Veränderung möglich? Braucht sie nicht — und sagen diese Witze nicht auch das — vorab geänderte Frauen? Erinnern wir uns, daß die Existenz in Ehe und Familie, die Mutterschaft und Ehe in dieser Weise wollen, zumindest heimlich wünschen und irgendwo anstreben, willigen die Frauen freiwillig in ihre Unterwerfung ein.

In Witzen wird zweierlei deutlich, zum einen das vertane Leben und zum zweiten, daß sich Frauen innerhalb dieser Bereiche wohl zu wehren beginnen, dieses aber auf falscher Ebene tun. Das sagt z.B. auch ein ganz abscheulicher, frauenfeindlicher Witz wie folgender: »Manche Frauen sind wie Zigaretten. Zuletzt sammelt sich das Gift im Mund an.« Solche Witze verweisen aber auch darauf, daß Frauen sich in diesem abgedrängten Leben

zu wehren beginnen, wenn auch auf eine verdrehte, und nicht auf eine wirklich auf Befreiung gerichtete Weise. Die Frage lautet jetzt: Woher kommt die Unterdrückung, in die die Frauen sich freiwillig begeben? Wie bemächtigte sie sich der Frauen?

Für die weitere Analyse stelle ich die These auf: Jede Unterdrückung, die nicht mit äußerem Zwang arbeitet, muß mit der Zustimmung der Beteiligten arbeiten.

Die Annahme, daß die Frauen ausschließlich Opfer sind, wie eingangs vorgeführt, erweist sich als hoffnungslos, wenn man an ihre Veränderung, also an ihre Selbstbeteiligung bei ihrer Befreiung denken soll. Es bleibt ewig im dunkeln, warum Befreiung möglich und notwendig ist und vor allem, wer sie eigentlich vollbringen soll, wie also — um es allgemeiner auszusprechen — die Frauen als Opfer und Objekt in den Status eines Subjekts kommen. In anderen Worten: die Annahme, daß die Frauen ausschließlich Opfer sind, schweigt darüber, wie sie aus der Position derer, über die gehandelt wird, in die Position von Handelnden gelangen können. Geprägt und versiegelt müßten sie schweigen, müßten sie also bleiben, könnten sie sich nicht aus der unterdrückten Stellung aufrichten, wenn man am Gedanken des Opferseins festhält. Geht man dagegen davon aus, Menschen — und also auch Frauen — seien Schöpfer ihrer selbst ... so folgt: Die einzelnen Frauen finden selbstverständlich die Unterdrückungsstrukturen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die sie hineinwachsen, in denen ihnen eine nicht-aufgerichtete Haltung zugemutet wird, zunächst fertig vor.

Aber diese Strukturen existieren nur weiter, wenn sie von denen, die in ihnen leben, immer wieder hergestellt werden. Daß dies so ist, heißt auch, daß diese Strukturen, von denen, die sie herstellen, geändert werden können. Dies ist im übrigen die einzige Möglichkeit, in der Veränderung gedacht werden kann. D.h., der Gedanke, daß Frauen ihre eigenen Verhältnisse ändern können, setzt voraus, daß sie diese Verhältnisse auch mit herstellen und also — wie oben behauptet —, daß die Unterdrückung, wenn sie nicht mit äußerem Zwang arbeitet, die Zustimmung der Unterdrückten braucht. In jedem Tun steckt also ein Stück Einwilligung, auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal.

Wozu soll es eigentlich nutzen, einen solchen Standpunkt der Aktivität von Frauen einzunehmen? Anders gesprochen: Was nützt denn diese Analyse, die behauptet, Frauenunterdrückung lasse sich nur verstehen, wenn man nachvollziehe, daß die Frauen Schritt um Schritt dieser Praxis des Unterdrücktwerdens selber zugestimmt haben? Wem kann es nutzen? Eine erste Antwort: Wenn man etwas verändern will, wenn Frauenbewegung etwas verändern und erreichen will, wird sie feststellen, daß die alten Persönlichkeitsstrukturen der Veränderung im Wege stehen.

Man denke z.B. an die ungeheure Kraft, mit der die meisten Frauen an den privaten Beziehungen hängen und die sie in jeder — unvermeidlichen — Krise gegen sich selber richten, so daß sie in erster Linie selbstzerstörerisch sind. Ferner steht der Veränderung entgegen ein zumeist schon als Teil der Persönlichkeitsstruktur verfestigter Anspruch auf Nichtanstrengung: Das Recht auf Unmittelbarkeit, auf Wohlleben hier und jetzt, statt der langen Anstrengungen, die die Veränderung verlangt. Die eben genannten privaten Beziehungen haben nicht nur selbstzerstörerische Kraft, sie nehmen auch einen zu großen Platz in den Gefühlen der Frauen ein. Wenn man etwas verändern will, wenn Frauen etwas verändern wollen, müssen sie die Eingriffspunkte herausfinden, die sie fähig machen, selbst zu

handeln. D.h., für das Handeln müssen sie ihre eigene Haltung verändern, und dies — so wollte ich ausführen — ist zugleich nur möglich als eine Veränderung der eigenen Persönlichkeitsstruktur. Warum?

Gehen wir davon aus, daß die Frauen ein unterdrücktes Leben praktisch führen, daß sie ihre Unterdrückung als Tätigkeit selber Tag für Tag leben müssen, so wird man annehmen müssen, daß in ihren Persönlichkeiten die Resultate einer solchen Praxis als Persönlichkeitsstruktur vorhanden sind. Wenn sie unfähig gehalten werden, können sie nur handlungsfähig werden, indem sie Teile ihrer eigenen Persönlichkeit mit zur Disposition und in Frage stellen. Dies wiederum ist eine allgemeine Eigenschaft von Lernprozessen. Im Prozeß immer kompetenter zu werden, immer unabhängiger, immer mehr Bereiche des eigenen Lebens zu kontrollieren, werden Frauen gleichzeitig in dem Prozeß der Vergesellschaftung auf Bereiche stoßen, in denen sie die Kompetenz nicht erreichen können. Im allgemeinen sind es alle Bereiche, die die Herrschaftsstrukturen der Gesamtgesellschaft sichern; bei den Frauen in unseren Verhältnissen sind es zusätzlich Bereiche gesellschaftlichen Eingreifens, die den Prozeß der individuellen Vergesellschaftung schon sehr viel früher behindern.

Die Verbote für die Frauen, sich zu entwickeln, »erwachsen« zu werden, müßten die Einzelnen verrückt machen, krank, handlungsunfähig, wenn sie sich jeweilig, auf jedem Schritt bewußt wären, daß sie in diesen Bereichen nicht kompetent werden dürfen. Zwar werden genügend Leute in unseren Verhältnissen verrückt und krank und dies gilt auch insbesondere für die Frauen, aber diejenigen, die nicht »verrückt« werden, sondern auf beschränktem Niveau handlungsfähig bleiben, müssen in diesem Prozeß die einzelnen Bereiche, in denen ihnen Kompetenz nicht zugestanden und nicht ermöglicht wird, *uminterpretieren, verdrängen, nicht wahrnehmen, aus dem Bewußtsein ausgrenzen*.

Diese Fehldeutungen bilden einen Teil der Persönlichkeitsstruktur. Eine solche Bauweise kann z.B. das Resultat hervorbringen, daß die ausgegrenzten Bereiche als nicht vorhanden vorkommen, emotional nicht besetzt scheinen, in den Gefühlen der Frauen keinen Platz haben. Wenn Frauen die Bedingungen und Verhältnisse verändern wollen, unter denen sie dennoch leiden, müssen sie die von ihnen schon mit dieser Inkompetenz einverständlich besetzten Bereiche in ihren eigenen Persönlichkeiten umbauen, die Sache anders wahrnehmen, d.h. sie müssen auch ihre Gefühle verändern. Das ist ein Verunsicherungsprozeß besonders krisenhaften Ausmaßes, eine Krise, die sich allein nicht aushalten läßt. Man kann sie nur durchstehen, wenn irgendwo eine Absicherung stattfindet.

Und damit komme ich jetzt zum Schluß. Wenn die gesellschaftliche Absicherung nicht gegeben ist — und das ist sie zweifellos nicht —, dann, könnte man einwenden, genügen dafür politische Organisationen, Gruppen, genügt also ein politisches Kollektiv. Ich möchte hier behaupten, daß das bei den Frauen nicht ausreichend ist, und zwar deswegen nicht, weil in diesem Prozeß der Umorganisation der eigenen Gefühle, der krisenhaften Überführung der bisherigen Lebensstrukturen in neue, die Männer, mit denen sie zusammen in diesen Kollektiven und Organisationen sind oder wären, ein zusätzliches Spannungsmoment hineinbringen, das die Umorientierung verwehrt. Schließlich sind Männer auch teilweise Nutznießer dieser vorher anders gesetzten Persönlichkeitsstrukturen. Sie können also gar nicht unvoreingenommen unterstützen, wenn Frauen sich z.B. ablösen

von der Notwendigkeit, unbedingt eine »persönliche Beziehung« zu haben, die über allen anderen gesellschaftlichen Aktivitäten stehen soll. Diese Veränderungsprozesse zu ermöglichen und durchzusetzen, ist das historische Recht und die Notwendigkeit der Frauenbewegung.

Beschluß des SPD-Landesparteitages Baden-Württemberg in Aalen vom 2./3. Mai 1981 — »Kompromißantrag«*

Ausgehend vom Berliner Parteitagbeschuß stellt die SPD Baden-Württemberg fest:

1. Es ist für alle europäischen Staaten von existentiellern Interesse, daß auf dem Wege von Rüstungskontrollverhandlungen ein Ergebnis erreicht wird, das den Verzicht auf die geplante Nachrüstung bei entsprechender Reduzierung der schon aufgestellten SS-20-Raketen zum Inhalt hat. Nur so kann die Gefahr eines auf Europa begrenzten Atomkrieges entscheidend vermindert werden.
2. Die Ereignisse der letzten 18 Monate haben das Erreichen dieser Zielsetzung eher erschwert. Eine Politik, die eine militärische Überlegenheit anstrebt oder das Ost-West-Verhältnis durch sonstige Schritte verschlechtert, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.
3. Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet: Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.
4. Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eine eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitages entfallen und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.

* Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Vgl. dazu auch den »Aktuellen Kommentar«, S.8ff.

Antrag des Ortsvereins Waldkirch zum SPD-Landesparteitag 1981*

Der Parteitag möge beschließen:

1. Die gegen den Rüstungsteil des Nachrüstungsbeschlusses vom 12.12.1979 geltend gemachten politischen und militärischen Bedenken bestehen unvermindert.
 - a) Die beabsichtigte Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen auf westeuropäischem Territorium ist aus militärischer Sicht nicht zwingend. Das modernisierte sowjetische Mittelstreckenpotential kann wie bislang durch die Atomwaffen der NATO hinreichend abgeschreckt werden (asymmetrisches Gleichgewicht). Vor dem Hintergrund der vorhandenen Überrüstung in West und Ost — d.h. der beidseitigen Fähigkeit zur mehrfachen Zerstörung des jeweils anderen — erscheint die Nachrüstung als entbehrlich.

- b) Die geplante Stationierung von Pershing-Raketen und Marsch-Flugkörpern ist geeignet, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland eher zu mindern als zu erhöhen. Da diese Mittelstreckenwaffen in der Lage sind, den industrialisierten Teil der Sowjetunion westlich des Urals zu vernichten, stellen sie eine einschneidende neue Bedrohung der Sowjetunion dar. Weil dies so ist, drohen sie in einem Konfliktfall zwangsläufig zu Zielen eines sowjetischen Erstschlags zu werden, was die Vernichtung der Bundesrepublik bedeuten würde. Demgegenüber stellen die sowjetischen SS-20-Raketen keine Bedrohung des US-Territoriums dar.
 - c) Die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses stellt für die Europäer auch insofern eine existentielle Gefahr dar, als sie das Risiko eines Atomkrieges in Europa erhöht. Während das Territorium der USA in einem Konfliktfall nicht zwingend in Mitleidenschaft gezogen werden müßte. Die Gefahr einer Europäisierung des Kriegsrisikos mindert unsere Sicherheit.
2. Die Aussichten für die Verwirklichung des Verhandlungsteils des Nachrüstungsbeschlusses haben sich verringert.
- a) Infolge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der Nichtratifizierung des SALT-II-Vertrages durch die USA stagniert die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf allen Ebenen.
 - b) Das Streben der neuen US-amerikanischen Regierung nach militärischem Übergewicht vermag lediglich einen neuen Rüstungswettlauf in Gang zu setzen, nicht aber die Rüstungskontrollpolitik voranzutreiben.
 - c) Sachliche Argumente gegen die Nachrüstungspolitik werden zunehmend als Angriffe gegen die Solidargemeinschaft der Allianz desavouiert, womit der Verhandlungsteil selbst zunehmend in Frage gestellt wird.
 - d) Ernsthafte Verhandlungen über die bislang schon in West- und Osteuropa stationierten Atomwaffen sind nicht in Sicht.
 - e) Es gibt bis heute keine Anzeichen für das Vorhandensein des ernsthaften Willens zu Verhandlungen gemäß Teil II des Nachrüstungsbeschlusses.
 - f) Stattdessen wird nach der Devise verfahren: erst aufrüsten, dann abrüsten. Die Annahme, erst nach erfolgter Nachrüstung könne mit Aussicht auf Erfolg abgerüstet werden, widerspricht jeder historischen Erfahrung. Noch nie sind produzierte Waffen aufgrund erfolgreicher Verhandlungen vor ihrer Indienststellung verschrottet worden.
3. Schlußfolgerung: Nein zur Nachrüstung
- a) Die mit der Nachrüstung verbundene Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs mit seinen existentiellen Risiken für die Bundesrepublik ist heute alles in allem wesentlich größer als die Chance erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen im Bereich der atomaren Mittelstreckenwaffen.
 - b) Angesichts dieser Entwicklung wird die Bundesregierung aufgefordert, bereits jetzt im Bündnis anzukündigen, daß sie die Geschäftsgrundlagen des Nachrüstungsbeschlusses in Frage gestellt und sich daher außerstande sieht, die Genehmigung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten.
 - c) Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, eigene neue Initiativen zu entfalten, die geeignet sind, den unterbrochenen Prozeß der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik wieder aufzunehmen und zum Erfolg zu führen.

* Dieser Antrag wurde auf dem Parteitag im Verhältnis 60:40 abgelehnt.

Bericht

Helmut Arnold

Bauerndemonstrationen — Hintergründe und Schlußfolgerungen Über 100000 Bauern protestierten

In den vergangenen Wochen mußten sich wieder viele eines Besseren belehren lassen: auch bundesdeutsche Bauern können demonstrieren. Nach einer rund siebenjährigen Pause gingen am 14.2.81 in den Kreisstädten über 100000 Bauern auf die Straßen und ca. 30000 trafen sich am 27.3.81 zur zentralen Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Ihre Parolen lauteten u.a.: *Bauern — Sklaven der Nation! — Bauern schaffen — andere rafften! — Regierung rot — Bauern in Not!*

Die Ernährungsindustrie unterstützte die Forderungen der Bauern. Zahlreiche Politiker, vor allem der CDU/CSU und FDP protestieren mit dem DBV für eine mindestens 15%ige Anhebung der Marktordnungspreise.

Der Bauernprotest enthielt vorwiegend antigewerkschaftliche, antisozialistische, antiparlamentarische und antikapitalistische sowie nationale und ständische Elemente in unterschiedlicher Kombination. Aktuellen Anlaß bildeten die Preisverhandlungen der Agrarminister in Brüssel, die durch diese Manifestationen unter politischen Druck gesetzt werden sollten. Sie zwingen aber auch die Linke, ihr Verhältnis zu Bauern und zur Agrarpolitik kritisch zu überdenken.

Rasche technische Fortschritte

Die rasche Modernisierung der Produktionsmethoden nach dem 2. Weltkrieg befähigt die Agrarproduzenten auf zurückgehender Fläche, mit immer weniger Menschen aber immer höherer Kapitalintensität die Erträge erheblich zu steigern.

Mit der umfassenden Motorisierung und Mechanisierung überwand die Landwirtschaft endgültig das Manufakturstadium (gegenwärtig findet bereits die Automation Eingang). Die Betriebsmittelgemeinschaft (Kombination von Tier- und Pflanzenproduktion) wird allmählich aufgelöst. Zwar bleibt das Hauptproduktionsmittel der Boden. Moderne Technologien bzw. verstärkter Kapitaleinsatz relativieren aber seine Bedeutung. Neben der Naturabhängigkeit ist die Abhängigkeit von der Konjunktur und der politischen Situation getreten. Die Arbeitsproduktivität liegt im Agrarsektor zwar absolut weit unter der gesamtwirtschaftlichen, steigt jedoch rascher als in allen anderen Bereichen. Vor allem der rasche Zuwachs der Flächenerträge erlaubt es, daß heute ca. 40 Einwohner gegenüber 10 (1950) von einem Agrarproduzenten ernährt werden.

Veränderte Produktionsverhältnisse

Die Produktionsverhältnisse der westdeutschen Landwirtschaft entwickelten sich nach dem Scheitern der Bodenreform und der Entscheidung zugunsten ei-

ner massiven politischen Steuerung insgesamt typisch für ein hochindustrialisiertes spätkapitalistisches Land.

Die innerbetriebliche Organisation wurde kapitalintensiver, arbeitsexensiver und spezialisierter gestaltet. Über die Hälfte aller Betriebe mußten aufgeben, da sie diese Entwicklung nicht profitabel nachvollziehen konnten.

Eine schichtspezifische Analyse dieses Prozesses zeigt, daß er sich aus einer massiven Proletarisierung — selten Verarmung — der Klein- und Mittelbauern und einer beachtlichen Konzentration von Boden, Tieren und Kapital, vor allem in den großbäuerlichen und agrarkapitalistischen Wirtschaften, zusammensetzt. Das Schwergewicht verlagerte sich vom klein- zum mittelbäuerlichen Betrieb. Die aktuelle Bedeutung des massiven Existenz- und Proletarisierungsdrucks wird daran deutlich, daß die sich ständig nach oben verschiebende Trennlinie zwischen allmählicher Aufgabe und Aufstockung gegenwärtig bei den Betrieben zwischen 20 und 30 ha liegt und demnach mitten durch die Mittelbauern geht. Die Krise des bäuerlichen Betriebes zeigt sich insbesondere an seiner hohen Verschuldung, der weit überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung, dem außerordentlich bescheidenen Einkommen und erheblicher politischer Verunsicherung.

Für die bäuerlichen Produktionsverhältnisse sind weiter 1. die hochkonzentrierten und -zentralisierten vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweige entscheidend, die der Masse der Bauern kaum Einfluß auf die Preisbildung gestatten und sie zur stetigen Produktionssteigerung zwingen; 2. die zunehmenden Versuche der Industrie beachtenswert, agrarische Produktionszweige entweder direkt zu übernehmen oder vertraglich an sich zu binden und 3. die bäuerlichen Versuche erwähnenswert, ihren Betrieb durch Kooperation — zumeist auf einfachster Stufe wie Maschinenringe oder Erzeugergemeinschaften — ihren Betrieb rentabel zu halten.

Aus den bisherigen Überlegungen lassen sich u.a. fünf wesentliche Konfliktfelder ableiten: 1. Es gibt nicht *die* Landwirtschaft, vielmehr bestehen erhebliche sozioökonomische Unterschiede; 2. wachsende innerlandwirtschaftliche Konkurrenz vor allem um Boden; 3. zunehmende Widersprüche zwischen einzelbetrieblicher Profitmaximierung und gesellschaftlichem Bedarf (Überschüsse); 4. wachsende Widersprüche zwischen dem Stand der Produktivkräfte und bäuerlichen Produktionsverhältnissen; 5. ungleiche Marktmacht zwischen Industrie- und Finanzkapital einerseits und der Masse der Bauern andererseits.

Vier Phasen staatlicher Agrarpolitik

Nationale und internationale agrarpolitische Konflikte führen zu einer stetig wachsenden staatlichen Einflußnahme. In der BRD lassen sich vier Phasen unterscheiden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden die Weichen für den künftigen agrarpolitischen Kurs gestellt: Keine Bodenreform, Wiederbeleben der Unternehmerinitiative, staatliche Agrarpolitik als Hilfe zur raschen Ertragssteigerung und Gewinnmaximierung. Diese Entscheidungen leiteten in den umfassenden kapitalistischen Wiederaufbau mit über. Das »Wirtschaftswunder«

und den Beginn der europäischen Integration (Römische Verträge 1957) übertrönten die kritischen Stimmen, die auf die saisonalen Überschüsse sowie die unhaltbare sozialpolitische Lage hinwiesen und die statistischen Ziele (»Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebs«) kritisierten. — Die kurze Krise 1966/67 signalisierte das Ende der Rekonstruktionsphase, der Hoffnungen auf eine harmonische kapitalistische Entwicklung und führte schließlich mit zur sozialliberalen Regierung. Die statischen Ziele der Agrarpolitik sollten durch dynamische ersetzt werden. Strukturwandel und Politik für den ländlichen Raum waren die neuen Schlagworte. Die Bedeutung der EG und staatlicher Agrarpolitik wuchs, ohne die Konflikte zu lösen.

Die nationale und internationale Problemfülle brach mit der einsetzenden Stagnationsperiode 1974 voll auf. Die innerlandwirtschaftlichen Konflikte werden von den volkswirtschaftlichen durchdrungen und verstärkt. Konzepte der Problemkonservierung gewinnen trotz wachsender Schwierigkeiten an Bedeutung. Die staatliche Agrarpolitik verfügt derzeit über kein Leitbild und keine plausiblen Lösungsansätze. Sie ist nicht nur Ausdruck, sondern auch eine wesentliche Ursache der Probleme, wie der gegenwärtige Hauptkritikpunkt, die Preispolitik, verdeutlicht.

Agrarpreispolitik: unzulängliches Mittel, unzulänglich eingesetzt

Nach dem Selbstverständnis dieses Staates, die kapitalistische Eigendynamik ggf. zu fördern, ist auch die Agrarpolitik konzipiert. »Sie soll die Landwirtschaft befähigen, die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu erhöhen.« (vgl. §1 Landwirtschaftsgesetz, 5.9.55) Nach einer Phase nationaler Preisgarantie und Schutzzöllen werden seit dem 1.7.67 die Preise für wesentliche Produkte auf EG-Ebene festgelegt. Ohne den inneren Mechanismus der Preisbildung zu kennen, ist festzustellen, daß trotz jährlicher EG-Preiserhöhung die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seit 1967/68 *nominal* zunächst leicht steigen und seit 1979 stagnierten, aber *real* seit 1967 deutlich zurückgehen. — Der Widerspruch zwischen steigenden Agrarmarktausgaben und sinkenden Erzeugerpreisen bzw. anhaltendem Proletarisierungsdruck für die Masse der Bauern muß einerseits darauf zurückgeführt werden, daß die Preise längst nicht für alle Produkte festgelegt werden, diese *keine* Erzeugerpreise, sondern die der Großhandelsstufe sind und zwischen Agrarproduzent und ablaufender Industrie und Genossenschaft eine noch relativ freie Preisbindung zuungunsten der Landwirtschaft besteht. Die Bedeutung der Brüsseler Beschlüsse wird durch die Inflation, die rasch steigenden Produktionsmittelpreise sowie die allgemeine EG-Konkurrenzsituation bei Überschüssen und raschen technischen Fortschritten zusätzlich vermindert. Andererseits bedürfen die nationalen und EG-Agrarmärkte der massiven finanziellen Aufwendungen, um eine rasche Proletarisierung bundesdeutscher Bauern und damit politischer Unruhen zu vermeiden. Darüber hinaus ist bedeutsam, daß die einheimische Landwirtschaft gewichtigster privater Bo-

denbesitzer und damit von grundlegender politischer Bedeutung ist und ein wichtiger Lieferant und Absatzmarkt der Industrie darstellt. Die aktuellen Konflikte der Preispolitik zeigen, daß die bisherige Konzeption nicht beliebig fortgesetzt werden kann.

Konservative Lösungsvorschläge des DBV

Der DBV wurde am 1./2.10.48 gegründet und vertritt im Bewußtsein der Landwirte wie der Bevölkerung die bäuerlichen Interessen. Rund 80% der Bauern sind in ihm organisiert, während weniger als 5% — zumeist Arbeiterbauern — dem DGB angehören. Sein Aufbau zeigt, daß die Arbeiter- und kleinbäuerliche Basis kaum Einfluß auf Personalstruktur und Politik des DBV besitzt. Demgegenüber vermögen die Verbandsspitzen, zumeist mit der CDU/CSU, der Ernährungsindustrie wie den boden- und kapitalreichen Landwirten verschmolzen, einen überwiegenden Teil ihrer Basis für ihre Ziele einzuspannen. Nach einer Phase mittelständischer Politik (Rehwinkel), setzt sich mit Heeremann eine agrarkapitalistische, eng mit dem BDI verflochtene Orientierung durch. Ihr Kernstück sind Preiserhöhungen und nationaler Schutz. Diese Linie wurde auch bei den diesjährigen Demonstrationen überdeutlich. Die offizielle Forderung nach einer mindestens 15%igen Erhöhung der Marktordnungspreise negiert völlig die Tatsache, daß es *die* Landwirtschaft nicht gibt und *die* Preise keineswegs alleinige Ursachen der Probleme sind (s.o.). Andererseits ermöglicht sie, daß sich die Ernährungsindustrie, Agrarkapitalisten und konservative Politiker mit diesen Forderungen solidarisch erklären konnten. Wen wundert's: Sie bekommen mehr, die Benachteiligten können Dampf ablassen, die Masse der Lohnabhängigen muß zahlen, aber insgesamt ändert sich kaum etwas. — Außer einem zunehmenden Problemstau durch Mehrkosten der EG, wachsenden Überschüssen, steigenden Lebenshaltungskosten sowie einer eigenwilligen französischen Agrarpolitik ist von der durchschnittlich 9,6%igen Preiserhöhung — für die BRD sind es 4,8% — nichts zu erwarten.

Besprechungen

Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation.
Hrsg.: Frigga Haug. Argument-Verlag 1980. Argument-Sonderband 45.

Um welche »Frauenformen« geht es eigentlich, wenn nicht um Körperformen? Die Autorinnen, eine Arbeitsgruppe im Sozialistischen Frauenbund Westberlin, nennen sie den »Versuch einer neuen Theorie über die Formierung von Weiblichkeit in dieser Gesellschaft. Daß wir unser Buch schließlich 'Frauenformen' nannten, soll die verschiedenen theoretischen Einsichten in diesem einen Wort verdichten. ... Formierung ist ebenso gemeint, wie die Tatsache, daß Frauen sich selber formen« (S.12). — Wen die Theorie zunächst abschreckt, hält sich an die »Alltagsgeschichten«. Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis (eingeteilt in 4 Hauptabschnitte »Unterdrückung — Formierung von Frauen — Erziehung zur Weiblichkeit — Praktische Alternativen oder alternative Praxis«, gefolgt von einem umfangreichen Rezensionsteil zur aktuellen Frauenliteratur) bestätigt die Erwartung, es möge viele Geschichten (kursiv gesetzt) geben und weckt die Hoffnung des Sichwiederfindens im Erlebten. Die erste Geschichte bereitete die erste Enttäuschung: angekündigt als parodistische Szene, in der das Unbehagen an der Frauenzeitschrift »Emma« schärfer als in der vorher geführten Diskussion zu Tage tritt, verstehe ich sie nur teilweise und weiß nicht, was sie soll. Frage an die schreibenden Frauen: ist die wirkliche »Emma« nicht schon drastisch genug? Warum also die — auch noch unverständliche — Parodie? — Das Weiterlesen wird zunehmend spannender, erzeugt eine neugierige Unruhe in mir selbst. Nicht das erwartete Wiedererkennen von Situationen und Erfahrungen in den Geschichten, in denen es um die Behinderung durch vorgefundene gesellschaftliche Strukturen, frühen Verzicht auf Fragen und Lernen geht, ist der Knackpunkt, sondern die herausfordernde Erkenntnis daß ich, die von Mann und Kapital Unterdrückte und Deformierte, einen Teil dazu beitrage, indem ich ständig Gründe für meine Nichtentwicklung, mein Nichthandeln in den äußeren Bedingungen suche und finde. Das heißt aber auch, ich bin nicht nur Resultat und manipulierbares Objekt herrschender gesellschaftlicher Bedingungen, sondern auch deren Voraussetzung, tätiges Subjekt also, das verändernd eingreifen kann.

Spätestens an diesem Punkt wird klar, warum diese Alltagsgeschichten nicht ohne den Entwurf einer Theorie bleiben können. Wir müssen herausbekommen, welches herrschende gesellschaftliche Interesse daran besteht, Mädchen zu Frauen zu erziehen, die »Werte« wie Häuslichkeit, Familie, Mutterschaft, Opferbereitschaft durch Verzicht an der Teilhabe der gesellschaftlichen Produktion leben. Ausgehend von Geschichten, die die Unterdrückung von Frauen als Ausweglosigkeit eines Systems dokumentieren, in dem zwar gesellschaftlich produziert, aber ungesellschaftlich gelebt wird (Klassengegensätze, Profitorientierung, Konkurrenz- und Leistungsdruck), wird die Behauptung nach und nach untermauert, daß die Kleinfamilie für Liebe und Humanität steht und leisten muß, was gesellschaftlich notwendig ist, aber verweigert wird. Das bedeutet, die Erziehung von Mädchen und Frauen muß über Normen und Werte solange staatlich organisiert werden, wie die Sorge für die Nachkommen nicht gesamtgesellschaftlich besorgt wird. Die Zukunftsforderungen und -hoffnungen der Menschen nach Liebe, Fürsorge und sozialer Geborgenheit werden reduziert auf die Familie, dem Hauptbetätigungsfeld der Frauen. Aus der Tatsache, daß das gesellschaftlich ungesellschaftliche Leben »da draußen« mit seiner Härte und seinem unerbittlichen Konkurrenzkampf kaum erstrebenswert ist, wird verständlich, daß Mädchen und Frauen sich der Verlockung nach immerhin möglicher sozialer Ge-

borgenheit in der Privatheit der Familie nicht entziehen. Die Mechanismen dieser »freiwilligen« Zustimmung werden nach und nach aufgedeckt, vermittelt durch die Alltagsgeschichten: »Wir untersuchen die Mechanismen, die gegen Selbstbestimmung stehen, die vor allem in uns, die wir die Strukturen verändern müßten und mit ihnen uns selbst. So bearbeiten auch wir die Erinnerungen, Beziehungen, Erfahrungen; wir tun dies aber immer mit dem Ziel, die eigene Handlungsfähigkeit zu vergrößern, indem wir herauszufinden versuchen, wo wir uns selbst beschränken, um die daraus erwachsenen Verhinderungen zu überwinden« (S.127).

Was ist zu tun, zunächst einmal mit uns selbst? Wie den Lernprozeß organisieren, von dem wir wissen, daß jede Annahme einer neuen Erfahrung ein Risiko ist, das einen bereits erreichten Stand von Handlungsfähigkeit infragestellt, Unsicherheiten heraufbeschwört, nicht nur Anstrengungen erfordert, sondern auch Verzicht auf spontane Bedürfnisbefriedigung? Im 4. Kapitel »Praktische Alternativen oder alternative Praxis« werden für einen Ausweg unterschiedliche Vorschläge auf ihre Brauchbarkeit hin untersucht, vorgelebt und illustriert mit Geschichten. Da sind die neueren Versuche eines Teils der feministischen Frauenbewegung, sich auf die »weibliche« Natur rückzubedenken, die Möglichkeiten des Rollentauschs, der bilanzführenden Partnerschaft, der Vermeidung von Weiblichkeit und Umkehrung der Werte (Frau übernimmt männliche Haltungen), der Flucht in die lesbische Beziehung zwecks Ausschaltung hierarchischer Strukturen, die Flucht in Träume als Ersatz für das eigene »ungelebte« Leben — in den vorgestellten Formen keine wegweisenden Perspektiven. Was bleibt, ist die Frauenbewegung in ihrer Vielfalt, kollektive Praxen zu organisieren. Ihr kommt ein wesentlicher Anteil am Befreiungskampf in einer Gesellschaft zu, in der das Leben von Frauen in Unterdrückung Teil ihrer Persönlichkeitsstruktur geworden ist. — Dem Frauenkollektiv vom Sozialistischen Frauenbund Westberlin ist ein »Abenteuerbuch« gelungen, in dem wir gespannt, neugierig und oft auch provoziert den Spuren der eigenen Unterdrückung und Fremdbestimmung folgen, um zu entdecken, wie sie um uns und in uns entstanden sind und wie wir lernen können, nichts als selbstverständlich und gegeben hinzunehmen, was ist. »Nichts muß so bleiben!«

Zum Resensionsteil: Auf 70 Seiten wird aktuelle Frauenliteratur aus den Bereichen »Schöne Literatur«, Kinder- und Jugendliteratur, Soziologie, Psychologie und Geschichte vorgestellt. Vorangestellt ist die Frage der Rezensentinnen, ob wir zum Lesen von Romanen und Geschichten eine besondere Haltung brauchen — eine ausgezeichnete Idee, die eigene Lesepraxis zu überprüfen! Als Herangehensweise wird vorgeschlagen, die Bereitschaft infragezustellen, sich beim Lesen auf das Wiedererkennen eigener Situationen, Probleme und Konflikte zu beschränken, da diese »So-geht's-mir-auch-Erlebnisse« bedeuten, das eigene Leben unverändert zu lassen, eben weil es anderen auch so geht. Stattdessen muß beim Lesen wie beim Rezensieren eine aktive, dem Geschriebenen gegenüber distanzierte Haltung eingenommen werden, in der Perspektive der eigenen Handlungsbefähigung. Hauptpunkt dabei ist es zu untersuchen, mit welchen Konflikten und Lösungsanstrengungen der Autor seine »Heldinnen und Helden« ausstattet und wie er sie ihr Leben organisieren läßt. Die Rezensentinnen stellen mit diesem Anspruch eine hohe Anforderung an sich selbst, die nicht immer eingelöst werden kann. Ungeachtet dieser Kritik bleibt entscheidend, an sich selbst neue Anforderungen zu stellen, sie vorzustellen mit dem erreichbaren und häufig auch erreichten Ziel, andere Lese- und Rezensionshaltungen herzustellen.

Heike Wilke

Teilnehmerinnen der Diskussion:

Buttgereit, Monika, geb. 1949; Lehrerin, seit 1972 Mitglied der SPD, seit 1976 Mitglied des Landesvorstands der Berliner Jusos, seit 1978 stellv. Landesvorsitzende der Berliner Jusos, Mitglied der GEW; Schwerpunkt in der Jusoarbeit: Frauenarbeit.

Esch, Barbara, geb. 1955; Lehrerin, Mitglied der GEW.

Kindt, Angelika, geb. 1949; Studentin mit 2. Bildungsweg (Politikwissenschaft und Jura), Mitglied der SPD, ÖTV.

Lang, Ursula, geb. 1949; Diplom-Psychologin in einem Jugendheim, seit 1976 Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Westberlin, ÖTV, Mitarbeit im Ressort Frauen der »Volksuni«.

Mihm-Gomell; Elfi, geb. 1952; Dipl.-Volkswirtin, in einer Steuerberater- und Wirtschaftsprüfersozietät beschäftigt, Mitglied der Alternativen Liste Berlin (Frauenbereich), der Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und der Gewerkschaft HBV.

Müller, Christa, geb. 1939; Sekretärin, Gewerkschaft NGG, Betriebsratsvorsitzende, Mitglied im Wirtschaftsgruppenvorstand Süßwaren, Tarifkommissionsmitglied.

Sauerwald, Petra, geb. 1955; Bandführerin in einer Keksfabrik, Gewerkschaft NGG, Betriebsrätin, Mitglied im Wirtschaftsgruppenvorstand Süßwaren und in der Tarifkommission.

Wilke, Heike, geb. 1944; Dipl.-Bibliothekarin im öffentl. Büchereiwesen (kombinierte Schul- und öffentl. Bibliothek), Mitglied der SPD und Kreisdelegierte in Berlin-Steglitz; Mitarbeiterin im Ressort Organisation der »Volksuni«.

Autorenverzeichnis

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer am Fachbereich Arbeitslehre/Politik und Konrektor der Universität Bremen. Veröffentlichungen: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978), *Otto Bauer und der 'dritte' Weg* (1979, hrsg. zus. mit J. Hindels, L. Lombardo Radice), *Perspektiven der Euro-Linken* (1981, hrsg. zus. mit J. Cap, P. Ingraio, D. Motchanè). Mitverfasser der *Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (1980). Mitglied der GEW und SPD, Mitherausgeber der *spw*.

Arnold, Helmut, geb. 1950, Agrarbiologe, Dr.sc.agr. Wichtigste Veröffentlichung: *Ökologische Herausforderungen der Agrarpolitik* (im Druck). Arbeitsgebiete: Ökologie, Agrarpolitik. Mitglied in SPD und BdWi.

Fuchs, Katrin, geb. 1938; Hausfrau, Mitglied der SPD, stellv. Unterbezirksvorsitzende der SPD Gütersloh, stellv. Bezirksvorsitzende der ASF Ostwestfalen-Lippe, Bundestagskandidatin.

Gröning, Katharina, geb. 1957; Erzieherin, Mitglied des Bezirksvorstandes der ASF Ostwestfalen-Lippe und des Unterbezirksvorstandes der ASF Lippe, der GEW, des AKE Ostwestfalen-Lippe und im SHB.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen, Mitverfasser der *Göttinger Thesen I*, Mitglied der SPD seit 1972, außerdem GEW, AWO, VVN, seit 1977 Schulungsreferent im Juso-Bezirksvorstand Hannover, seit 1980 stellv. Bundesausschußmitglied.

Kroll, Angela, geb. 1955; Studentin, Mitglied des Landesvorstandes des SHB, Mitglied des Arbeitskreises Frauen der Jungsozialisten Hamburg, Mitglied der Redaktion Juso HH, der SPD und GEW.

Paech, Norman, geb. 1938; Prof. für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen hauptsächlich zu Fragen der internationalen Beziehungen. Mitglied der SPD, GEW und des Ausschusses der »Initiative Weg mit den Berufsverboten«.

Pausch-Gruber, Ursula, geb. 1933; Mitglied der SPD, DJV, drei Kinder, Journalistin, Mitglied im Rundfunkrat beim bayr. Rundfunk. stellv. ASF-Bundesvorsitzende, Landesvorsitzende der ASF in Bayern, Mitglied des bayrischen Landtags.

Randzio-Plath, Christa, geb. 1940; Juristin und Autorin, Vorsitzende der ASF Hamburg, Mitglied des Landesvorstandes der SPD Hamburg, Mitglied des Bundesvorstandes der ASF

Rusch, Harri, Studiendirektor am Institut für Lehrerfortbildung in Hamburg.

Sassenscheidt, Hajo, Dipl.-Psychologe, tätig im Hamburger Schuldienst

Scholz, Olaf, geb. 1958; Einstufige Juristenausbildung Hamburg (Praktikant). Früher Mitglied im Landesvorstand des Sozialistischen Schülerbundes Hamburg. Mitglied der ÖTV und SPD, Beisitzer im SPD-UB-Vorstand Wandsbek und Vorsitzender der Jungsozialisten Hamburg-Wandsbek

Templ, Karl-Ulrich, geb. 1952; Studienreferendar, Mitglied der SPD, Landesvorsitzender der Jungsozialisten Baden-Württemberg, Unterbezirksvorsitzender der SPD Calw, Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg, Parteitagsdelegierter Berlin 1979 und München 1981

Tiltmann, Martina, geb. 1953; Diplomsoziologin, Mitarbeiterin am Projekt »Verkäuferinnen in Warenhäusern«, Mitglied der SPD seit 1974, Mitglied des ASF-Bezirksvorstandes Ostwestfalen-Lippe, des Bezirksausschusses der SPD und des AKE Ostwestfalen-Lippe, und Mitglied des HBV.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied im Landesjugendausschuß des DGB-Berlin, in SPD, AWO, SJD — Die Falken, RFFU/DGB.

Zimmermann, Burkhard, geb. 1950; Referendar. Wichtigste Veröffentlichung: *SPD in der Krise* (1976). Mitglied des Kreisvorstandes der SPD-Berlin-Zehlendorf und der IG Bau-Steine-Erden.

Das spw-Programm 1980/81

Deutsche und österreichische Sozialdemokraten — Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf — geben seit 1978 die »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — spw« heraus — in vier Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von ca. 420 Seiten.

Der Leser findet die Rubriken: Editorial — Aktueller Kommentar — Themenschwerpunkt — Aufsätze außerhalb des Schwerpunktes — Berichte und Ankündigungen — Dokumente/Archiv — Buchbesprechungen.

spw 6 (März 1980): **Ökologiedebatte, NATO-Aufrüstung, SPD-Politik**
H. Arnold, W. Biermann, P. Brosche, Linke/Westermann/Westphal,
D. Scholz, U. Skierke

spw 7 (Juni 1980): **Wahlentscheidung gegen Rechts**
R. Frank, J. Hindels, M. Krätke, K. Krusewitz, G. Mackenthun

spw 8 (Sept. 1980): **Internationale Spannungen**
W. Abendroth, D. Albers, Chr. Butterwegge, R. Röhrig,
J. Schleifstein, K. Voigt

spw 9 (Dez. 1980): **Kontroversen zur Wirtschaftspolitik**
F. Beckenbach, H. Hawreliuk, H. Keplinger, Chr. Rix-Mackenthun

spw 10 (März 1981): **Gewerkschaftspolitik (II)**
G. Benz, U. Briefs, O. Demele, M. Johnstone, K.P. Kisker, H.J. Kröger,
H. May, K. Neumann

Sonderheft (SH 1): Diskussion der Herforder Thesen I (1978)
(75 S., 5,— DM incl. Versand)

Sonderheft (SH 2): Herforder Thesen II, erw. Ausgabe (1980)
(191 S., 8,— DM incl. Versand)

Sonderheft (SH 3): Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke — Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen
(192 S., 10,80 DM incl. Versand)

Einzelheft: 7,70 DM (Hefte 1 bis 5: DM 5,—)/ÖS 60,—/8,— sfr.

Über sozialdemokratische Organisationen: Einzelheft: 6,— DM.

Im Jahresabonnement (vier Hefte): 23,— DM incl. Versand.

Bestellungen über:

spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: 030/834 2422